

ortiga



KONZERT MIT DER CHILENISCHEN GRUPPE ORTIGA

AM SAMSTAG, 10. MÄRZ 1984 UM 20.⁰⁰ UHR

IN DER ALTEN MENSA DER TU, HARDENBERGSTRASSE

Veranstalter: FDCL Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61
ASTA TU

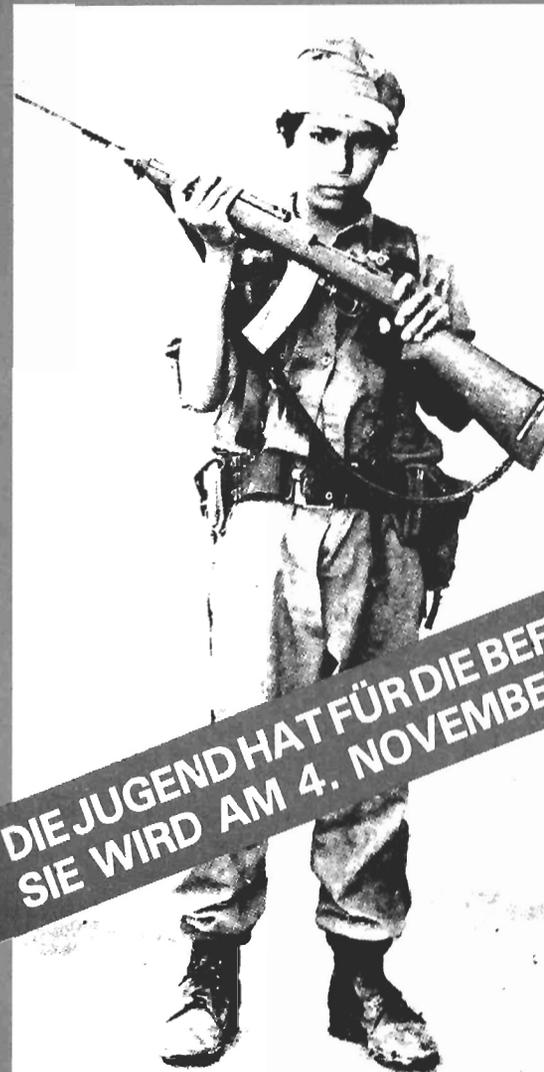
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 124

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



**DIE JUGEND HAT FÜR DIE BEFREIUNG GEKÄMPFT –
SIE WIRD AM 4. NOVEMBER AUCH WÄHLEN**

Aus dem Inhalt dieser
Nummer:

NICARAGUA: FSLN kündigt
Wahlen an — **EL SALVADOR:**
FDR/FMLN bietet Übergangsregierung an —
GUATEMALA: Zivile Selbst-
verteidigungspatrouillen —
ARGENTINIEN: Kraftproben

→ **EXIL:** "Ich sitze im Mo-
ment zwischen zwei Stühlen"
— **MEXICO:** Juchitán — Ende
einer Hoffnung? — **JAMAICA:**
Die Wirtschaftskrise und ihre
politischen Folgen

NICARAGUA: Wahlen noch in diesem Jahr

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
– NICARAGUA: FSLN kündigt Wahlen an	5
– EL SALVADOR: FDR/FMLN bietet Übergangsregierung an	9
– GUATEMALA: Zivile Selbstverteidigungspatrouillen	12
Der Gefangene, das Huhn und die Wunder	16
– ARGENTINIEN: Kraftproben.....	21
Polit-Pornografie	25
– JAMAICA: Die Wirtschaftskrise und ihre politischen Folgen	27
– GRANADA: Kenrick Radix: "Wie konnte es zu dem Putsch kommen?"	33
'Springtime Pluto'	38
– KARIBIK: Fehleinschätzungen der US-Politik gegenüber der Karibik	39
– KOLUMBIEN: Landbesetzungen mit tragischen Folgen	42
– BRD: DED unter Druck des BMZ	45
– BRASILIEN: Interview mit Dalma Dallari	47
– MEXICO: Juchitán - Ende einer Hoffnung?	53
– SALVADORENISCHE THEATERGRUPPE VRECHA	59
– EXIL: Die andere Strafe	60
"Ich sitze im Moment zwischen zwei Stühlen"	62
– CHILE: Chronologie der Ereignisse 1983	67
– Solidarität: Aufruf des El Salvador-Komitees	70
– LESERBRIEF: Spaltung der FPL	73
– REZENSION: Unterrichtseinheit Nicaragua	77
– ZEITSCHRIFTENSCHAU	79

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
 Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemka

Redaktionsschluß dieser Nummer: 23. Februar 1984

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilemäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
 Im Mehringhof
 Gneisenaustr. 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreislite Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Zu diesem Heft

Die Wahlen in Nicaragua beschäftigen uns weiter, und wir haben uns fest vorgenommen, darüber demnächst einmal so gründlich zu diskutieren, daß wir eventuell so etwas wie eine Redaktionsmeinung, zumindest einen Redaktions-Fragenkatalog veröffentlichen zu können.

Ein erstes "brainstorming" ergab bereits etliche Ungeklärtheiten. Bedeuten die Wahlen tatsächlich eine Demokratisierung? Oder eine Verbürgerlichung? Fördern, hemmen sie den revolutionären Prozeß?

Wie müssen wir die Herabsetzung des Wahlalters verstehen, wie die Tatsache, daß kein Wort zu den Forderungen der bürgerlichen Opposition laut wurde?

Wir werden versuchen, das alles nach und nach unter die Lupe zu nehmen.

In El Salvador sollen am 25. März Wahlen stattfinden. Sie werden auf keinen Fall demokratisch sein, als solche jedoch der Öffentlichkeit verkauft werden. Die Guerrilla weigert sich, daran teilzunehmen, weil sich im Beisein der Todesschwadronen sehr schlecht Wahlpropaganda treiben läßt. Dafür hat sie den Vorschlag einer Übergangsregierung der breiten Beteiligung gemacht, d.h. unter Ein-schluß aller nicht-oligarchischen Kräfte in der Bourgeoisie und im Militär. Diese Entscheidung dürfte einer der Gründe sein, weshalb sich die Anhänger des Comandante Marcial von der FMLN abgespalten und eine eigene Organisation gegründet haben. Wir erfahren aber nichts darüber. Die Spaltung wird als das Werk skrupelloser Dissidenten präsentiert, die letztlich Werkzeuge des Imperialismus sind.

Bei vielen von uns löst eine derartige Informationspolitik ernste Identitätsprobleme aus. Wir können vieles einfach nicht mehr glauben. Am wenigsten die zahlreichen Wandlungen des Helden Marcial - zuerst zum verzweifelten Selbstmörder und dann zum mordenden Verräter.

In der BRD geht die Wende weiter ins Detail. Nicaragua soll nur noch halb so viele Entwicklungshelfer bekommen wie bisher. Der DED wird von seinem Brötchengeber BMZ immer fester in die Zange genommen.

Dafür dürfen andere Leute reisen. Etwa Altnazi Ziesel, Kohls Begleiter nach Israel.

Aber die Angelegenheit ist nicht auf unsere Heimat beschränkt. Die Menschenrechtskommission der UNO hatte keine Skrupel, Ex-Minister Jäger für ihr Gremium vorzuschlagen. Sein vehementes Eintreten für die Todesstrafe hat ihm in den 50er Jahren den Beinamen "Kopf-ab-Jäger" eingetragen.

Im letzten Editorial war eine Auskunft falsch: Castros Rede ist bereits im Dezember vollständig auf deutsch erschienen, und zwar in den "Grenada-Nachrichten" Nr. 6!

IM FDCL NEU ERSCHIENEN

LISA LUGER / BÄRBEL SULZBACHER

SOMOS

NICARAGUAS FRAUEN ZWISCHEN
ALLTAG UND BEFREIUNG

Wie sieht der Alltag der Frauen in Nicaragua aus? Wie steht es mit der Gleichberechtigung der Frau auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet? Welche Folgen hatten die Veränderungen im Gesundheits- und Bildungswesen durch die sandinistische Revolution für die Frauen? Wie sehen die Frauen sich selbst und wie werden sie gesehen?

Diesen Fragen geht das Buch nach: Frauen aus Nicaragua erzählen aus ihrem Alltag, ihrem Beruf, von ihren Problemen und ihrer politischen Aktivität. Dabei wurden nicht die bekannten Persönlichkeiten interviewt, sondern Lehrerinnen, Krankenschwestern, Landarbeiterinnen, Prostituierte, Hausfrauen, Hausangestellte. Die Berichte dieser Frauen vermitteln ein durchaus widersprüchliches Bild von der Realität Nicaraguas, erzählen von den Fortschritten, aber auch von der weiterbestehenden Diskriminierung.

Dieses Buch will kein leuchtendes Bild der Frauenbefreiung durch die Revolution malen, aber es bietet viele Informationen, die zu einer Diskussion über die nicaraguanische Revolution anregen sollen, um auf diesem Hintergrund die Solidarität mit Nicaragua nicht einfach ad acta zu legen, weil es immer noch Frauenfeindlichkeit gibt, sondern darüber nachzudenken, wen man wie unterstützen will.

In einem ersten Teil werden die Situation der Frauen unter der Somoza-Diktatur und die Geschichte ihres Widerstands sowie ihre Erfahrungen im Bürgerkrieg dargestellt. Daran schließt sich ein Kapitel über die Veränderungen auf Regierungs- und juristischer Ebene seit 1979 an. Ausführliche thematische Interviews und ergänzende redaktionelle Informationen berichten über: die Frauenorganisation AMNLAE, Gesundheitsversorgung, Frauen auf dem Land, Prostitution, Erziehungswesen, Frauen in technischen Berufen, Hausangestellte, Kirche, das Kriegsgebiet im Norden, Verteidigung und das Bild der Frau in der nicaraguanischen Gesellschaft, in dem die Autorinnen noch einmal besonders auf das Problem des machismo eingehen, das sich als Alltagserfahrung der Frauen durch fast alle Interviews zieht.

Das Buch ist lebendig und leicht zu lesen. Es wendet sich nicht nur an Leser, die speziell an der Frauenfrage interessiert sind, sondern bietet durch seinen Aufbau einen guten einführenden Einblick in die Probleme Nicaraguas. Bilder, Gedichte und Comics ergänzen den Text.

SOMOS - NICARAGUAS FRAUEN ZWISCHEN ALLTAG UND WIDERSTAND
ist ab sofort beim LATEINAMERIKA NACHRICHTEN-VERTRIEB, Gneisenaustr. 2,
1 000 Berlin 61 erhältlich.

Das Buch hat einen Umfang von 288 Seiten und kostet DM 12,80.

Wiederverkäufer und Buchhandel erhalten 30% Rabatt, werden jedoch mit den Portokosten belastet. Bestellungen ab 10 Exemplaren sind portofrei.

NICARAGUA

FSLN kündigt Wahlen an

Es ist in Nicaragua üblich, wichtige Ereignisse an historisch bedeutenden Tagen zu verkünden. So wird die Bekanntgabe des Wahlgesetzes auf den 21. Februar fallen, den Tag, an dem Sandino 1934 ermordet wurde. Das gesamte Jahr 1984 ist diesem Ereignis gewidmet und heißt "a cincuenta años, Sandino vive" (50 Jahre nach dem Mord, Sandino lebt). Aufgrund des Redaktionsschlusses können wir die Erklärungen am 21.2. nicht mehr berücksichtigen; was der Tag bringen wird, läßt sich jedoch aufgrund bereits vorhandener Informationen ziemlich deutlich absehen.

Am 14. Januar 1984 hat Carlos Nuñez, der Präsident des Staatsrates, in einer ausführlichen Erklärung die grundsätzlichen Elemente des künftigen Wahlgesetzes bekannt gegeben. Danach sollen ein Präsident, ein Vizepräsident und eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt werden, die aus 90 Mitgliedern besteht. Die Amtsperiode soll sechs Jahre betragen. In den ersten beiden Jahren muß eine Verfassung ausgearbeitet werden. Danach übernimmt die Verfassungsgebende Versammlung die Rolle eines gesetzgebenden Parlaments. Über die Aufgaben des Präsidenten und seines Vize wurde nur gesagt, daß sie die Aufgaben der Exekutive übernehmen würden.

Somit ist der Präsident bereits gewählt, bevor eine Verfassung ausgearbeitet ist, die seine Funktion näher bestimmt.

In seiner Erklärung vor dem Staatsrat, zu der auch die Presse geladen war, führte Carlos Nuñez weiter aus, daß das Wahlalter auf 18 Jahre festgelegt worden sei. Wahlberechtigt sind alle Nicaraguaner beiderlei Geschlechts, sofern sie nicht Mitglied der somozistischen FDN, der ARDE von Pastora, ehemalige Offiziere der Nationalgarde Somozas oder wegen politischer Vergehen inhaftiert sind. Die Wahlen sollen nach westlichem Vorbild (geheim und direkt) abgehalten werden. Ein halbes Prozent des Staatshaushalts wird dazu verwandt, den Wahlkampf aller Parteien zu finanzieren. Jede Partei hat das Recht, von befreundeten ausländischen Organisationen Gelder anzunehmen. Die Wahlen werden von Nicaragua in eigener Regie durchgeführt. Ausländische Beobachter werden dazu eingeladen, diese bekommen jedoch nicht das Recht, die Wahlen zu kontrollieren.

Die Opposition (d.h. die bürgerlichen Parteien) hat auf diese Mitteilung sofort mit Kritik und ergänzenden Forderungen reagiert. Sie verlangt, daß die Contras zu den Wahlen zugelassen werden, fordert unter dem Stichwort "nationale Versöhnung" die Rückkehr von allen Mitgliedern der FDN und der ARDE, einschließlich ihrer Führer. Sie drängt darauf, daß die Wahlen unter internationaler Kontrolle stattfinden, daß Angehörige des sandinistischen Heeres und der Milizen zu den Wahlen nicht zugelassen werden, weil sie parteiisch seien. Sie fordert die Aufhebung des Notstands, der seit Frühjahr 1982 herrscht, weil dieser eine Zensur der Presse und des Rundfunks beinhaltet.

Auch gegen die Verknüpfung der beiden Wahlvorgänge wird im Namen westlicher Vorstellungen von Demokratie protestiert.

Außerdem erklären die oppositionellen Parteien, daß sie das Wahlangebot erst dann ernstnehmen können, wenn ihnen das volle Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegeben ist, dazu gehört vor allem die immer heftiger geforderte Sendezeit im Fernsehen. Die Klärung all dieser Fragen wird vom Wahlausschuß des Staatsrats erwartet, der bis zum 21. Februar die endgültige Vorlage des Gesetzes ausarbeiten soll.

Wie in den beiden letzten Nummern der LN bereits berichtet, findet die Vorbereitung der Wahlen in einem Klima statt, das der bürgerlichen Opposition eine Reihe von Erleichterungen brachte. Sie kamen aber auch den Linken zugute. Die Kommunistische Partei PC de N und die ehemalige maoistische MAP werden von der Zensur ebenfalls milder behandelt. Sie sind, genauso wie die Partei von "La Prensa" - Herausgeber Chamorro PSD (Sozialdemokratische Partei) kürzlich in den Staatsrat zugelassen worden. Alle drei Organisationen hatten sich darum seit Jahren bemüht.

Auch auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit deutet sich ein Kompromiss an. Ein Mediengesetz ist in Vorbereitung, das allen politischen Parteien die gleichen Rechte garantiert, was im Klartext heißt, daß die oppositionelle Propaganda auf den Bildschirmen ihren Einzugs halten wird.

Was die politischen Standpunkte der FSLN und der Opposition betrifft, so wird der Öffentlichkeit darüber nur Seichtes mitgeteilt. Die Sandinisten und "La Prensa" berufen sich auf die demokratischen Ideale und deren Emissäre. Zum Todestag von Pedro J. Chamorro waren beide Seiten der Ansicht, daß er zu hundert Prozent der ihre sei, beide verbuchten den Besuch des Friedensnobelpreisträgers Perez Esquivel und von Vertretern des Europaparlaments als vollen Erfolg für die eigene Linie. Auch mit Contadora zeigen sich beide Seiten voll einverstanden. Da muß man sich dann fast wundern, weshalb sie sich gleichzeitig als Todfeinde beschimpfen. Beides hat nebeneinander Platz. Hier wird ein altes Spiel zur Methode: die Macht der Bourgeoisie soll gebrochen werden durch Integration unter sandinistische Führung. Weil dies nicht zu bewerkstelligen ist, schwanken die Sandinisten weiterhin zwischen peinlichen Versuchen der Anbiederung und heftigem Gezeter wenn man diese als solche benennt.

Die Bourgeoisie wird gelobt, wenn sie sich positiv zu den Wahlen äußert, sie wird verdammt, wenn sie hinzugefügt, die Sandinisten versuchten noch immer, diese um jeden Preis zu gewinnen.

Contadora: Eine Friedenstaube mit Krallen

Hinter diesem vordergründigen Taktieren herrscht allerdings eine harte Realität. Fast gleichzeitig sind die lange angekündigten "Friedenspläne" für Mittelamerika, die Vereinbarungen der Contadora-Gruppe und der Bericht der Kissinger-Kommission veröffentlicht worden. Das ist sicherlich kein Zufall. Beide Dokumente sollen mit unerbittlicher Klarheit zum Ausdruck bringen, welche der Konfliktlösungen die USA zu akzeptieren bereit sind. Bevor wir uns im folgenden fragen müssen, ob einer davon eventuell ein Ausweg für die Sandinisten und die Befreiungsbewegungen darstellen könnte, eine kurze Zusammenfassung der Sachlage.

Bekanntlich haben am 7. September die Mitgliedstaaten der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien, Venezuela) sowie die Länder Mittelamerikas eine Absichtserklärung unterschrieben, die 21 Punkte umfaßt und als Grundlage für einen künftigen Friedensplan gedacht war. In diesen 21 Punkten wird gesagt, daß jede Nation in Mittelamerika das Recht habe, frei, demokratisch und unabhängig zu sein, daß die Errichtung von Stützpunkten fremder Truppen aufgehört und mit dem Abbau der bestehenden Basen begonnen werden solle. Jedes Land müsse versuchen, die oppositionellen Kräfte zu versöhnen. Auf der Grundlage freier Wahlen seien die Menschenrechte und alle politischen und wirtschaftlichen Freiheiten zu verwirklichen.

Alle Punkte sind sehr vage formuliert, lassen aber keinen Zweifel darüber offen, was bezweckt werden soll: Beendigung des Bürgerkriegs in Guatemala und El Salvador durch Wahlen, "Versöhnung" der Sandinisten mit den oppositionellen Kräften durch Wahlen, Wahlen, wie sie von den Ländern der sogenannten westlichen Demokratien für gut befunden werden. Die 21 Punkte wurden von allen Unterzeichnern als Fortschritt in Richtung auf eine friedliche Lösung im mittelamerikanischen Raum begrüßt. Auch die USA haben sich dahingehend geäußert.

In der Folgezeit ist es einige Wochen lang sehr ruhig um die 21 Punkte geblieben. Lediglich Nicaragua hat in mehreren Stellungnahmen klar gemacht, daß folgende Punkte besonders beachtet bzw. ergänzt werden müßten: Abzug aller ausländischer Militärberater (nicht Abbau, wie in den 21 Punkten), Schließung ausländischer Mi-

litärbasen, Stop des Waffenkaufs in allen Ländern Mittelamerikas, kontrollierte Begrenzung der Truppenstärke in jedem Land.

"Plan zur Umsetzung der 21 Punkte-Erklärung"

Am 7. und 8. Januar haben die Außenminister der Contadora-Staaten zusammen mit den Außenministern der mittelamerikanischen Länder in Panama getagt und einstimmig ein Dokument gebilligt, das den Anspruch hat, der neue Friedensplan zu sein.

Zunächst einmal werden die 21 Punkte zur gültigen Grundlage des Plans erklärt, dann werden 3 Kommissionen vorgeschlagen, welche die Konkretisierung im einzelnen vorantreiben sollen. Eine Sicherheitskommission zur Bearbeitung der Probleme, die die militärische Sicherheit eines jeden Landes betreffen. Dazu gehört neben der Kontrolle der militärischen Kräfte in jedem Land das Verbot des illegalen Waffenhandels und der ausländischen Militärhilfe. In diesem Zusammenhang ist ein Punkt von besonderer Wichtigkeit: er verbietet jede Unterstützung von Gruppen und Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Regierung ihres Landes zu stürzen. Das heißt im Klartext, daß kein Land, das diesen Plan unterschreibt, die FMLN in Salvador oder die Guerilla in Guatemala unterstützen darf.

Die beiden übrigen Kommissionen sollen alle Voraussetzungen schaffen, daß in den mittelamerikanischen Ländern sogenannte freie gesellschaftliche Verhältnisse herrschen, daß die Presse- und Meinungsfreiheit voll verwirklicht wird und die vielgelobten freien Wahlen dann auch ganz im Sinne westlicher Demokratien ablaufen können. Natürlich ist dabei viel von Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit die Rede.

Von den konkreten Vorschlägen, die Nicaragua eingebracht hatte, findet sich nichts im Friedensplan der Contadora. Außenminister D'Escoto hat sich darüber auch einigermaßen enttäuscht gezeigt, den Plan jedoch insgesamt sehr gut geheißen.

Wenn man optimistisch ist, kann man die Forderungen Nicaraguas in die Aufgaben hineininterpretieren, die die erste Kommission erledigen soll. Damit wären sie wenigstens nicht aufgehoben, wenn schon auf die lange Bank geschoben, denn die Kommissionen sollen ihre Vorschläge im April/Mai vorlegen und angesichts der zunehmenden Präsenz der USA in Honduras und El Salvador ist dieser Zeitpunkt spät. Die Forderungen hätten als unmittelbare Verhandlungsgrundlage in den Plan aufgenommen werden müssen.

Kissinger strikes back

Am 11. Januar hat die Kissinger-Kommission einen Abschlußbericht über die Nachforschungen veröffentlicht, die sie über die Lage in Mittelamerika angestellt hat. Das Ergebnis ist einfach und läßt wenig Spekulationen Raum: die Krise in der Region ist längerfristig politisch nicht zu lösen und muß militärisch überwunden werden. Daraus folgt die Empfehlung für weitere umfangreiche Erhöhungen der Militärhilfe für El Salvador, Honduras und Guatemala, wirtschaftliche Unterstützung usw. Kissinger und die Mehrheit seiner Kollegen kommen zu dem Schluß, daß die Ausbreitung des Kommunismus in Mittelamerika eine direkte Bedrohung für die USA bedeute. Wen wundert es da, daß von Verhandlungen nicht mehr die Rede ist.

Der Bericht liegt eindeutig auf der Linie von Präsident Reagan. Er legt die Vermutung nahe, daß die Zustimmung der USA zu den Bemühungen der Contadora eher verbaler Natur sind. In der Praxis bereitet man sich auf den Ernstfall, die militärische Lösung, vor. In Honduras werden Manöver geplant, die alle bisherigen bei weitem übertreffen. Pino Grande III wird im Sommer beginnen und 20 000 Mann umfassen, Honduras ist ein fester Stützpunkt für die US-Armee geworden.

Lieber bürgerlich als gar nicht wählen?

Es ist nicht verwunderlich, daß die Sandinisten angesichts dieser Situation ihre Hoffnungen auf die Contadora setzen. Sie tun es nicht in dem naiven Glauben, daß die Länder, die diese Gruppe bilden, ihre selbstlosen Freunde sind. Man weiß in

Managua genau, daß die Contadora mit ihren Friedensbemühungen verhindern will, daß die USA in Mittelamerika einmarschieren und durch eine weitere Machtentfaltung das bißchen Selbständigkeit und Spielraum gefährden, das Mexiko, Panama, Venezuela und Columbien bis dato noch besitzen und das gering genug geworden ist seit der wirtschaftliche Niedergang dieser Staaten sie faktisch in eine größer werdende Abhängigkeit vom Großen Bruder treibt.

Die Sandinisten sehen auch, daß die Friedensvorstellungen der Contadora fast deckungsgleich sind mit den Wünschen der bürgerlichen Opposition im eigenen Land. Schließlich sind sie außerdem von El Salvador, Honduras und Guatemala unterschrieben worden, welche bestimmt nichts billigen, was den Sandinisten zugutekommt.

Diese glauben aber, daß die Contadora zum Nachgeben bereit ist, weil sie eine Intervention der USA verhindern will. Sie meinen, daß durch Verhandlungen, Zugeständnisse und diplomatische Spiele Zeit gewonnen werden kann, die das Kräfteverhältnis vielleicht verändert. Sie hoffen noch immer auf ein größeres Engagement von Europa und den Parteien der Sozialistischen Internationale.

Sie sind bis jetzt entschlossen, die Wahlen so durchzuführen, daß sie ihnen nicht aus der Hand gleiten, d.h. ohne den Teil der Forderungen zu erfüllen, die es der Opposition ermöglichen würden, zu einem echten Konkurrenten um die Macht zu werden. Dies wäre der Fall, wenn zum Beispiel die Contras in vollem Umfang zurückkehren könnten. Dann hätte die Bourgeoisie die Möglichkeit, bewaffnete Verbände zu organisieren, dann wären mit Eden Pastora und Robelo Männer da, die unter Umständen die bisher zerstrittenen bürgerlichen Parteien einigen und sich als nicht somozistische Alternative präsentieren könnten. Auch eine international kontrollierte Wahl wäre sehr unvorteilhaft für die FSLN. Abgesehen, daß auch den Kontrolleuren viele Möglichkeiten der Manipulation zur Verfügung stehen, würden sie die Frage der Wahlberechtigung zweifellos im Sinne der Opposition lösen, das heißt dann wiederum Wahlrecht für die Contra.

Viele von uns, die sich der Solidaritätsbewegung zurechnen und den Ereignissen in Nicaragua einige Aufmerksamkeit widmen, haben wachsende Bedenken bezüglich des Willens der Sandinisten, demokratische Prozesse in die Wege zu leiten. In Nicaragua wird nirgends gewählt, weder in den Stadtteilorganisationen noch in den Gewerkschaften oder der Partei. Das, was als Ersatz für die bürgerliche Demokratie stehen müßte, nämlich eine Demokratie der Basis, wird mit dem Argument zurückgewiesen, daß die Massen noch nicht so weit seien.

Es gibt immer Leute, die meinen, daß angesichts fehlender Basisdemokratie, ein Umnengang nach westlichem Muster besser als gar nichts sei. Dadurch würden die Sandinisten in eine Richtung gezwungen, die sie vor einem Abgleiten in kubanische Sitten bewahren könnte. Bekanntlich wurde auf der Nachbarinsel noch nie gewählt.

Es ist fraglich, ob diese Einschätzung zum jetzigen Zeitpunkt vertretbar ist. Im Moment bedeuten Wahlen für die Sandinisten eine gefährliche Einengung des Handlungsspielraums, ist die Gegenseite in der Lage, massiver denn je zu Erpressungen zu greifen.

Die Sandinisten werden nachgeben oder die Wahlen verschieben, wenn sie sich nicht durchsetzen können, die Bourgeoisie wird sie boykottieren oder für manipuliert erklären, wenn sie mit ihren Forderungen nicht durchkommt - es geht um die Macht.

P.S.: LETZTE MELDUNG VOM TAG DES UMBRUCHS: Die Sandinisten wollen die Wahlen bereits am 4. November 1984 abhalten. Sie haben das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt und sind mit keinem Wort auf die Forderungen der Bourgeoisie eingegangen. (vgl. taz vom 23.2.84) Das heißt, sie legen es darauf an, der Opposition die eigenen Spielregeln aufzunötigen. Diese hat schon angekündigt, sie werde zumindest die Präsidentenwahl boykottieren.

EL SALVADOR

FDR/FMLN bietet Übergangsregierung an

Die "Regierung der breiten Beteiligung", die die FDR/FMLN seit mehreren Monaten als Grundlage einer Verhandlungslösung zur Debatte stellt, hat am 9. Februar eine neue Stufe der Konkretisierung erreicht, als in einer Presserklärung in Mexico-Stadt die Bildung einer Übergangsregierung zur sofortigen Beendigung des Bürgerkrieges in El Salvador vorgeschlagen wurde.

Der Vorschlag soll, so FDR-Präsident Ungo, im Laufe von Verhandlungen präzisiert und vervollständigt werden. Er läuft insgesamt darauf hinaus, der Opposition die Beteiligung an einer Regierung anzubieten, die alle politischen Kräfte des Landes umfaßt mit Ausnahme der rechtsextremen Partei ARENA. Diese soll als der politische Arm der Todesschwadron verboten werden; diejenigen Militärs, die sich an der Unterdrückung des Volkes beteiligt haben, sollen vor Gericht gestellt werden. Es ist vorgesehen, eine gemischte Wirtschaft aufzubauen und diejenigen Maßnahmen durchzuführen, die nach dem Sturz des letzten Diktators am 15. Oktober 1979 vorgesehen waren (Agrarreform, Verstaatlichung der Banken, Reform des Außenhandels, Hilfsprogramme für die notleidende Bevölkerung). Es wird gefordert, daß nach dem Zustandekommen der Übergangsregierung die Armee gesäubert und mit der Guerilla vereinigt wird, daß die Exilierten zurückkehren, die politischen Gefangenen befreit werden und El Salvador sich verpflichtet, keine ausländischen Truppen auf seinem Territorium zu dulden. Wenn die Verhandlungen (an denen sich die Regierung und das Militär von El Salvador und die USA beteiligen sollen) genügend weit fortgeschritten sind, will die Opposition einem Waffenstillstand zustimmen. Die Übergangsregierung soll so rasch wie möglich durch eine in freien Wahlen gewählte Volksvertretung abgelöst werden.

Gleichzeitig wurde auch bekannt, daß die FDR/FMLN weder zum Boykott der Wahlen aufruft, die am 25. März abgehalten werden, noch versucht, diese durch bewaffnete Aktionen zu stören wie im Frühjahr 1982. Sie nimmt auch nicht an den Wahlen teil, die ganz unter den rechten Parteien ablaufen werden. Als Grund für diese Zurückhaltung wird angegeben, daß es für die Bevölkerung ein zu großes Risiko wäre, einen Boykott zu praktizieren. Der Umstand, daß gleichzeitig auch die Waffen niedergelegt werden, läßt darauf schließen, daß unter allen Umständen während der Wahlen Ruhe herrschen soll. Hofft man, daß dadurch Duarte gewinnt - der mögliche zukünftige Bündnispartner?

Der Vorschlag der FDR/FMLN erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierung der USA deutlich gezeigt hat, daß sie nicht gewillt ist, eine politische Lösung in El Salvador zu suchen. Im Gegenteil wird den Vorschlägen der Kissinger-Kommission entsprechend die finanzielle Hilfe für die Regierung drastisch erhöht werden. So ist es nicht verwunderlich, daß weder die USA noch die angesprochenen "Bündnispartner" aus El Salvador irgendeine positive Reaktion gezeigt haben. Laut taz vom 13.2. haben führende Christdemokraten in El Salvador den Vorschlag als "lächerlich" abgetan. Anstatt auf eine Übergangsregierung setzen die USA und ihre Freunde offensichtlich auf Wahlen im März und die Finanzspritze nach den Vorstellungen des Herrn Kissinger ...

Es sieht nach einem Rückzug aus...

Wir müssen annehmen, daß das Angebot der FDR/FMLN im Zusammenhang mit den sehr pragmatischen Friedensbemühungen erfolgt, die derzeit in Nicaragua laufen (vgl.

den Nicaragua-Artikel in diesem Heft). Schließlich beinhaltet der Contadora-Plan ausdrücklich ein Verschwinden der FMLN, und diese kann kaum weiterexistieren, wenn er verwirklicht wird. Der Preis, den die Guerilla zu bezahlen bereit ist, ist sehr hoch. Sie läßt sich auf einen Handel mit Teilen ihrer Gegner ein, die bisher in trauter Eintracht mit den Rechtsextremen gelebt und keine Andeutungen gemacht haben, daß ihnen ein linker Bündnispartner eventuell willkommen sei. Ein Pakt mit Duarte, worauf das Ganze letztlich hinausliefe, ist ein Pakt mit einem erklärten Feind der Befreiungsbewegung - abgesehen davon, daß dieser ihn nicht einmal will.

Dem widersprechen auch die jüngsten Meldungen nicht, denen zufolge es Bestrebungen innerhalb des Militärs und der Christdemokraten gibt, gegen den Willen der USA die Wahlen zu verschieben und u.U. mit der FMLN zu verhandeln. Derlei Widersprüchlichkeiten und Initiativen hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben, ohne daß mehr als ein bedeutungsloser Anfang gemacht worden ist. Die militärische Stärke der FMLN und die Unfähigkeit der eigenen Armee sind ein ernstes Problem für die Bourgeoisie und zwingen sie zu unterschiedlichen Überlegungen. Diese schließen ein scheinbares Eingehen auf das Verhandlungsangebot des Gegners durchaus ein. Auch die Rechte will Zeit gewinnen. Und darauf setzt die FDR/FMLN, die seit über einem Jahr der Meinung ist, daß es in den Reihen der Machthaber El Salvadors so heftig kriselt, "daß wir uns an alle Kräfte anzunähern versuchen, die sich von der Regierung wegbewegen, und ihnen eine Lösung anbieten, die dem Volk nützt." (Ruben Zamora, 4.10.1982)

... aber nicht in den Augen der FMLN

Deshalb erfahren wir in Gesprächen mit Vertretern der Widerstandsbewegung auch, daß das Angebot, eine Übergangsregierung zu bilden, aus einer Position der Stärke heraus erfolgt sei. Der Zerfallsprozeß im rechten Lager habe seine Anhängerschaft im Volk derart unterhöhlt, daß große Teile der Bevölkerung sich immer entschiedener der FDR/FMLN zuwenden würden. Es gebe bereits unter den Gutsbesitzern Gruppen, die mit der FMLN verhandelten, ihre Mitglieder seien in Bereiche der Verwaltung und andere zivile Sektoren eingedrungen, was ihre Verankerung gefestigt hätte. Die wachsende Sympathie im Volk führe natürlich nicht gleich zur Mitarbeit in den Guerillaorganisationen, sie garantiere jedoch eine immer größer werdende Anhängerschaft, die sich im Falle einer Übergangsregierung auf Seiten der FDR/FMLN wiederfinden würde. Diesem Umstand zufolge könnten ein Duarte und die bürgerlichen Kreise, die an der Übergangsregierung beteiligt sein würden, dort praktisch nur die Rolle von Statisten spielen, da sie nur eine bedeutungslose Anhängerschaft hätten; das Volk dagegen würde die FMLN unterstützen und ihre Macht garantieren.

Wir sind stärker denn je, sagen die Mitglieder der FMLN, und können aufgrund unserer Stärke derartige Angebote machen. Der Gegner hat keine Unterstützung, ist militärisch wirkungslos, und die USA-Regierung will zumindest bis zu den Wahlen im November vor ihren Wählern als Friedensstube erscheinen, sie werden also nicht in Mittelamerika intervenieren.

Offensichtlich meint die FDR/FMLN, sie könne sich eine stark geschwächte Bourgeoisie unter den Augen der USA sozusagen einverleiben ohne Abstriche machen zu müssen, die an die politische Substanz der Befreiungsbewegungen gehen.

In Nicaragua schien ein derartiger Plan 1979 möglich zu sein. Die Ereignisse der letzten Zeit deuten nicht darauf hin, daß er gut gelungen ist. Und das Jahr 1984 steht unter einer sehr veränderten weltpolitischen Konstellation.

Ob es in den Reihen der FDR/FMLN Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten in dieser Hinsicht gibt, erfahren wir weniger denn je. Wir wissen, daß die FPL früher jedes Bündnis mit der Bourgeoisie strikt ablehnte, dann aber unter der Führung der Comandante Ana-Maria ihre Meinung geändert hat. Die Auseinandersetzungen mit den Anhängern der alten Position um Cayetano Carpio haben blutig geendet. Sie haben zu einer Spaltung der FPL geführt, die in einen Wust von Lügen und Verleumdungen verpackt an unser Ohr gedrungen ist und ein weiteres trauriges Exempel im Machtkampf innerhalb der Guerilla liefert.

Comandante Marcial - "Verräter, Feind des Volkes"

Am 14. Dezember 1983 berichtete die antisandinistische Tageszeitung LA PRENSA, daß über Radio Farabundo Martí eine Erklärung der FPL verlesen worden sei, die Cayetano Carpio (Marcial) der Anstiftung des Mordes an Ana-Maria bezichtigte. Drei Tage später veröffentlichte BARRICADA eine ganzseitige Erklärung der FPL, in der derselbe Vorwurf erhoben wurde. Marcial, so heißt es in der Erklärung, sei in den letzten Jahren psychisch und ideologisch "deformiert", habe einen gefährlichen Hang zum Egoismus und zur Selbstüberschätzung entwickelt und infolgedessen aus Feigheit und krankhafter Konkurrenzangst die wahre Führerin der Organisation, Ana Maria, hinterhältig umbringen lassen. "Als die Tat entdeckt wurde, entschloß sich Carpio in einem letzten Akt politischer Feigheit zum Selbstmord, um sich der Verantwortung zu entziehen und seinen Namen reinzuhalten, der aber bereits durch die infamen Taten beschmutzt war, die er begangen hatte."

Es ist schwer, diese Erklärung zu Ende zu lesen, denn man verspürt ständig den dringenden Wunsch, sie angewidert beiseite zu legen. Hier wird an keiner Stelle auch nur angedeutet, daß es um inhaltliche Dinge zwischen den beiden Führern gegangen ist, hier wird nur auf simpelste Art und Weise polemisiert und der Schluß gezogen, daß Marcial mit jenen Menschen zu vergleichen sei, die in Grenada als Werkzeuge des Imperialismus Maurice Bishop umgebracht und die Invasion der USA ermöglicht haben. Somit ist implizit klar, daß Carpio letztlich vom Imperialismus inspiriert wurde. Hier spätestens ist der Tatbestand einer gefährlichen Mystifizierung der Zusammenhänge erreicht, die im Falle Grenadas bereits viel deutlicher hätte kritisiert werden müssen.

Im Dokument der FPL wird dann ausschweifend beteuert, daß die Organisation demokratischer und revolutionärer denn je aus der Krise hervorgegangen sei. Lediglich ein paar versprengte Genossen hätten aus Verwirrung über die Ereignisse die Partei verlassen und eine eigene Organisation, die "Revolutionäre Arbeiterbewegung Cayetano Carpio" (MOR), gebildet. "Diese Gruppe hält an den rückständigen, sektiererischen und spalterischen Positionen von Marcial fest. Sie weigert sich, die FMLN als revolutionäre Avantgarde anzuerkennen und behauptet, die wahre Vertreterin des Proletariats zu sein." Mehr inhaltliche Information über die Dissidenten erhalten wir nicht.

Die Absicht liegt auf der Hand: Die MOR hat sich in den Monaten nach Carpios Tod formiert und begonnen, eine eigene Politik zu machen. Niemand weiß, in welchem Umfang dies geschehen ist. Es gibt über diese Organisation keine Informationen. Unsere Freunde aus der FMLN sagen alle, die Gruppe sei völlig unbedeutend und winzig. Aber warum muß man sie dann mit einer solchen Erklärung diffamieren, die ihr offensichtlich das Wasser abgraben soll? Warum hat man diesem Zweck zuliebe sogar den Helden der Revolution, den Fidel Castro und Carlos Fonseca El Salvadors geopfert?

Es steht inzwischen außer Zweifel, daß die Beteiligung Marcials am Mord an Ana-Maria in Managua von Anfang an als sehr wahrscheinlich galt. Die FSLN hat darauf verzichtet, diese Version bekannt zu geben und der FMLN die Darstellung der Ereignisse überlassen. Diese hat das tränenreiche Märchen vom tiefbetäubten Marcial kreiert, wir haben es schließlich geschluckt. Jetzt - noch nicht einmal ein Jahr später - wird uns Marcial als skrupelloser Verräter vorgeführt.

Es gibt inzwischen auch wieder Leute, die sagen, man wolle dem armen Marcial das jetzt nachträglich in die Schuhe schieben, es kann also weiterfabuliert werden. Schluß! Wir können nicht damit rechnen, daß es in diesem Punkt zu einer offenen Diskussion mit der FMLN kommen wird, daß die vielen Fragen, die wir bereits gestellt haben, je beantwortet werden. In LA PRENSA stand auch, daß die Genossen der FARN (eine Mitgliedsorganisation der FMLN) kräftig am Streiten sind ... Kann die Parole wirklich nur "abwarten" heißen?

(Längere Auszüge aus dem FPL-Kommuniqué sind abgedruckt im Mittelamerika Informationsdienst (mid) Nr. 49 (3. - 13.12) 1983. Informationsstelle El Salvador, Hanauer Landstraße 147 - 149, Frankfurt/M.)

GUATEMALA

Zivile Selbstverteidigungspatrouillen

Wenn man heutzutage durch das "befriedete" Guatemala fährt, fallen dem Reisenden die "Patrulleros de Autodefensa Civil" (Zivile Selbstverteidigungspatrouillen) auf, vor allem in den Dörfern der sogenannten Konfliktgebiete. Ob am Straßenrand, beim Säubern der Regenrinnen, ob am Ortseingang, wo sie mit gewichtiger Miene hinter einem eigens dafür aufgestellten Schlagbaum jeden kontrollieren, der ein- und ausgeht, ob am Dorfesrand, wo sie Bäume fällen, damit sich niemand ungesehen nähern kann; seit gut zwei Jahren gehören die Männer mit den tarnfarbenen Strohhüten, den Initialen "P.A.C.", den Holzknüppeln und der blau-weißen Nationalfahne zum alltäglichen Bild Guatemalas.

Zwischen 300 000 und 500 000 solcher Patrulleros soll es nach offiziellen Angaben geben, und die Regierung ist stolz auf sie: "Ohne Zweifel gelang diese Befriedung (des Landes, d.U.) durch den Einsatz der Zivilpatrouillen, oder mit anderen Worten, es ist das Volk selbst, das sich gegen die Subversion zur Wehr gesetzt hat." (Sekretär des Presseamtes des Präsidenten, Dez. 1983)

Operation "Phönix" neuaufgelegt in Guatemala

Die zivilen Selbstverteidigungspatrouillen sind keine Erfindung der guatemaltekischen Strategieplaner. Während der schlimmsten Zeiten des Vietnamkrieges wurden sie bereits von den USA im Rahmen der Operation "Phönix" angewendet. Als Werkzeug der psychologischen Kriegsführung sollen sie den Anschein erwecken, daß das Regime vom Volk unterstützt wird. Es soll gegenüber der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes demonstriert werden, daß das Volk der revolutionären Bewegung entgegengetrete, sogar in der Bereitschaft, diese Bewegung mit der Waffe zu bekämpfen.

Eine zivile Selbstverteidigung wird aufgebaut

Natürlich stellt sich die Frage, warum das "Volk" bei der P.A.C. mitmacht, warum die Regierung, zumindest bislang, Erfolg hatte mit ihrer Strategie.

Sehen wir ein Dorf X im Hochland an. Nach Monaten des Terrors, der Flucht, der Massaker, kommt das Heer wieder ins Dorf und zwingt alle Männer, sich auf dem Platz des Dorfes zu versammeln. Sie müssen sich nach Wohngegend in Reihe und Glied aufstellen und werden registriert. In Gruppen zwischen 10 und 20 Mann bekommen sie einen Anführer - eine Vertrauensperson des Heeres, beispielsweise Ex-Soldaten, Militärkommissare, reiche Ladinós u.ä. Bald darauf veranstaltet das Militär ein Fest mit der feierlichen Vereidigung der P.A.C.. Gemeinsam sprechen die Männer einen Text nach, der sie zur Verteidigung ihres Dorfes gegenüber der "subversiven Bedrohung" verpflichtet. Unter den Klängen der Nationalhymne schreiten die frischgebackenen Patrulleros unter der Nationalfahne hindurch. Alles das geschieht oftmals unter den Augen der Fernsehkameras, in Anwesenheit von Rundfunk und Presse. Oft geschieht es sogar mit dem Segen der Kirche - zumindest der evangelischen. Ein Akt, der sicher nicht spurlos an der Bevölkerung vorbeigeht.

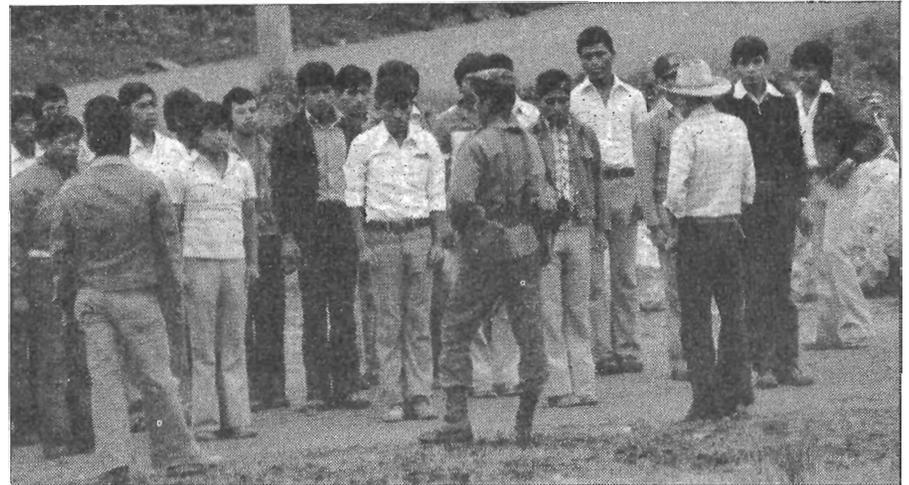
Natürlich gibt es Dörfer, die sich geweigert haben, Zivilpatrouillen aufzustellen. Dies ist aber nur in weniger betroffenen Gebieten mit Erfolg geschehen. Zum anderen genießen die Dörfer mit P.A.C. einen gewissen Schutz vor Übergriffen des Heeres. "Seit wir die P.A.C. aufgestellt haben, läßt uns das Militär mehr oder weniger in Ruhe." (Patrullero aus Alta Verapaz).

Nach der Vereidigung geht es an die Arbeit. Sie unterscheidet sich von Dorf zu Dorf und reicht vom reinen Wachdienst bis hin zum Straßenbau. Ein Turnus dauert 48 Stunden, für diese gesamte Zeit muß der Patrullero zur Verfügung stehen. Ist das Dorf klein, muß er jede Woche Dienst tun, in größeren Dörfern alle zwei bis drei Wochen. Meist tragen die Anführer ein richtiges, die übrigen Männer ein Holzgewehr. Hierzu erklärte der Heeresstabschef: "Die Frage der Bewaffnung der Zivilpatrouillen erfordert eine sorgfältige Untersuchung. (...) Man kann ihnen nicht insgesamt Waffen geben. Das muß man in einer ausgewählten Art und Weise tun. (Aqui el Mundo, 6.5.83)

Wirkliche Funktion der P.A.C.: Interne Kontrolle

Eine große Rolle bei der militärischen Verteidigung ihrer Dörfer können die P.A.C. also nicht spielen. Ihre wirkliche Funktion liegt in der internen Kontrolle ihrer Dörfer. Dies erklärt sich so:

1) Jeder Mann (in einigen Dörfern auch die Frauen) ist registriert und hat in seiner Gruppe Dienst zu tun. Weigert er sich oder fehlt er, wird er dem Militär übergeben. Dort droht ihm Folter oder sogar der Tod, aus dem Verdacht heraus, er sei ein "Subversiver".



2) Die Bewohner des Dorfes - so schlußfolgert das Militär nach langen Erfahrungen mit der eigenen Erfolglosigkeit - eignen sich zur Überwachung des eigenen Dorfes viel besser als jeder fremde Soldat. Sie kennen jeden, der im Dorf etwas zu suchen hat oder nicht, und können alles Verdächtige dem Militär melden. Diese Kontrolle behindert momentan die Kontaktaufnahme und Reorganisierung der Dörfer durch die revolutionäre Bewegung.

3. Das Heer ist nicht gezwungen, in jedem verdächtigen Dorf Soldaten zu stationieren, sondern kann sich auf Schwerpunktzonen und größere

Ortschaften beschränken. Die innere Hierarchie der P.A.C. sorgt dafür, daß die nächstliegende Militärbase auf dem Laufenden gehalten wird über das Geschehen innerhalb des Ortes.

4. Die Anführer der P.A.C. bestimmen, wieviel Tortillas jeder Campesino mitnehmen darf, wenn er zur Arbeit geht. Auch versuchen sie zu kontrollieren, daß niemand mehr als beispielsweise zwei Pfund Zucker oder Salz einkauft. Wenn jemand bei einer Kontrolle mehr bei sich trägt, steht er sofort unter dem Verdacht, mit der Guerilla zu kollaborieren.

In manchen Gegenden dienen die P.A.C. auch als "Kanonenfutter" oder als "Puffergürtel" der Armee. So erzählte ein Patrullero aus Santa Cruz del Quiché (dort hat das Militär eine großen Stützpunkt): "Die Soldaten bewachen die Stadt am Tage und wir in der Nacht."

Freiwillige oder erzwungene Mitgliedschaft?

Ganz unabhängig voneinander beschwerten sich evangelische Pastoren (Impacto, 3.2.83) wie katholische Priester (El imparcial, 31.1.83) darüber, daß man sie zwingt, der P.A.C. beizutreten. Ende April 83 haben Anwälte der Stadt Mazatenango (Departamentshauptstadt von Suchitepequez) den Zwangscharakter der Zivilpatrouillen öffentlich angeklagt. Jeder, der sich weigert, den Patrouillen beizutreten, werde als Feind der Regierung angesehen. (Aqui el Mundo, 28.4.83) "Was besonders schlimm ist, ist, daß wir schwer arbeiten müssen für das Militär. Immer, wenn wir Dienst haben, können wir nicht auf unsere Felder. Um Nebaj gab es vor Jahren noch viel Wald, den mußten wir fällen, damit die Militärs alles sehen, was sich Nebaj



nähert. Und wenn wir nicht tun, was sie sagen, stecken sie uns in die Bartolina. Das ist eine Art Brunnen, wo sie den Armen bis zum Hals mehrere Tage lang im Wasser stehen lassen" (Patrullero aus Nebaj).

P.A.C.: Gefahr für die Dorfgemeinschaft

Abgesehen von den Problemen mit dem Militär, bereitet die P.A.C. innerhalb einiger Dörfer große Schwierigkeiten. Die Mehrzahl dieser Dörfer haben eine noch weitgehend indianische Sozialstruktur. Über Jahrhunderte waren Hierarchien durch Kriterien wie Alter und Eignung der Person festgelegt worden, sowie verantwortliche Teilnahme an den Selbstverwaltungsämtern innerhalb der Gemeinschaft. Nun werden Machtstrukturen von außen aufgezwängt und können natürlich auch dazu benutzt werden, persönliche Konflikte "bewaffnet" zu lösen. "Es herrscht Krieg zwischen den verschiedenen Patrouillen der zivilen Selbstverteidigung im Departament Quiché (...). Seit einiger Zeit leiden wir unter dem Druck von Seiten der Zivilpatrouillen im Santo Tomás Quiché." (La Razon, 3.2.83) Innerhalb eines halben Jahres sollen 25 Campesinos getötet worden sein. Als Grund für diese Auseinandersetzungen wird Streit um Land angegeben. "Sie sagen, wir seien Guerrilleros, aber in Wahrheit handelt es sich um Probleme bei der Landverpachtung. Wenn jemand nicht zahlen kann, fangen die Probleme an." (Es Grafico, 4.2.83) "Es ist sehr schlimm geworden im Dorf. Keiner traut mehr dem anderen. Das Militär hat die P.A.C. total unter Kontrolle und die P.A.C. liefert jeden "Verdächtigen" aus. Was 400 Jahre Conquista nicht haben schaffen können, das erreichen jetzt die P.A.C., nämlich unsere Dorfgemeinschaft zu zerstören," sagt ein Campesino aus Alta Verapaz.

500 000 Patrulleros als Stimmvieh für einen Militärkandidaten?

Energisch wies Stabschef Lobos Zamora die Anschuldigung zurück, die P.A.C. könnten als mögliches Stimmenpotential für einen vom Militär gewünschten Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen 1985 benutzt werden. "Es tut mir wirklich leid, daß so viele Politiker, trotz Kenntnis der schrecklichen Situation in Guatemala behaupten, das Heer manipulierte diesen Gruppen (die P.A.C., D.Ü.), ja, prepariere sie für zukünftige politische Auseinandersetzungen." (Prensa Libre, 18.1.84) Nicht umsonst ruft selbst die rechtsextreme Nationale Befreiungsbewegung (MLN) nach Auflösung der P.A.C., denn mit den P.A.C. hat das Militär ein Instrument für einen neuen Wahlbetrug an der Hand - und es handelt sich dabei immerhin um ein Viertel der zu erwartenden Wählerstimmen.

Auf Grund der großen Rückschläge, die die revolutionäre Bewegung Guatemalas hinnehmen mußte, ist es verständlich, daß ein Großteil der Zivilbevölkerung erstmal ihre "Ruhe" haben will und viele Kompromisse gegenüber der Armee macht. "Wenn die Regierung es aber nicht bald schafft, große Reformen und Verbesserungen der Lebensbedingungen im Hochland durchzusetzen - wozu derzeit gar kein Geld da ist - werden sich die P.A.C. in einen Bumerang verwandeln, der sich gegen die Regierenden wendet ... und dann... dann gibt es keine Rettung mehr für Guatemala". So drückte ein gutsituerter Ladino aus Chiantla, Huehuetenango seine Befürchtung aus. Hoffentlich behält er recht mit seiner Prognose.

Quelle: Korrespondentenbericht

Der Gefangene, das Huhn und die Wunder

Der folgende Text ist die Erzählung eines guatemaltekischen Indianers, der nach jahrelanger Gefangenschaft freigelassen wurde und nach Mexico gehen konnte. Wir haben ihn aus "Le Monde Diplomatique" vom Januar 1984 übernommen.

Ein anderer Aufseher hatte die Wache übernommen und die Gefängnisabteilung betreten, in der ich mich befand. Er war Protestant. Er arbeitete als Militärpolizist. Er war Protestant. Als er mich an der Tür sah, sagte er: "Ach, mein Gott" und trat ein:

"Mein Bruder, bist Du wirklich inhaftiert?"

"Ja."

"Wieviele Tage bist Du schon hier?"

"Ungefähr einen Monat, ja, einen Monat etwa."

"Ah ja. Mein armer Freund", sagte er zu mir. "Ich habe noch nie mit Häftlingen gearbeitet. Das ist mir jetzt zugefallen. Ich habe in Fabriken gearbeitet, ich war Wächter in Banken, Kaufhäusern und Lagern. Das ist meine Arbeit. Nicht die Bewachung von Gefangenen. Mein Ärmster. Ich werde mit Dir beten."

Er begann mit mir zu beten. Er stellte sein Gewehr hin und sagte:

"Mein Gott, ich lege meine Brüder in Deine Hände. Du weißt, ob Du sie freilassen wirst, oder ob sich sein Leben hier verändern wird."

Er betete, er wollte mir helfen. Das hat mir Kraft gegeben. Nach dem gemeinsamen Gebet sagte er:

"Es ist besser, wenn Du nicht an Deine Familie und Deine Freunde denkst. Wenn Du ein Guerillero bist, dann deshalb, weil Du nicht anders konntest. Wenn Du kein Guerillero bist, dann sei ein Freund Gottes. Gott wird Dir helfen. Er wird Dir in dieser Welt helfen. Gott wird nach seinem Willen an Dir handeln. Ich bin bei Dir."

Er ging. Gegen Mitternacht brachte er mir ein Glas Wasser, ein kleines Glas Wasser für jeden, Tortillas, zwei oder drei Tortillas, einen Bissen Tortilla für jeden.

Das war möglich, wenn er Wache hatte. In 24 Stunden gibt es zwei Wachen: 12 Stunden am Tag und 12 Stunden nachts. Wenn er mit der Wache fertig war, kam ein anderer, einer der Schlimmsten.

* * *

Der machte das so, er drehte mich herum und bedrohte mich mit seinem Gewehr. Er war ein Folterspezialist. Er wollte mir die Nase mit seinem Dolch abschneiden. Er hat ihn mir so hingehalten.

"Mein Bruder", sagte ich zu ihm, "wenn ich etwas wüßte, würde ich Dir die Wahrheit sagen. Aber da ich nichts weiß ... Ich weiß nur, daß ich aus purer Böswilligkeit hier bin. Die Böswilligkeit von Leuten, die mir Schlimmes angetan haben, ich weiß nicht warum. Nur Gott weiß es."

Ich fing an, in seiner Anwesenheit zu Gott zu beten. Und er sagte:

"Was? Scheißkerl!" sagte er. "Weshalb betest Du zu Gott?"

"Weil ich es möchte."

"Du möchtest wohl, daß Gott hierherkommt, um Dich uns zu entreißen? Hier kommt niemand herein. Für uns existiert Gott nicht. Hier gibt es keinen Gott. Nichts, hier gibt es gar nichts! Was Du da machts, das ist bloß Dummheit, reine Blödsinnigkeit. Du kannst Dich nur selbst retten. Es hilft Dir gar nichts, wenn Du hoffst, daß Gott Dich hier herausholt. Du kannst die ganze Nacht lang beten, aber das wird Dich nicht retten."

"Hör mir gut zu. Du verstehst mich falsch. Wenn der Wille Gottes mein Schicksal bestimmt, dann heißt das, daß er mich eines Tages aus Euren Händen befreit, oder daß ich sterbe - das ist dann der Wille Gottes. Der Wille Gottes umfaßt die beiden Dinge. Entweder werde ich befreit oder ich werde aus dieser Welt verschwinden. Aber das ist der Wille Gottes, nicht der Deine."

"Du scheinst ja sehr fromm zu sein", sagte er.

"Ja, ich bin Katholik."

"Ach, Du bist also Katholik ... Wir werden sehen. Also, was weißt Du vom Wort Gottes?"

Er rezitierte einige Verse des Wortes Gottes. Er befragte mich über die gute Saat, über das Senfkorn. Er sagte zu mir:

"Was weißt Du über das Korn? Als der Mann die Senfkörner aussäte und ein Teil auf gute Erde fiel, ein Teil auf den Weg und ein anderer Teil auf Steine ... Was soll das heißen? Ich verstehe das nicht. Ich möchte es gern wissen."

"Gut. Das, was auf die Steine fällt", antwortete ich, "das ist wie mit Deinem Herzen. Die Steine sind so hart, ja, wie Dein Herz, daß niemand Gottes Wort empfangen kann, und noch weniger meine Worte, weil Dein Herz so hart wie Stein ist."

Da sagte er: "Und was ist die Erde?"

"Wenn etwas auf die gute Erde fällt, dann sind damit die Demütigen gemeint, die es auf der Welt gibt. Die Erde ist fruchtbar, sie trägt Früchte. Der Weizen wurde ausgesät und es wird eine Ernte geben. Das sind die demütigen Menschen, die arbeitenden Menschen, die Menschen, die in dieser Welt leiden."

Danach hatte ich schrecklichen Hunger. Ich hätte sonst was gegessen. Er gab mir nicht mal ein Stück Tortilla. Nichts, gar nichts. Glücklicherweise hatte ich das Gebet. Ich dachte an die Apostelgeschichte vom Heiligen Petrus und dem Heiligen Paulus als man sie ins Gefängnis geworfen hatte.

Ach, wenn Gott doch etwas für mich tun würde! Wenn Gott doch nur ein Wunder tun würde!

* * *

Ich erinnerte mich an all das, ich dachte daran, wie der Heilige Paulus verfolgt wurde, wie er ins Gefängnis geworfen und dann gerettet wurde. Ich erinnerte mich auch an einen Abschnitt aus der Heiligen Bibel. Wie heißt er noch? ... Ja, wissen Sie, der Mann, der von dem großen Fisch verschluckt wurde. Ich dachte an Jonas. Daß Gott ihm das Leben gerettet hat, als er im Bauch des riesigen Fisches war. Auch ich fühlte mich so, als befände ich mich im Bauch aller Leute dieser Militärzone, in der ich gefangen war.

Ich bat Gott, mich zu retten. In dieser Nacht habe ich mich ganz, ganz fest konzentriert. Und ich fühlte, daß Gott mir half. Es muß ungefähr ein Uhr morgens gewesen sein. Ich habe ungefähr eineinhalb Stunden lang so fest zu Gott gebetet. Und plötzlich fühlte ich, wie etwas über mich kam, über meinen ganzen Körper, etwas Frisches. Es war wie ein Schock, ein Zittern am ganzen Körper. Es war eine Erleichterung für mich, für mich, der ich sterben würde. Und ich sagte:

"Herr, mein Gott, bitte schicke eines Deiner Kinder, um mir etwas zu geben, um meinen Hunger zu stillen, der mir die Eingeweide zerreißt."

* * *

Am nächsten Tag betete ich wieder. Es war noch nicht zehn Uhr. Ich betrachtete das kleine Fenster an der Seite meiner Zelle. Ein kleines Fenster. Und da merkte ich, daß in der Zelle etwas passierte. Ein Huhn kam geflogen und versuchte, sich auf die Fensterbank zu setzen. Es fiel herein. Danach suchte es eine Ecke und legte ein Ei. Das Huhn hat ein Ei gelegt ...

Es fiel mir schwer, es zu erreichen, denn meine Hände waren mit einer Kette an die Wand gebunden. Ich hatte Schmerzen. Stellen Sie sich vor, das Huhn war zu mir gekommen und hatte sein Ei gelegt. So wie sie es alle 24 Stunden tun müssen - es hat mir ein Ei vor die Füße gelegt. Und dann fing das Huhn an zu gackern ...

Ein Offizier kam herein. Als das Huhn ihn sah, flog es auf. Es hatte Angst, es flog hin und her. Der Offizier sagte:

"Was ist los mit dem Huhn? Wenn das Huhn hier legt, muß man mich verständigen, weil das Huhn dem Hauptmann gehört."

Dann ging er und schloß die Tür. Es gelang mir, das Ei zu erreichen. Ich nahm das Ei in die Hand. Das erste Ei des Huhns.

Am nächsten Morgen kam das Huhn wieder ... Das Huhn näherte sich mir. Ich streichelte das tapfere kleine Huhn. Es legte sein Ei. Ich nahm das Ei sofort, während das Huhn noch ohnmächtig war, denn Hühner werden ohnmächtig, wenn sie legen. Ohnmächtig, das Huhn. Dann flog es plötzlich aus dem Fenster und fing draußen an zu gackern. Zwei Minuten lang hat es gegackert.

Wissen Sie, als das Huhn mir Eier legte, fragte ich mich, wo ich die Schalen verstecken könnte, so daß niemand sie findet.

Das Huhn hat mir 16 Tage lang zu essen gegeben. Es hat mir 16 Eier unter das Fenster gelegt. Ich fühlte mich so gut. Es hat mir so sehr geholfen, wenn ich ein Ei von ihm gegessen habe! Ich dankte Gott. Das ist eine große Tat, die Gott für mich vollbracht hat!



Ich beschloß, um ein anderes Wunder zu bitten. Ich bat um ein Wunder für meiner Verwandten, weil Gott soviel für mich tat. Für meinen Cousin, den Armen, der auch im Gefängnis war.

Er hatte viele Sachen gegen mich gesagt, mein Cousin. Als man ihn fragte: "Was weißt Du von Deinem Cousin?" antwortete er:

"Tja, mein Cousin ist ein Guerillero."

Sie haben ihn gezwungen, das zu sagen. Wie traurig ist das alles! Das hat mein Cousin gesagt, der Ärmste. Mein Gott, es schmerzt mich sehr, wenn ich an meinen Cousin denke.

"Was weißt Du über Deinen Cousin?"

"Mein Cousin ist ein Guerillero", sagte er.

Aber das war eine Lüge. Er sagte es aus Angst vor der Folter.

"Wo hat Dein Cousin gekämpft?"

Er wollte nicht leiden. Er fing an zu reden: auf einige Fragen antwortete er, auf andere nicht. Eine Woche lang ging das so. Für mich war es aus: mein Cousin gibt das zu und deshalb muß ich sterben.

Ich betete zu Gott. Ich sagte: "Herr, mein Gott, bei all Deinen Taten, bei all den Wundern, die Du vollbringst, ist es nötig, daß Du noch eines für mich tust!" ... Was wollte ich? Was verlangte ich? ... Ich sagte zu Gott: "Mein Gott, vollbringe das Wunder und ändere meinen Cousin, ändere, was er sagt!" Es war nicht nur für mich, sondern auch für die anderen, die er verraten mußte. So gab er Informationen über eine Frau von 55 Jahren, eine Witwe, die mich oft besucht hat.

"Und wer ist diese Frau?" fragten die Soldaten meinen Cousin.

"Sie? Sie kocht, sie geht zum Markt und kauft Reis und Hühner. Wenn er abends um acht Uhr nach Hause kommt, bringt sie ihm das Essen und er bringt es in die Berge."

Ich bat Gott: "Mein Gott, mach, daß mein Cousin seine Ideen ändert, daß sein Gewissen zurückkommt. Mein Gott, tu noch dieses Wunder, sofort, weil ich es brauche, weil ich sterbe, wenn er gesteht, weil vier- oder fünfhundert Menschen auch sterben werden. Ja, Herr!"

Darum bat ich Gott. Und Gott hat mir alles gegeben, worum ich ihn gebeten habe. Ja.

* * *

Am achten Tag hörte ich gegen elf Uhr Diego. Mein Cousin heißt Diego. Das ist sein Name.

Die Soldaten sagten zu ihm:

"Heute ist Dein letztes Verhör. Danach bist Du frei. Und alle, die Du uns in Deinen Antworten genannt hast, werden sterben. Aber Du wirst nicht in Dein Dorf zurückkehren. Du kommst woanders hin, damit sie Dich nicht töten. Denn wenn sie erfahren, was passiert, werden sie wissen, daß es wegen Deiner Aussagen ist. Man wird Dich woanders hinbringen."

Ich sagte mir, daß das alles Lüge sei. Die Soldaten sagten noch:

"Du mußt uns die Wahrheit sagen, heute zum letzten Mal."

Als es soweit war, betete ich zu Gott. Und mein Cousin sagte:

"Gestern haben Sie, mein Herr, und alle anderen, die mir Fragen gestellt haben, genau zugehört, als ich erklärte, sie seien Guerilleros. Aber ich muß Ihnen sagen, daß ich das getan habe, damit man mir zu essen gibt und mich nicht foltert. Es waren lauter Lügen."

Das war es, was mein Cousin sagte: Damit man ihm zu essen gibt, damit man ihn

nicht foltert. Da wurden die Soldaten furchtbar wütend. Mein Cousin fuhr fort:

"Ja, ich bin ein Lügner. Ich gebe zu, daß ich gelogen habe. Alles was ich gesagt habe, ist nicht wahr. Wenn Sie mich töten wollen, dann töten Sie mich."

Der Ärmste fing an zu weinen. Er sagte immer wieder dasselbe. Mein Cousin fing an zu weinen. Mein Gott, das ist die Rettung für mich! Nicht nur für mich, sondern auch für die anderen!

"Aha, Du lügst also! Alle Tage! Und heute?"

* * *

Ein Offizier war gekommen. Er war nicht sicher, ob es Lügen waren, ob es richtig oder falsch war. Er sagte schließlich:

"Ja, gestern hatte ich den Eindruck, daß Du lügst. Dein Cousin wird also nicht sterben. Aber Du wirst sterben, weil Du ein Lügner bist. Fesselt ihm die Füße!"

Als ich sah, daß sie meinen Cousin schlugen, sagte ich zu Gott: "Ach mein Gott! Wenn er gelogen hat, dann hat er es getan, weil er nicht anders konnte. Mein Gott, hilf ihm!"

Sie fesselten ihm die Hände; sie fesselten ihm die Füße. An der Seite des Raums war ein Backofen. Sie warfen ihn in den Backofen. Dann verriegelten sie die Ofentür und legten Steine davor, daß er nicht herauskam. So große Steine. Sie zündeten Feuer im Ofen an. "Er wird sterben", sagten sie. Sie hatten ihm überhaupt nichts zu essen gegeben. Und dabei war er schon seit fast fünfzig Tagen im Gefängnis! Er war am Ende, dem Tode nahe. Man konnte nichts mehr tun.

Jemand trat ein und sagte zu mir:

"Siehst Du, ich glaube, daß Ihr alle sterben werdet. Wenn nicht heute, dann morgen. Ihr werdet alle erschossen. Also Jungs, ergebt Euch in den Willen Gottes. Heute ist Euer letzter Tag hier. Es ist der Moment, Gott zu empfangen."

Kurz darauf kam der Kommandant der Zone vorbei und sagte:

"Diese Leute haben viel gelitten. Man muß sehen, was man mit ihnen macht. Mal sehen."

* * *

So wußten wir nicht, ob sie uns töten würden oder nicht. Aber wir, wir beteten zu Gott. Dann holten sie meinen Cousin aus dem Backofen. Er hatte einen Bart, ich auch, weil wir uns seit zwei Monaten nicht rasiert hatten. Mein Cousin war am ganzen Körper schwarz, weil der Ofen sehr schmutzig war.

Zwei Offiziere kamen:

"Man muß ihnen zu essen geben. Gebt den beiden etwas zu essen, sonst werden sie sterben."

Da bekamen wir zu essen. Sie haben uns Essen gegeben. Ein Mann, ich weiß nicht, ob es der Krankenpflger war, sagte:

"Vorsicht, eßt nicht zuviel!"

Der Kommandant kam kurz danach. Er hat nicht die Wahrheit gesagt. Aber ein Soldat, ein Freund, sagte, daß sie uns freilassen würden, daß sie uns nicht töten würden.

ARGENTINIEN

Kraftproben

Die Regierung Alfonsín ist nun etwa 100 Tage im Amt. In dieser Zeit hat sie dem Kongreß durchschnittlich ein Gesetz pro Tag zur Verabschiedung vorgelegt. Dabei ist die Frage, wie mit den an Verbrechen gegen die Menschenrechte beteiligten Militärs verfahren werden soll, nur eine, wenn auch für die Demokratisierung Argentiniens zentrale Frage. Die Behandlung dieses Problems durch die Regierung trifft auf starke Kritik seitens der Mütter der Plaza de Mayo: Sie wehren sich vor allem dagegen, daß die Verfahren gegen die Militärs vor Militärgerichten stattfinden sollen. Ein weiteres umstrittenes Gesetz ist die Regierungsvorlage über ein Gewerkschaftswahlgesetz, gegen das die Führung der im Januar wiedervereinigten CGT Sturm läuft. Gleichzeitig sieht sich die Regierung mit den schweren wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, die ihr die Militärdiktatur hinterlassen hat.

Einige wenige Daten verdeutlichen die katastrophale Lage der argentinischen Wirtschaft: Seit 1976 fiel die Industrieproduktion um 26%. Die Unternehmen entließen in diesem Zeitraum 35% der 1976 Beschäftigten. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über 2 Millionen an. Der Reallohn beträgt heute nur noch die Hälfte des Reallohns von 1976. Eine Studie ergab, daß für eine fünfköpfige Familie ein Monatseinkommen von 7 300 Pesos (etwa 384 \$) nötig wäre; das ist aber mehr als das Durchschnittseinkommen der Mittelschichtfamilien.

Zum neuen Wirtschaftsminister wurde Bernardo Grinspun ernannt, der seine Wirtschaftserfahrungen im Bankgeschäft gesammelt hat. Zum Spott der argentinischen Tageszeitungen verhängte ein Gericht kurz nach der Amtsübernahme ein vorübergehendes Ausreiseverbot für den Minister, weil er in das Konkursverfahren der Banco Latinoamericano AG verwickelt ist, die - wie viele andere Banken und Finanzierungsgesellschaften in den letzten beiden Jahren - wegen verfehlter Spekulationsgeschäfte bankrott machte.

Im Dezember verkündete Alfonsín seine wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen:

1) Das hohe Haushaltsdefizit soll durch strenge Sparmaßnahmen gesenkt werden, wobei vor allem der Militärhaushalt, der (offiziell) 23% des Haushalts ausmacht, stark gekürzt werden soll. Alfonsín erklärte: "Das Haushaltsdefizit liegt derzeit bei 13% des Bruttonationalprodukts; wir wollen es auf 5% senken. Das bedeutet sehr strenge Sparmaßnahmen. Und sie werden vor allem für die Streitkräfte sehr hart sein. Wir werden unser Steuersystem ändern, das vor allem den Konsum des Volkes belastet. Wir werden die Steuerbelastung entsprechend dem Einkommen gerecht verteilen, aber bei der Progression nicht übertreiben, weil das rezessive Auswirkungen hätte ... Wir werden den Zollschatz für unsere Produktion erhöhen und den Konsum durch einen mobilen Minimallohn erhöhen." (alai, 11.1.1984)

2) Zur Exportförderung soll der Peso um 25% abgewertet werden.

3) Die Regierung will die Inflation unter Kontrolle bringen, aber ohne eine rezessive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die Inflation lag 1983 bei 433%. Um

die Inflation zu senken, hofft die Regierung auf einen Sozialpakt mit Unternehmern und Gewerkschaften, wobei ein "Rat für gleitende Mindestlöhne" (bestehend aus Vertretern des Staates, der Unternehmer und der Gewerkschaften) die Mindestlohnpolitik entsprechend der Inflation und der Wirtschaftslage regeln soll. Dagegen gibt es aber jetzt schon Opposition bei den Gewerkschaften, da für die Arbeiter nach den Jahren des Reallohnabbaus ein großer Nachholbedarf besteht; die Gewerkschaften fordern eine Lohnanpassung über der monatlichen Inflationsrate.

3) Die Regierung will die Wirtschaft durch eine Steigerung des Exports ankurbeln. Dabei hofft Alfonsín darauf, daß es vor allem zu einer Steigerung des Exports in die EG kommen wird, während er nach Angaben argentinischer Tageszeitungen die Handelsverbindungen mit der Sowjetunion (die seit Jahren der wichtigste Käufer argentinischen Getreides ist) aus politischen Gründen eher reduzieren will. Die Frage der Exportsteigerung und der Umschuldung Argentiniens sind daher auch die wichtigsten Themen beim Besuch von Außenminister Genscher im Februar in Buenos Aires. Die argentinische Regierung hofft offensichtlich darauf, daß die EG die neue Demokratie durch Wirtschaftshilfe unterstützen wird.

Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt ganz entscheidend von den Umschuldungsverhandlungen ab. Die Auslandsschulden Argentiniens betragen etwa 50 Mrd. \$ (1976 waren es nur 5 Mrd. \$); davon sind 1984 23,5 Mrd. \$ fällig: 2 Mrd. \$ überfällige Zahlen, die 1983 nicht geleistet wurden, 4,5 Mrd. \$ Zinsen und 17 Mrd. \$ Kredittilgung. Diesen Zahlen steht aber nur ein erwarteter Außenhandelsüberschuß von 3 Mrd. \$ gegenüber, der sich noch verringern wird, falls die Ankurbelung der Industrieproduktion gelingt, was zu einem erhöhten Importbedarf an Ausrüstungsgütern und Rohstoffen führen würde.

Die Regierung Alfonsín hat unterdessen die Schulden, die unter den Militärregierungen gemacht wurden anerkannt (es blieb ihr auch nichts anderes übrig, da sie sonst kaum auf neue Kredite hätte hoffen können). Allerdings hofft sie, durch "politische Umschuldungen" auf einen "Demokratiebonus": in Verhandlungen mit den Regierungen der Gläubigerländer sollen bessere Kreditbedingungen (also niedrigere Zinsen und längere Laufzeiten) vereinbart werden. Bei diesen Verhandlungen führt jedoch kein Weg am Internationalen Währungsfonds (IWF) vorbei, dessen Bedingungen bekannt sind: strenge Austeritätspolitik zu Lasten des Sozialhaushalts und eine restriktive Lohnpolitik. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der IWF für Argentinien seine Politik ändern wird, die er gegen die wichtigeren Schuldnerländer Mexico und Brasilien in den letzten Jahren rigoros durchgesetzt hat.

Eine derartige Sparpolitik bedeutet aber, einen Konflikt mit den Gewerkschaften zu riskieren, die bereits angekündigt haben, die lohnpolitischen Interessen der Arbeiter gegenüber der Regierung hart zu vertreten. Eine Austeritätspolitik wäre ein zweiter Konfliktpunkt bei der Auseinandersetzung Regierung - Gewerkschaften, die sich derzeit um ein neues Gewerkschaftsgesetz dreht.

Demokratisierung der Gewerkschaften?

Infolge der Militärdiktatur haben seit 1976 keine Gewerkschaftswahlen mehr stattgefunden: Die Gewerkschaftsfunktionäre sind also seit mindestens 8 Jahren, die meisten noch länger im Amt. Unter der Diktatur waren die Dachverbände und die wichtigsten Einzelgewerkschaften unter die staatskommissarische Leitung von Offizieren gestellt, die vor allem die Finanzen der Organisationen kontrollierten. Jetzt verlangen die alten Gewerkschaftsführer die "Rückgabe" der Gewerkschaften ohne wenn und aber an die alte Führung.

Die Gewerkschaften sind seit den 40er Jahren fest mit der Peronistischen Partei liiert, ihre Struktur ist extrem hierarchisch und undemokratisch. Der Gewerkschaftsapparat ist fast ausschließlich mit Rechtsperonisten besetzt, die ihre Stellung oft auch mit Gewalt gegen oppositionelle Strömungen verteidigt haben. Das will die neue Regierung jetzt ändern; dahinter steckt auch das politische Interesse, die Gewerkschaftsbewegung von der oppositionellen Peronistischen Partei zu trennen.

Angesichts dieser Situation kam es am 25 Januar 1984 zu einer Einigung der beiden seit Jahren rivalisierenden Gewerkschaftszentralen Central General del Trabajo (Allgemeine Arbeitszentrale)/Azopardo und CGT/República Argentina. Die Wiedervereinigungsverhandlungen fanden zwischen den Spitzenfunktionären statt, die

schließlich das offensichtlich wichtigste Problem lösen konnten: die Frage der Besetzung der Stelle des Generalsekretärs. Die Querelen zwischen den beiden Gewerkschaftsführern Triaca (CGT/Azopardo) und Ubaldini (CGT/RA) wurden durch die Entscheidung für die kollegiale Führung durch ein Viererergremium beendet, dem beide Gewerkschaftsbosse angehören werden. Dem gemeinsamen Dachverband blieben eine Fraktion der CGT/Azopardo und die wichtige SMATA fern, die sich nicht ausreichend repräsentiert sahen. Diese Wiedervereinigung ist zunächst einmal nicht mehr als eine formale Absprache zwischen den Spitzen der beiden ehemaligen Verbände; sie sagt nichts aus über die Kräfteverhältnisse an der Basis und bedeutet auch noch nicht, daß die Gewerkschaften tatsächlich einheitlich agieren werden.

Da die Regierung von der Radikalen Partei gestellt wird, die Gewerkschaften aber eng mit der oppositionellen Peronistischen Partei verbunden sind, hat Alfonsín ein großes Interesse daran, durch Gewerkschaftswahlen zu versuchen, auch eine Änderung in der Führung der Gewerkschaften herbeizuführen. Deshalb sieht ein neues Gesetz vor, daß die "Rückgabe" der Gewerkschaften mit allgemeinen Wahlen verbunden sein muß. Ein regierungsfreundlicher Kommentator beschrieb die Situation so: "Wir stehen vor einer widersprüchlichen Situation: Die Regierung unterstützt die gewerkschaftliche Opposition in ihrer Forderung nach Demokratisierung und Partizipation, während sich die Führung der großen Gewerkschaften auf die peronistische Opposition stützt." (Clarín, 23. - 29.1.1984)

Der Hauptstreitpunkt ist die Frage der Repräsentation der Minderheitsfraktionen in der Führung der Gewerkschaft. Das Gesetz sieht vor, daß alle politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaften Wahllisten präsentieren können (dies ist nach den derzeitigen Gewerkschaftsstatuten nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen möglich), und daß eine Fraktion, wenn sie mindestens 25% erreicht, in der Gewerkschaftsführung repräsentiert sein muß, während bisher die Mehrheitsfraktion ganz die Führung übernahm.

Gegen diesen Vorschlag läuft die Gewerkschaftsspitze Sturm. Triaca warf der Regierung vor, mit diesem Gesetz die Politik der Militärs zur Zerschlagung der Gewerkschaftseinheit fortzusetzen, das Gesetz sei ein unzulässiger Eingriff in die Gewerkschaftsautonomie; die Arbeiterorganisationen müßten das Recht haben, ihre Statuten selbst festzulegen und dabei auch selbst zu bestimmen, wie der Wahlvorgang und die Repräsentation von Minderheiten auszusehen habe. Hier werde durch ein Gesetz, das nur eine Übergangsfunktion habe, nämlich Gewerkschaftswahlen zu organisieren, langfristig die innere Struktur der Gewerkschaften festgelegt. (Clarín, 23. - 29.1.84)

Sicher ist, daß die Regierung die derzeitige politische Stimmung in Argentinien ausnützen will und dabei versucht, ihren Wahlerfolg in den Gewerkschaften zu wiederholen. Bei den Wahlen Ende Oktober 1983 hatte die Radikale Partei gerade in den ehemals traditionellen peronistischen Hochburgen in den Arbeitervierteln mehr Stimmen gewonnen als die Peronisten. Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß bei freien Gewerkschaftswahlen auch die Mehrheitsverhältnisse in den Arbeiterorganisationen kippen können. Ein Indiz dafür ist auch die geringe Beteiligung an einer Gewerkschaftsdemonstration gegen das Gesetz: nur 10 000 Menschen folgten dem Aufruf der CGT - zum Vergleich: die Radikale Partei brachte zur Unterstützung Alfonsíns vor den Wahlen mehr als eine Million Menschen auf die Beine. Haben die argentinischen Arbeiter ihre Funktionäre satt? Die fehlende Demokratie hat bisher verhindert, daß die gewerkschaftliche Basis sich politisch artikulieren konnte. Jetzt bleibt abzuwarten, wie die in den nächsten vier Monaten anstehenden Gewerkschaftswahlen ausgehen werden.

Die Mütter der Plaza de Mayo gegen Alfonsín

"Ich glaube, daß Alfonsín einen großen Fehler macht. Das Volk hat die Abgeordneten und Senatoren gewählt, damit sie Gerechtigkeit walten lassen gegenüber dem, was in den letzten Jahren geschehen ist. Wenn die Leute das Vertrauen verlieren, wird das Volk die Gerechtigkeit in die eigenen Händen nehmen." (Hoy, 8. - 14.2.)

Mit diesen Worten kündigte die Vorsitzende der Mütter der Plaza de Mayo, Hebe de Bonafini, den Widerstand der Menschenrechtsorganisationen gegen ein Gesetz über die Militärgerichtsbarkeit an. Anfang Januar verabschiedete der Kongreß mit den Stimmen der Radikalen Partei die Regierungsvorlage über die Reform der Militärgerichtsbarkeit; der Senat, in dem die Radikale Partei in der Minderheit ist, muß sich noch damit befassen. Das Gesetz sieht zwar für die Zukunft eine starke Einschränkung in der Zuständigkeit der Militärgerichte vor, beläßt aber die Aburteilung der Verbrechen gegen die Menschenrechte, die unter der Militärdiktatur begangen wurden, der Militärgerichtsbarkeit. Die Begründung: ein Gesetz könne nicht rückwirkend in Kraft treten.

Damit handelte sich die Regierung scharfe Kritik von seiten der Menschenrechtsorganisationen vor allem der Mütter der Plaza de Mayo ein. Sie sagen, daß Alfonsín viel versprochen und wenig gehalten habe. Ein Streitpunkt dabei ist auch die Kommission, die das Schicksal der Verschwundenen aufklären soll. Diese Kommission wurde von Alfonsín kurz nach der Regierungsübernahme eingerichtet; ihr gehören unter anderem der Vorsitzende der Ständigen Versammlung für Menschenrechte und Abgeordnete Augusto Conte MacDonnell, der Bischof von Neuquén und bekannte Verteidiger der Menschenrechte unter der Diktatur Jaime de Nevares und der Schriftsteller Ernesto Sábato an. Allerdings ist die Kommission kein Ausschuß des Parlaments. Die Mütter verlangen von der Regierung, daß die Verbrechen der Militärs im Parlament und nicht in einer Kommission von angesehenen Persönlichkeiten behandelt werden: "Die Mitglieder der Kommission sind sehr ehrbar, das stellen wir gar nicht in Frage. Aber das Volk hat einen Kongreß gewählt, damit er sich mit dem Problem der Verschwundenen, einem der schwersten Probleme des Landes auseinandersetzt. Und jetzt geschieht das auf diesem Weg. Ich glaube, das Problem mit dieser Kommission anzugehen, ist so, als wenn wir die Auslandsverschuldung in der Grotte von Lourdes lösen wollten." (Hoy)

Die Mütter bestehen darauf, daß vollständig geklärt wird, wer für die Verbrechen verantwortlich ist, wer in welcher Funktion am Verschwindenlassen von Menschen beteiligt war. Sie wehren sich auch gegen die Unterscheidung, die von der Regierung Alfonsín gemacht wird, derzufolge es drei Kategorien von Schuldigen gibt: diejenigen, die alles geplant und befohlen haben, diejenigen, die bei der Ausführung der Befehle besonders grausam waren und diejenigen, die halt gezwungen waren, Befehle auszuführen. Diese Unterscheidung läuft darauf hinaus, daß einige der bekanntesten Verantwortlichen und die bekanntesten Folterer verurteilt werden, nicht aber die vielen Soldaten und Offiziere, die als Angehörige der Institution Militär an der Repression beteiligt waren.

Der Versuch, wirklich alle Personen vor Gericht zu stellen, würde bei der Struktur des Repressionsapparates unter der Diktatur (vgl. dazu die beim FDCL erschienene Dokumentation der Menschenrechtsorganisation CELS "Lebend wurden sie verschleppt - lebend wollen wir sie zurück") praktisch die gesamte Institution der Streitkräfte infrage stellen, was offensichtlich nicht im Interesse der Regierung liegt.

Die Bestimmungen des Dekrets 157, das die Verfolgung sowohl der Militärverbrecher wie auch der führenden Persönlichkeiten der Guerillaorganisationen ERP und Montoneros vorsieht, macht die Richtung der Politik deutlich: Es wird nicht unterschieden zwischen dem Staatsterror und den - oft überaus fragwürdigen - Aktionen der Guerilla; die "Exzesse" des Militärs und die Anschläge der bewaffneten Widerstandorganisationen werden gleichgesetzt, womit auch impliziert ist, daß der "antisubversive Kampf" der Diktatur eine Berechtigung hatte - nur nicht die "Exzesse". Dies verhindert aber eine offene Diskussion über Rolle und Funktion der Streitkräfte in der argentinischen Geschichte, denen schon wieder -

zumindest in einigen Medien - die Aufgabe zugeschrieben wird, jetzt die Demokratie zu verteidigen. (vgl den folgenden Artikel in diesem Heft)

QUELLEN: El Clarín, Edición Internacional, Buenos Aires; Hoy (Chile); ALAI Agencia Latinoamericana de Información), Kanada vom 11.1.1984; Noticias Aliadas, Peru; Handelsblatt; Frankfurter Rundschau; Tageszeitung

Polit-Pornografie

Die argentinischen Massenmedien berichten tagtäglich von den Greueln, die von den Militärs begangen wurden. Dieses Thema wird dabei immer stärker als verkaufsfördernde Sensation vermarktet. Der folgende Bericht (eine Übersetzung aus der peruanischen Zeitschrift "Noticias Aliadas") beschreibt die Berichterstattung der argentinischen Massenmedien.

Mit dem Antritt der verfassungsmäßigen Regierung vervollständigten die Massenmedien eine Veränderung, die sich bereits seit dem Malvinenkrieg angekündigt hatte. Die einhellige Forderung nach Demokratie und früher unzulässige Themen wie die Entführungen, Folter, Konzentrationslager, Morde und Korruption nehmen heute einen wichtigen Platz in der Berichterstattung ein. Aber eines der größten Hindernisse für eine vollständige Information und Reflexion stellen diese Medien selbst dar, die in ihren Strukturen praktisch unverändert geblieben sind.

Das Bedürfnis der öffentlichen Meinung, die Wahrheit über die Geschehnisse während der Militärdiktatur zu erfahren, hat zu einer Explosion von Enthüllungen geführt, die das Land bewegen. Aber die heutige Neugier ist nur das Gegenstück zum Schweigen von gestern. Es handelt sich um eine Anpassung an den Markt zur Verkaufsförderung, eine Unterordnung der Information unter das Kriterium des Gewinns.

Während der Jahre der Diktatur waren die Massenmedien ein Schlüsselfaktor bei der Bestrebung, ein Netz des Terrors über das Bewußtsein der Menschen zu breiten und eine eskapistische Ideologie zu verbreiten, die die von Brutalität und Angst geprägte Realität mit einem Anschein von Normalität verschleierte. Durch die heutige einmütige Ablehnung der repressiven Vergangenheit scheinen die Medien zu versuchen, ihren Anteil an der Tragödie zu verschleiern.

Änderung des Stils

Am skandalösesten ist dabei die Regenbogenpresse, die nach der Aufhebung der Zensur Pornografie als Verkaufsförderung einsetzt und dazu Fotos und Sensationsmeldungen über Verschwundene, Kommentare und Geständnisse von Folterern bringt. Das Unternehmen EDITORIAL PERFIL, das unter der Diktatur einen großen Aufschwung hatte, hält sich in seinen verschiedenen Publikationen, die sich an unterschiedliche soziale Schichten richten, genau an dieses Rezept und betont dabei vor allem die morbiden Aspekte der Repression. Eine andere Verlagsgruppe, die die traditionsreiche Tageszeitung EL DIA und die Agentur NOTICIAS ARGENTINAS besitzt, verfolgt die gleiche Strategie mit teuren, sehr gut aufgemachten Zeitschriften für die Mittelschicht und billigen, schlechter aufgemachten Zeitschriften für geringere Einkommen.

Private Radio- und Fernsehgesellschaften übertragen die Aushebung von Gräbern mit unidentifizierten Leichen im Stil der Übertragungen von Fußballspielen. Radio- und Fernsehsprecher berichten von Konzentrationslagern, Morden oder Folter im gleichen Ton und mit der gleichen Leichtigkeit, mit dem sie einen Film oder die Heirat eines Stars kommentieren. Die Menschenrechtsorganisationen haben diese Methoden scharf kritisiert, weil die die öffentliche Meinung abstumpfen und die schrecklichste Tragödie der argentinischen Geschichte banalisieren.

Mit nur wenigen Ausnahmen haben die politischen Programme zwar das Vokabular ausgetauscht, aber die alten Kriterien und die alten Kommentatoren beibehalten. Ein Beispiel dafür sind zwei Journalisten, die als Verteidiger der Militärdiktaturen bekannt sind. Mariano Grondona, Mitglied der (reaktionären, katholischen Organisation, d. Red.) Opus Dei und Ideologe des Ex-Diktators Onganía, übernahm die Herausgabe der lateinamerikanischen Zeitschrift VISION, als Anastasio Somoza dort die Aktienmehrheit erworben hatte. Bernardo Neustadt, dem immer wieder nachgesagt wird, er sei ein CIA-Agent, hat seit Jahren die Repression verteidigt. Diese beiden haben nun die Redaktion eines Programms übernommen, das symbolträchtig TIEMPO NUEVO (Neue Zeit) heißt; das Programm gleichen Titels hatte die Militärdiktatur sieben Jahre lang verteidigt.

Die Repression und die "Exzesse"

Die traditionellen Tageszeitungen und die politischen Magazine verhalten sich nicht ganz so schlimm und lassen auch in bestimmten Grenzen andere Stimmen zu. Aber mit subtileren Methoden versuchen sie, die Rolle der Streitkräfte als Institution - und der Institutionen, die die Streitkräfte passiv oder aktiv unterstützten - von den Verbrechen zu trennen, die heute bekannt werden; sie ziehen einen Trennungsstrich zwischen der jüngsten Vergangenheit und der heutigen Realität, als handle es sich um zwei verschiedene Länder. Diese Berichterstattung vermittelt implizit eine doppelte Botschaft: Die "Exzesse" müssen verurteilt werden, aber die Repression war unvermeidbar; würde die Forderung nach Gerechtigkeit bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, so würde dies eine Zerstörung der Streitkräfte bewirken, was die Verteidigen der gegenwärtigen Demokratie in Gefahr brächte. Hinter dieser Drohung steckt die Forderung, die wichtigsten Verantwortlichen der Militärdiktatur zu bestrafen und ansonsten eine Haltung des Vergessens und Vergebens einzunehmen, um das Schlimmste zu vermeiden.

Damit folgt die große Presse der Meinung, die Regierung und die Oppositionspartei der Peronisten gemeinsam vertreten. Auch der Pressesekretär von Alfonsín und der neue Chef der offiziellen Nachrichtenagentur TELAM vertreten diese These. Der Pressesekretär José Ignacio López, ein Journalist, der dem argentinischen Episkopat nahesteht, wurde bekannt, als er 1976 anfang in der Tageszeitung LA OPINION zu schreiben, nachdem deren Herausgeber Jacobo Timerman verschleppt worden und die Leitung der Zeitung von einem Militär übernommen worden war. Später arbeitete er als Kolumnist für Kirchenfragen für die größte Tageszeitung, EL CLARIN, und wurde schließlich zum politischen Kommentator, wobei er immer darauf achtete, einen gleichen Abstand zum konservativen und zum fortschrittlichen Flügel des Episkopats zu halten. Hugo Gambini, der neue TELAM-Direktor, ein Sozialdemokrat, verhielt sich ähnlich gegenüber der Diktatur und der Repression. Gambini gab die einzige politisch-analytische Zeitschrift heraus, die während der Diktatur nicht verboten wurde; in dieser Zeitschrift formulierte er als Basis des "Nationalen Wiederaufbauprozesses" die Kritik an den "Exzessen" bei gleichzeitiger unverhüllter Propagierung des sogenannten Kampfes gegen die Subversion.

Trotz einiger Fortschritte durch die Öffnung der Medien für die künstlerische und kulturelle Artikulation zeigt die Bilanz insgesamt eine Verkehrung der Werte, die es verhindert, daß in der öffentlichen Meinung Schlüsse über die individuelle und kollektive Verantwortung gezogen werden, und behindert die Versuche, die Realität und das Bild, das sich die Argentinier von ihrem Land und sich selbst machen, in Übereinstimmung zu bringen.

(Noticias Aliadas, Nr 3, 1984, Lima, Peru. Der Artikel ist leicht gekürzt.)

JAMAICA

Die Wirtschaftskrise und ihre politischen Folgen

In den letzten Wochen hat sich die wirtschaftliche und politische Lage Jamaikas dramatisch verändert. Im Gegensatz zum letzten Wahlkampf hat sich dies in der hiesigen Presse jedoch kaum niederschlagen. Nur am Rande wurde über die Ereignisse auf der Karibikinsel Jamaika berichtet. Im folgenden Artikel soll deshalb ein Überblick der Entwicklung der letzten Wochen versucht werden.

Die aktuelle Situation auf Jamaika

Am 23. November 1983 kündigte Premierminister Edward Seaga von der konservativen "Jamaican Labour Party" (JLP) eine Abwertung des Jamaika-Dollars für den nächsten Tag an. Ein US-Dollar ist heute 3,15 Jamaika-Dollar wert. Das entspricht einer Abwertung von ca. 80%! Der neue Wechselkurs entspricht etwa dem Schwarzmarktpreis, der bisher gezahlt wurde. Gleichzeitig gab Seaga bekannt, daß der Währungsfond einen Bereitschaftskredit von 180 Millionen US-Dollar für 15 Monate zur Verfügung gestellt hat, um den Devisenbedarf der hochverschuldeten Insel wenigstens notdürftig zu decken.

Die oppositionelle "Peoples National Party" (PNP) des dem demokratischen Sozialismus anhängenden früheren Premier Michael Manley forderte daraufhin den Finanzminister (ebenfalls Edward Seaga) zum Rücktritt auf. Der Generalsekretär der PNP, Paul Robertson, begründete dies damit, daß Seaga im September 1983 nicht zugegeben habe, daß Jamaika die Tests des Währungsfonds nicht bestanden hat, und dies der Grund für die Abwertung sei.

Seaga ließ sich die Chance nicht entgehen, löste das Parlament sofort auf und rief Neuwahlen für den 15. Dezember 1983 aus. Zwei Jahre vor dem Ende der Legislaturperiode! Die Maßnahmen Seagas werden im Übrigen durchaus von der jamaikanischen Verfassung gedeckt. Michael Manley, gerade außer Landes, eilte zurück und erklärte den Boykott der Neuwahlen durch die PNP. Er begründete diesen Schritt damit, daß Seaga ein Abkommen mit ihm geschlossen hätte, vor März 1984 keine Wahlen durchzuführen, da bis zu diesem Zeitpunkt die Wählerlisten auf den aktuellen Stand gebracht werden sollten (ca. 150 000 Jungwähler gilt es aufzunehmen).

Das Ergebnis der Wahl stand damit fest: Die JLP erhielt am 16. Dezember alle 60 Sitze des Parlaments. Nur in sechs Wahlbezirken wurde sie von Außenseiterkandidaten bedrängt, die sich aber nicht durchsetzen konnten. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 45% gegenüber

80% bei der letzten Wahl 1980. Die JLP erhielt ca. 90% der abgegebenen Stimmen. Am 1. Januar 1984 ernannte Seaga acht nicht der JLP angehörende Senatoren in den 21-köpfigen Senat, damit die Opposition nicht total unter den Tisch fällt.

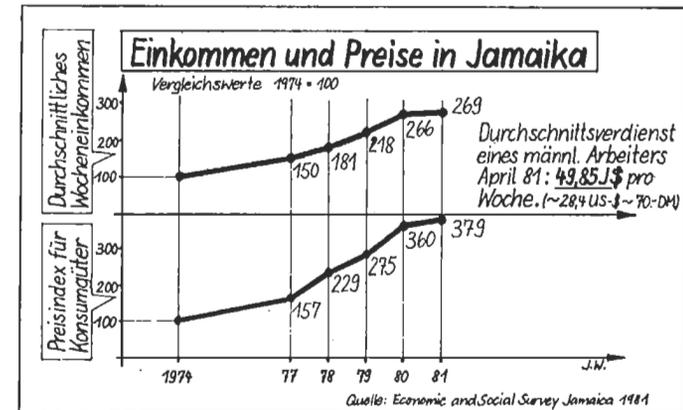
Die Wirtschaftskrise als Hintergrund der Entwicklung

Am Anfang der oben kurz umrissenen Ereignisse stand, wie bereits eingangs erwähnt, die Unfähigkeit der Insel die Richtlinien des Währungsfonds im September 1983 zu erfüllen. Der Fond steht damit wieder einmal hinter einer entscheidenden Krise in einem Land der Dritten Welt. Seit 1976 rückte der IMF mehr und mehr zum wichtigsten Bestandteil der jamaikanischen Politik auf, ohne jedoch die daraus erwachsende Verantwortung für das Land zu akzeptieren. Vor 1976 konnte Jamaika seinen Kapitalbedarf noch bei privaten Geldgebern abwickeln. Die Wirtschaftslage hatte sich aber zu diesem Zeitpunkt, angetrieben durch hohe Ölkosten und steigende Importkosten, so verschlechtert, daß sich die Schulden auf 830 Millionen US-Dollar beliefen. Die Devisenbilanz zeigte damals ein Minus von 230 Millionen US-Dollar, von denen der IMF 65 Millionen abdeckte. Die Deviseneinnahmen durch Exporte von landwirtschaftlichen Produkten (Zucker und Bananen) fielen durch den Verfall der Weltmarktpreise und die durch die Inflation steigenden Erzeugerpreise in den folgenden Jahren unter die Rentabilitätsgrenze und entsprechend niedrig waren die Devisenerträge aus diesem Bereich. Auch das Lieblingskind aller jamaikanischen Entwicklungsplaner, die nationale Industrie, verzeichnete einen rückläufigen Export (von 1974 bis 1976 ca. 15%). Diese Schwäche in den beschäftigungsintensiven Bereichen konnte die jamaikanische Wirtschaft bei Bauxit (ebenfalls durch sinkenden Weltverbrauch und höhere Besteuerung rückläufig) und Tourismus nicht ausgleichen. Die Handelsdefizite stiegen aus diesen Gründen ständig an. Ergebnis war eine in allen Sektoren hochgradig vom Ausland abhängige Insel, die sich nur noch durch ständige Finanzspritzen des IMF am Leben halten konnte. (siehe Kasten)

Die 630 Millionen US-Dollar, die Jamaika 1978-79 über den IMF zufließen, entsprachen ca. 12% des Bruttosozialproduktes und führten zu einer weitgehenden Mitbestimmung der Regierungspolitik durch den Fond. Der IMF folgte dabei seinen "bewährten" Richtlinien:

- Senkung der Staatsausgaben durch Personalabbau.
- Liberalisierung der Importbestimmungen um die "Kräfte des Marktes" zu stärken.
- Förderung von exportorientierten Unternehmungen.
- Begrenzung von Lohnsteigerung um Produktionskosten zu senken.
- Starke Beschränkung der öffentlichen Kreditaufnahme zur Inflationsdämpfung.

Die Folgen dieser Politik bekam am stärksten natürlich der einfache Bürger des Landes zu spüren. Die Lebenshaltungskosten liefen dem Einkommen davon:



Michael Manley bekam den Protest der Bevölkerung bei den Wahlen 1980 gegen die Politik der sozialen Demontage zu spüren. Die PNP, über das Verhältnis zum IMF tief zerstritten, konnte ihre Wähler nicht mehr mobilisieren. Edward Seaga hatte es so leicht mit der Versprechung von neuen US-amerikanischen Krediten, die Wahl zu gewinnen.

In der Tat flossen die Geldquellen aus Washington in den Jahren 1981 und 1982 reichlich wie nie zuvor. Reagan dankte die antikommunistische Schützenhilfe aus Kingston mit immer neuen Krediten. Die Folgen für das Land jedoch waren fatal:

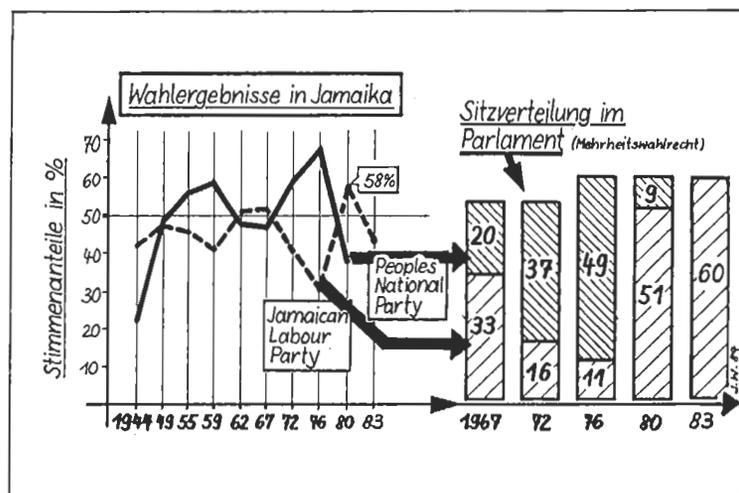
- Der Schuldenberg der Insel beträgt heute ca. 2,3 Milliarden US-Dollar! Manley hatte die Regierungsgewalt mit weniger als 1 Milliarde 1980 abgegeben. Jamaika hatte 1983 Schwierigkeiten, die ca. 530 Millionen US-Dollar hereinzubekommen, die der Schuldendienst erforderte.
- Die Kredite wurden in erster Linie dazu verwendet, Konsumgüter zu importieren. Die Exporte konnten hier bei weitem nicht mithalten. Die Folge: das Handelsbilanzdefizit steigt ständig!
- Da die Importe praktisch nur durch den Mangel an Devisen begrenzt werden, hat sich ein umfangreicher Schwarzmarkt etabliert, der einen Großteil der Touristendollar z.B. aufsaugt und sofort wieder außer Landes gehen läßt. Auf der Strecke bleibt die nationale Industrie, die nicht genügend Devisen erhält, um die Produktion voll aufrechtzuerhalten. Seagas Wahlversprechen einer umfangreichen Industrialisierung der Insel hatte unter diesen Umständen überhaupt nie die Chance einer Realisierung.
- Die jüngste Abwertung des Jamaika-Dollars wird zu einer noch nicht abzusehenden Verteuerung praktisch aller Waren und Dienstleistungen auf der Insel führen, ohne daß Staat und Privatwirtschaft die nötige Finanzkraft besitzen, um dies durch Lohn-erhöhung auszugleichen. Kaufkraft und Lebensstandard werden gleichermaßen zurückgehen.
- Diese Entwicklung hat die Kreditwürdigkeit Jamaikas stark herabsinken lassen. In der Schuldnerskala der internationalen Finanzwelt hält die Insel Platz Nr. 85 von 107 Staaten. (Nr. 1: USA,

Nr. 107: Uganda). Mehr denn je ist Jamaika damit auf den IMF angewiesen. Angesichts der enormen Verschuldung dürfte die IMF-Medizin in Zukunft noch bitterer schmecken als sie es bisher tat.

Die politische Lage

Die politische Situation Jamaikas ist seit dem Zweiten Weltkrieg durch zwei annähernd gleich starke Parteien bestimmt worden. Die Labour-Party, konservativ eingestellt, mit Schwerpunkt in der Oberschicht der Mittelklasse und zu einem guten Teil auch auf dem Lande, stand der sozialdemokratischen Peoples National Party, die ihren Rückhalt bei den Arbeitern aber auch bei der Mittelschicht hatte, gegenüber. Nach blutigen Wahlkämpfen, aber anerkannt demokratischen Wahlen, wechselten sich die Parteien an der Regierungsverantwortung ab.

Diese für Mittel- und Südamerika seltene politische Stabilität bewahrte das Land bisher vor einem Abgleiten in eine der Formen der militanten Diktatur, wie sie um die Insel herum in vielfältiger Weise entstanden sind.



Der letzte Wahlgang hat dieses Bild jedoch entscheidend verändert. Ohne Zweifel ist damit eine Epoche in der jamaikanischen Geschichte zu Ende gegangen. Edward Seaga ernannte im Senat eine Opposition von "Gottes Gnaden" und Manley kündigte an, eine außerparlamentarische Opposition zu gründen mit ständig einzuberufenden Volksversammlungen. Es ist abzusehen, daß beides nicht funktionieren wird. Die ernannte Opposition wird keine wirkliche politische Kraft repräsentieren und die PNP wird sich ohne parlamentarische

und damit verwaltungsmäßige Repräsentation kaum in den Entscheidungsprozeß einbringen können.

Die politischen Kommentatoren aus allen Lagern sind sich indes einig, daß die Schuld an dem drohenden Fiasko der parlamentarischen Demokratie bei den Parteiführern zu suchen ist:

- Edward Seaga nutzte trickreich die Gunst eines Popularitätshochs nach seiner Beteiligung an der Invasion Grenadas, die in Jamaika, wie auch in anderen karibischen Staaten, auf Grund eines ständig und besonders nach den Ereignissen in Grenada geschürten Antikommunismus eine ganze Menge Zustimmung fand, aus. So verließ Seaga im November 1983 im Parlament eine Liste mit 25 Namen, vor allem von PNP Mitgliedern, und erklärte diese zu "subversiven Elementen", mit der Begründung, daß diese Reisen in die Sowjetunion, nach Kuba und Grenada gemacht hätten. Er wollte damit suggerieren, daß Jamaika mit der PNP ähnliche Ereignisse ins Haus stehen würden wie Grenada.

Wohl wissend, daß a) die PNP für eine sofortige Wahl nicht gerüstet war und b) im Frühjahr 1984 eine Wahl auf Grund der zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen der Abwertung nicht zu gewinnen sein würde, zog die JLP die Wahlen durch. Der Wähler bedachte sie mit eher mageren 40% der möglichen Stimmen. Das ist eine für bisherige Verhältnisse unzureichende Regierungsgrundlage.

- Michael Manley ist es bis jetzt nicht gelungen, eine echte Alternative zum Programm Seagas und eine umfassende Strategie zur Wirtschaftsreform vorzulegen. Es wird bezweifelt, ob die PNP in ihrer außerparlamentarischen Opposition angesichts der sich schnell eskalierenden politisch motivierten Gewalt dazu in der Lage sein wird. Mehr denn je steht die Frage nach dem Programm der PNP im Falle eines Wahlsieges im Raum.

Für die politische Zukunft der Insel stehen damit zur Zeit zwei Möglichkeiten in der Debatte:

- Die politischen Parteien finden zu einem Konsens zurück und es werden so bald es geht Neuwahlen durchgeführt mit der Beteiligung aller Wahlberechtigten und aller Parteien. Diese Position wird unter anderem von dem Dachverband der Kirchen Jamaikas vertreten.
- Eine der politischen Richtungen setzt sich mit Hilfe der Staatsmacht (Militär) durch und verläßt den Weg der bisherigen parlamentarischen Demokratie. Diese Möglichkeit dürfte nur der JLP offen stehen. Sie müßte aber mit sofortigem Widerstand großer Bevölkerungsteile und bewaffneter politischer Gruppen rechnen. Bürgerkriegsähnliche Zustände in Kingston wären unvermeidlich.

Zu hoffen ist, daß zumindest letzteres der leider nur von der Vegetation her paradiesischen Insel erspart bleibt. Die Nachteile der Abwertung, z.B. die Verteuerung des Lebens, werden mit Sicherheit eintreten. Ob die Vorteile sich allerdings in Form eines Wirtschaftswachstums einstellen können, ist zumindest umstritten. Die sozialen Spannungen werden aber auf jeden Fall in den nächsten Monaten auf Jamaika als Folge der Wirtschaftskrise erheblich zunehmen.

Quellen: Weekly Gleaner, Jamaika; Frankfurter Rundschau; IMF Survey vom 15.12.83; Caribbean Contact, Barbados; Wirtschaftswoche.

GRENADA

Kenrick Radix: "Wie konnte es zu dem Putsch kommen?"

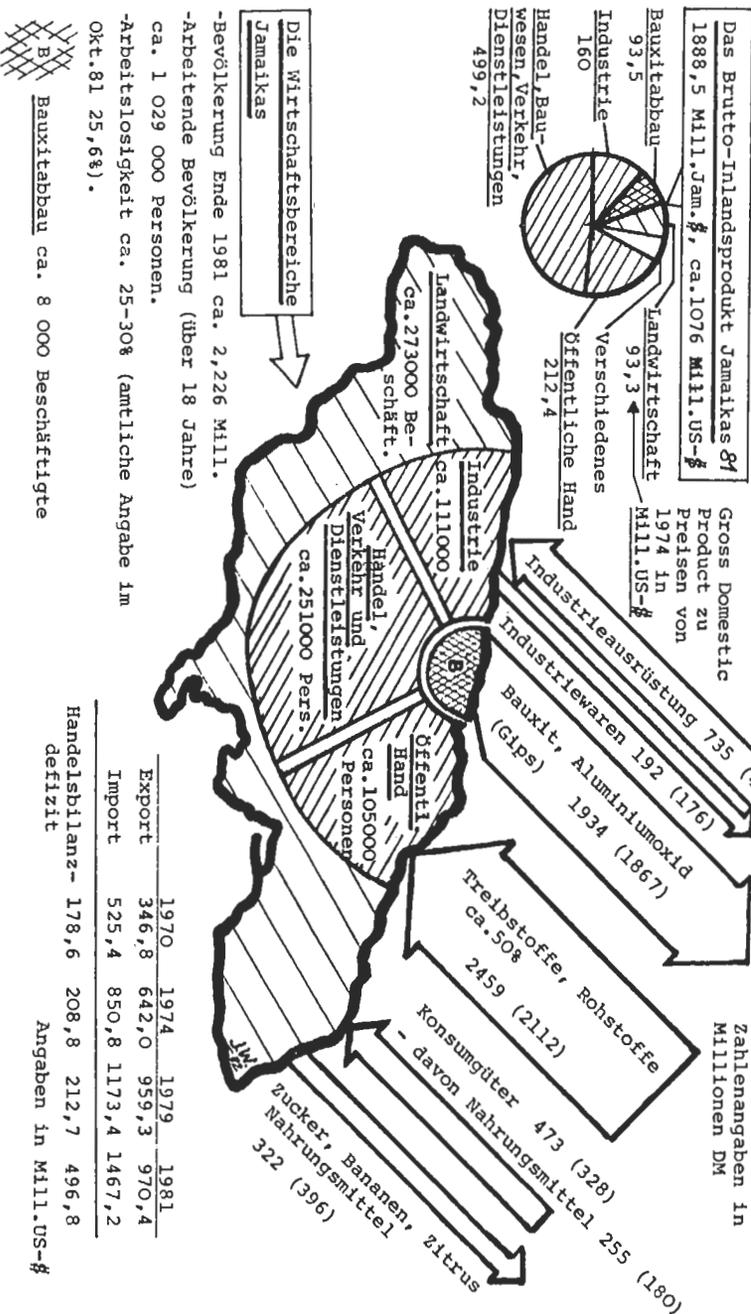
Am 28./29. Januar d.J. fand in Hamburg eine Grenada-Solidaritätskonferenz statt, an der verschiedene Solidaritätsgruppen aus Westdeutschland und anderen westeuropäischen Ländern teilnahmen. Eine Dokumentation über diese Konferenz wird in den GRENADA-Nachrichten Nr. 7 erscheinen, die vom Karibik Informationszentrum, Hamburg, herausgegeben werden (Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50). Wichtigster Referent dieser Tagung war Kenrick Radix, der ehemalige Justizminister und Minister für industrielle Entwicklung und Fischereiwesen der Regierung Bishop. Der folgende Beitrag ist eine leicht redigierte und gekürzte Fassung seiner Darstellung der Hergänge, die zum Putsch vom Oktober führten.

Um alles zu erklären müßte man viel Zeit haben. Ich werde versuchen, es so kurz wie möglich zu machen.

Man muß zunächst einmal die Geschichte unseres Landes betrachten, besonders die Zeit der Diktatur, aus der die Partei (das NEW JEWEL Movement (NJM)) erwachsen ist. Die Partei entstand als Reaktion auf die Diktatur von Eric Gairy. Als sich die Partei formierte, versuchte man eine Parteiführung zu entwickeln, die nicht zentralisiert war, bei der die Macht nicht zentralisiert war. So entstand ein Kollegium, in dem es auf der politischen Ebene eine von uns so genannte "kollektive Führung" gab. Dies geht zurück bis zur Gründung der Partei.

Die Partei wurde gegründet von Maurice Bishop, Unison Whiteman, Vincent Noel, von mir, Jaqueline Creft. Wir hatten eine lange historische Beziehung, meist aus der Schulzeit, und Freundschaften, die bis in die Kindheit zurückreichten. Wir kannten uns also alle sehr gut. Später, ungefähr um 1975 kam Bernhard Coard zurück nach Grenada. Maurice und er kannten sich schon als Kinder. Nicht so die anderen. Er kam zurück nach Grenada und fing an in der Partei zu arbeiten. Er gründete OREL (Organization for Revolution, Education and Liberation), mittels derer er seine "marxistischen Elemente" schulen sollte. Diese machten schon 1975 oder 1976 den Vorschlag, die NJM öffentlich in eine marxistisch-leninistische Partei umzuwandeln. Aber wegen der anti-kommunistischen Hysterie im Land und wegen der, wie sie es nannten, unzureichenden politischen Entwicklung wurde entschieden, dies nicht zu machen und die Idee wurde erst einmal für lange Zeit ad acta gelegt. Die OREL Leute kamen als Mitglieder in die NJM.

Die Wirtschaftsstruktur Jamaikas



Berhard Coard behielt eine starke ideologische Kontrolle über die OREL Leute, wobei die NEW JEWEL Leute der Tatsache zu wenig Aufmerksamkeit schenkten, daß die OREL Leute in Schlüsselstellungen innerhalb der Armee und der Sicherheitskräfte gelangten. Meiner Meinung nach brachte Bernhard Coard diese Leute in diese Positionen, für einen späteren Coup, der kommen mußte, denn sein persönlicher Griff nach der Macht würde später kommen.

Bernhard analysierte die Stärken und Schwächen aller Entscheidungsträger innerhalb der Partei und versuchte sie zu lenken. Dafür gibt es eine Reihe von Vorfällen und Beispielen. Bei seiner psychologischen Analyse von Maurice kam er zu dem Schluß, daß Maurice eine demokratische "Mehrheit" akzeptieren würde. Deshalb trachtete er danach, eine numerische Mehrheit über die Anhänger von Maurice und seiner Ideen und Werte zu bekommen. Dazu kam es, weil verschiedene Leute aus dem Zentralkomitee entfernt wurden: Vincent Noel 1981, ich 1982, Jaqueline auch 1982, und schließlich George Louison innerhalb von 24 Stunden, weil er der "gemeinsamen Führung" nicht zustimmte. Er wurde aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee entfernt. Durch Verschwörungen und Intrigen erreichten sie es also, daß das Zentralkomitee Bernhard Coard unterstützte. Bernhards Idee war dabei, daß wenn er erst einmal die Mehrheit hatte, würde Maurice diese Mehrheit akzeptieren, weil "er ein Demokrat war". Zwar erlangte er diese Mehrheit in einem buchstäblichen Sinne, aber im Hinblick auf die Gesamtpolitik im Land fehlte ihm die politische Autorität und die politische Legitimation. Er war nie populär beim Volk und Maurice verteidigte ihn deshalb oft. Maurice war Bernhards stärkster Verteidiger. Wenn Bernhard Verschwörungen und Intrigen vorgeworfen wurden, verteidigte ihn Maurice Bishop, indem er darauf hinwies, daß Bernhard einen enormen Beitrag zur Revolution leistete, was wirklich stimmt. Ich will das nicht bestreiten. Er leistete einen fundamentalen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Er hatte organisatorische Fähigkeiten. (...)



Schließlich war Bernhard auch der Minister für Finanzen und Planung und war deshalb auch in der Lage, Leute in Schlüsselstellungen der Partei und des Staatsapparats zu bringen. Im Hinblick auf die Partei war er für die Organisation verantwortlich. Er war der Vorsitzende des Organisationskomitees der Partei, was ein fundamen-

taler Fehler war, ein theoretischer Fehler. Damit war er verantwortlich für die politische Mobilität innerhalb der Partei. Da ist also das fundamentale materielle Problem, daß er Leute in die verschiedenen Jobs einsetzen konnte - und in Grenada ist die Job-Frage sehr, sehr wichtig, mehr Geld zu haben usw. Eine fundamentale materielle Frage. Gleichzeitig war die Frage der politischen Mobilität auch in seinen Händen und so hatte er, objektiv gesagt, also Macht - ungeheure Macht - in Händen. Und man sagt ja Macht korrumpiert. Mit dem Zusammentreffen dieser beiden Pole war also die materielle Basis für die Machtergreifung gegeben. Durch die Erkenntnis diese Macht in Händen zu haben, gewannen seine persönlichen Ambitionen die Oberhand, denn ein oft benutztes Argument war, daß er Verantwortung hatte ohne Machtbefugnis und er wollte mehr Machtbefugnis, in anderen Worten er wollte mehr politische Macht. (...)

Ziemlich spät kam schließlich die Antwort des Volkes, als sie Maurice Bishop aus dem Hausarrest befreiten. Das Volk reagierte schon vorher, das ist wichtig zu wissen, daß an dem Freitag vorher, als Maurice unter Hausarrest war, Selwyn Strachan in die Stadt gegangen war um zu verkünden, daß Bernhard Coard der neue Premierminister werden wollte. Dabei haben ihn die Massen fast gelyncht. Sie wollten in der Druckerei des "Free West Indian" Propagandamaterial drucken lassen, anti-Maurice-Bishop-Propaganda, in der ihm seine Fehler vorgehalten werden sollten etc., und die Arbeiter weigerten sich, sie zu drucken. Sie gingen zum Flugplatzbaugelände, um Maurice zu verleumden, sie sagten er wäre verantwortlich für alle Schwierigkeiten und die Arbeiter sagten, sie wollten das nicht hören, sie sollten Maurice herbringen. Und Selwyn versprach sogar, daß Maurice kommen würde. Sie gingen auch zu den Arbeitern der Elektrizitätsstation und die Arbeiter haben sie abgewiesen. Sie wußten also, daß das Volk, die Arbeiterklasse, auf die das Augenmerk der Partei ja gerichtet war, sie zurückgewiesen hatte. Und das ist ein weiterer Beweis für die faschistische Art, die Bandenmentalität, die diese Leute hatten. Obwohl sie wußten, daß sie keine Unterstützung hatten am größten Arbeitsplatz in Grenada, am Flugplatzbaugelände, in der Elektrizitätsstation, sie gingen sogar zu einigen Abteilungen der Ministerien, zum Kommunikationsministerium, zum Bauministerium, zum Landwirtschaftsministerium. Überall wo sie auftauchten, sagten die Arbeiter: Nicht mit uns.

Sie setzten also Coard an die Spitze der Partei - er heckte diese Verschwörung auch aus - und verschworen sich gegen das Volk, das ihn politisch nicht akzeptierte. Auch die Armee muß man hierbei in Betracht ziehen und die Parteimitglieder in der Armee, die er für sich gewinnen konnte durch die politische Hegemonie, die er in der Parteiführung errungen hatte. Auch den ökonomischen Aspekt muß man sehen, denn Coard war in der Lage, die Leute beim Militär zu befördern und ihnen mehr Geld zu geben. Er konnte die Leute bestechen und ihre Loyalität gewinnen.

Letztendlich hatte der Putsch eine sehr dünne Basis und genoß keinerlei Unterstützung im Volk. Das ist eine Tatsache. Dabei sind manche von ihnen (den Coard-Leuten) immer noch voller Idealismus, Träumerei und entfernt von der Realität. Einige der Oktober-Mörder und Putschisten sagen, daß sie darauf warteten, von den Massen aus dem Gefängnis befreit zu werden. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Kein Mensch wird kommen und sie befreien. Und wenn sie befreit werden würden, würden sie keine 10 Schritte weit kommen, weil sie

gelyncht würden. Ich glaube sie sind verrückt. Das Beängstigende dabei ist, daß diese Leute so abgefahren waren auf ideologische Entwicklung, daß sie den Kontakt zu den Massen verloren. Ihr Kreis verengte sich immer mehr, so daß sie schließlich nur noch aus einer Clique bestanden, einer bewaffneten Bande. Zu viel theoretische Entwicklung. Es wurde zur Besessenheit. Eine sich selbst verzehrende Leidenschaft. Zu wenig Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Sie fragten nicht in welchem Stadium wir uns befinden. Sollten wir vielleicht alle Gelehrte und Theoretiker werden. In Wirklichkeit muß die ideologische Position als Richtlinie dienen für die Entwicklung und darf nicht zum Selbstzweck werden. Theoretiker sollen analysieren und führen helfen und das politische Programm unterstützen, aber Theorie darf nicht zum Selbstzweck der Politik werden. (...)

(Zu der Frage, warum von den parteiinternen Differenzen nichts nach außen gedrungen oder getragen worden war; warum niemand die Mitgliederzahl der Partei kannte, niemand wußte wie das Zentralkomitee gewählt wurde etc.)

Es gibt historische Erklärungen dafür, warum die Partei ihrem Charakter nach eine fast geheime Organisation war. Ich glaube nicht, daß die Zeit schon reif ist, um eine völlige Aufklärung über die Entwicklungen geben zu können. Aber was man sagen kann ist, daß wir nach 1973 eine Massenpartei hatten. Die Repression wurde damals immer schlimmer, und es war notwendig, Genossen zu haben, die eine größere Disziplin hatten. Auf diese Weise bekam die Partei einen immer geheimen Charakter. Es kam zur Revolution. Danach hat sich die Partei aber nicht in eine Massenpartei zurückverwandelt. Es gab allerdings Massenorganisationen, in denen viele Leute mitmachten. Gleichzeitig funktionierte aber das Herz und der Kern der Partei wegen seiner historischen Entwicklung fast wie eine Untergrundpartei. Dafür gibt es eine lange historische Erklärung. (...)

Bernhard Coard hat schon ziemlich früh erklärt, daß wir eine revolutionär-demokratische Gesellschaft seien und daß es das Ziel sei, sie in eine marxistisch-leninistische Gesellschaft umzuwandeln. Er sah sich selbst als Führer dieser Transformation. Gleichzeitig würde ich aber sagen -und das ist meine ganz persönliche Meinung -, daß zwar sein Modell darin bestand zu sagen, daß er das Land in eine marxistisch-leninistische Transformation führen wollte, aber seine Motivation war, meiner Meinung nach, Teilhabe an der Macht und Ehrgeiz. Er benutzte das als Werkzeug, meiner Meinung nach, und ich kenne ihn seit 1975.

Gleichzeitig kannte ich Maurice Bishop vermutlich besser als die meisten. Ich kannte seine Fähigkeiten, ich kannte ihn, seine abgerundete Persönlichkeit. Er war ein nationaler Versöhner. Jemand dessen Interessen die Interessen der breiten Massen widerspiegeln. Er konnte die Menschen inspirieren. Er gab ihnen Vertrauen. Dagegen war Bernhard Coard ein Analytiker, ein machiavellistischer Charakter. Ich glaube diese Faktoren sind wichtig für die Analyse der Ereignisse. (...)



(Auf die Frage, ob Coard ein Agent der USA war.)

Objektiv gesehen gibt es zweierlei Agenten; wissentliche und unwissentliche. Bernhard Coard ist viel zu intelligent, um den Unterschied nicht zu kennen. Objektiv gesehen war er ein Agent der Vereinigten Staaten. Wie ich schon gestern sagte, jedes Schulkind wußte, daß der Sturz von Maurice Bishop und besonders seine Exekution und das Schießen der Armee in die Massen die Grundlage für die Invasion war. Er muß geistig umnachtet gewesen sein. Es spricht jeder rationalen Erklärung Hohn.

Springtime for Pluto

Im Oktober 1983 marschierten die USA in GRENADA ein. Mit dieser Invasion war die 'Peaceful Revolution' von 1979 mit all ihren Errungenschaften endgültig zu Ende.

Briefmarken, herkömmlich als 'aufklebbares Wertzeichen zum Freimachen von Postsendungen' bekannt, können aber auch politische Inhalte vermitteln.

MÄRZ 1981: EIN JAHR REVOLUTION



- freie warme Schulpelung
- Aufbau der Agroindustrie
- Nationales Gesundheitsprogramm
- Hausbauprogramm

.....
.....

FEBRUAR 1984: 'Springtime for Pluto' in GRENADA



Alle sozialen Programme sind gestoppt. Der Nationalen Frauenorganisation wurden die Konten gesperrt; 'New Jewel Movement'-Sympathisanten sind aus Regierungsämtern entlassen; Gewerkschaftsarbeit ist untersagt; Hunderte von Grenadiern werden - von amerikanischen Soldaten bewacht - in Konzentrationslagern festgehalten.....

Rauschgifthandel und Prostitution blühen!
Entsteht ein zweites Puerto Rico?

Sind die US-Lebensmittelgutscheine für die grenadische Bevölkerung schon gedruckt, wie es die 'Pluto'-Erinnerungsmarken schon lange vor dem Erscheinungsdatum gewesen sein müssen?

KARIBIK

Fehleinschätzungen in der US-Politik

"Sollte es einen Neubeginn der US-Politik in der Karibik überhaupt geben, so müssten die USA als erstes die Tatsache akzeptieren, daß die karibischen Staaten ein Recht auf eine eigenständige Innen- und Außenpolitik haben", stellte Prof. Archie Singham, Politikwissenschaftler und Karibikspezialist an einer Universität in New York, in einem Vortrag, den er - wohlgerneht - einen Monat vor der US-Invasion in GRENADA hielt, fest. Er ging in seinem Referat von fünf "falschen Einschätzungen" der US-Politik gegenüber der Karibik aus.

Fehleinschätzung Nr.1: "Die USA glauben, eine zusammenhängende Analyse der Region erstellen zu können."

Jedes Department der US-Regierung führt seine eigene Politik durch und kommt zu eigenen Einschätzungen und Schlüssen. Dennoch sind die politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen der USA in der Karibik miteinander verwoben. Nach Singham könnte die US-Politik am besten als "anarchistisch" beschrieben werden.

Bei der Einschätzung der Situation in der Karibik weigern sich die USA konsequent, die politischen, ökonomischen und kulturellen Verschiedenheiten in der Region wahrzunehmen. So kann man z.B. in der Karibik viele der Regierungsformen finden, die sich weltweit im Laufe des 20. Jahrhunderts herausgebildet haben: Despotie in Haiti, parlamentarische Demokratie in Jamaika oder ein marxistisch-leninistisches System in Kuba. Nicht zu vergessen die, trotz der politischen Unabhängigkeit, bestehenden engen Verbindungen zu den ehemaligen Kolonialmächten.

Alle Staaten der Karibik sind wirtschaftlich von außen abhängig und fast alle in das kapitalistische System des Westens integriert. Die Satellitenökonomie von Puerto Rico bietet durch das Angebot von billigen Arbeitskräften günstige Investitionsbedingungen für das US-Kapital; andererseits hat die Blockade-Politik der USA Kuba gezwungen, sich ökonomisch an den Ostblock anzulehnen.

Die Bevölkerung auf den karibischen Inseln, durch afrikanische, asiatische und europäische Elemente geprägt, hat sich zu inlandspezifischen Gesellschaften entwickelt.

Außerdem gibt es in der Karibik neben den politisch unabhängigen Staaten noch Kolonien oder Überseeprovinzen wie Martinique und Guadeloupe. Und die Staaten müssen ihre internationalen Beziehungen an der Vielfalt der Kräfte, die ihr Interesse an der Region deutlich zeigen, orientieren. Und da sind: die USA und Kanada, Lateinamerika und hier besonders Venezuela, Mexiko und Brasilien, und natürlich Europa, speziell Frankreich, England, Holland und Spanien.

Fehleinschätzung Nr.2: "Der Grad der Unterentwicklung in den karibischen Staaten ist mit dem in den anderen Ländern der Dritten Welt gleichzusetzen."

In den USA geht man davon aus, daß Unterentwicklung in der Dritten Welt seine Ursachen in der Rückständigkeit der dort vorhandenen gesellschaftlichen Systeme zu suchen ist; die Existenz von Stämmen, Kasten oder anderen feudalistischen Strukturen werden hierzu angeführt. Daß aber z.B. der Kapitalismus Afrika unterentwickelt hat, wie Walter Rodney überzeugend darlegte, wird in den USA nicht zur Kenntnis genommen.

Die Art der Unterentwicklung in der Karibik unterscheidet sich auch ganz wesentlich von der in Afrika oder Asien. In der Karibik wurde zu Beginn der kapitalistischen Epoche zum ersten Mal eine moderne, internationale Gesellschaft aufgebaut, die ausschließlich zum Nutzen von Europa und Nordamerika gedacht war. Und 300 Jahre nach diesem ungeheuerlichsten, kapitalistischen Experiment gehört diese Region zu den ärmsten der Welt. Um dieser Hölle der Unterentwicklung zu entfliehen, sehen die Menschen von den karibischen Inseln als einzige Möglichkeit, in Weltmetropolen wie London oder Brooklyn ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Mit dem Beginn der politischen Unabhängigkeit versuchen die Regierungen durch den Aufbau einer eigenen Wirtschaft diesem Aderlaß entgegenzuwirken.

Fehleinschätzung Nr.3: "Alle Bewegungen und Initiativen, die sich für einen sozialen, politischen und ökonomischen Wandel einsetzen, sind außerhalb der Region entstanden und werden von dort gesteuert."

Die USA vergessen einfach, daß die Karibik eine internationale Gesellschaft hat und ihre Geschichte reich an Beispielen von Bewegungen ist, die sich nicht nur mit karibikinternen Problemen befaßten. Ihre Ziele und Strategien wurden deshalb auch von anderen Teilen der Welt übernommen, die somit von der karibischen Erfahrung profitieren.

So war es Toussaint von Haiti, der den Kampf um Recht auf Selbstbestimmung der kolonisierten Völker anführte. Oder Uriah Butler, der die Grundlage für eine pan-karibische Gewerkschaftsbewegung schaffte. Aus der Karibik stammt Marcus Garvey, der darauf bestand, daß die Karibik zu Afrika zu zählen ist, oder auch Fidel Castro und Cheddi Jagan, die zeigen wollen, daß es eine karibische sozialistische Gesellschaft geben kann.

Fehleinschätzung Nr.4: "Die unabhängigen karibischen Staaten sollen ihr nationales Interesse im Rahmen der nationalen Interessen der USA definieren und nicht Beziehungen zu Afrika, Asien oder Lateinamerika innerhalb der Blockfreien Bewegung entwickeln."

Die USA gehen davon aus, daß die Karibik zum US-Hinterhof gehört, und die Staaten deshalb zu Anbindungen an andere Länder, Kontinente oder Systeme zu unterlassen haben; vorrangig natürlich eine Anbindung an die sozialistischen Staaten, einschließlich der Volksrepublik China.

Die Karibik ist aber nicht nur eine Ansammlung von getrennt lebenden Inselstaaten. Sie gehört zu den kritischen Gebieten der Weltpolitik, die im Rahmen der Blockfreien Bewegung eine vitale Rolle in der Friedensicherung spielen kann; und nicht nur in Zentralamerika, sondern auch in Teilen Afrikas und Asiens.

Fehleinschätzung Nr.5: "Die Krise in der Karibik und in Zentralamerika kann durch Vorschläge einer von Mr. Kissinger geführten Untersuchungskommission gelöst werden; insbesondere durch Techniken, die die europäischen Kolonialmächte gegenüber ihren Kolonien anwandten."

Wenn im Verlauf der karibischen Kolonialgeschichte irgendwo ein Krisenherd entstand, waren die europäischen Kolonialmächte schnell bereit, eine Untersuchungskommission, die aus bekannten Persönlichkeiten bestand, einzuberufen. Diese Kommission begab sich in das Krisengebiet, hörte sich die Klagen der 'Eingeborenen' an und unterbreitete der Kolonialregierung Lösungsvorschläge.

Im Falle von Zentralamerika ist die Einberufung der 'Kissinger-Kommission' letztlich ein Affront gegenüber den Völkern der Karibik und Zentralamerikas. Die politischen und ökonomischen Prioritäten einer Region können nicht durch eine einzige Großmacht bestimmt werden. Und schon längst nicht, wenn es in der Region Staaten mit einer langen Tradition politischer Unabhängigkeit wie die der Contadora-Gruppe gibt.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die USA mit der Tatsache zurecht kommen müssen, daß die Größe ihrer Staaten kein Hindernis sein sollte, mit den Regierungen der karibischen Staaten gleiche Beziehungen aufzunehmen.

(gekürzt aus: "Five Fallacies of the US-Caribbean Policies", in: Caribbean Contact, Dec.83)

weitere Veröffentlichungen von Archie Singham:

- "The Hero and the Crowd in a Colonial Polity - the Politics of Eric Gairy in GRENADA";
- "From Independence to Dependence: The Politics of Neo-Colonialism, JAMAICA 1962-1972";

MITTELAMERIKA-TAGE HEIDELBERG

"Mittelamerika zwischen Unterdrückung und Befreiung" heißt das Motto einer dreitägigen Solidaritätsveranstaltung 23. - 25. 3. 1984 in Heidelberg. Die Veranstalter aus Kirche, Gewerkschaft und Solidaritätsbewegung laden alle Interessierten aus dem Rhein-Neckar-Raum zu diesem Treffen ein, die mehr über die Lage in Mittelamerika wissen wollen.

Auftakt bildet ein Schweigemarsch am Freitag, 23. 3. 1984, der um 17 Uhr am Bauhaus beginnt. Anschließend um 19.00 Uhr berichtet der Tübinger Theologe Prof. Greinacher in einem Dia-Vortrag im Hörsaal 13 der Alten Uni über seine Reiseindrücke "Nicaragua - Die bedrohte Freiheit".

Vorträge, Seminare und Filme stehen am Samstag, 24. 3. 1984 auf dem Programm. Versammlungsort ist die ESG, Ziegelhäuser Landstr. 17, Beginn 9.30 Uhr. Helmut Frenz, Vorsitzender von amnesty international, spricht um 19.00 Uhr zu dem Thema "Mittelamerika zwischen Unterdrückung und Befreiung". Ein Fest mit einer lateinamerikanischen Musikgruppe schließt sich um 21.00 Uhr in der ESG an.

Am Sonntag, 25. 3. 1984, wird ein thematischer Gottesdienst mit Helmut Frenz und mittelamerikanischen Gästen angeboten. Abschluß bildet eine offene Gesprächsrunde in der ESG.

Informationen und Arbeitsunterlagen für die MITTELAMERIKA-TAGE HEIDELBERG gibt es bei: M. Armbruster, Brückenstr. 1, 6900 Heidelberg

Landbesetzung mit tragischen Folgen

Eine Landbesetzung in der Gemeinde Caloto, Departement Cauca, wurde am 25. Januar 1984 von Polizeieinheiten blutig vereitelt. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Guerillabewegung FARC erschossen sie 7 Personen und verletzten mehr als 20. Unter den Toten sind auch zwei Kinder, die an Schußverletzungen starben.

Die unmittelbare Geschichte der Landbesetzung begann am 20. Januar. Mehr als 350 Personen aus der Gegend versammelten sich und besetzten das Land der ca. 1 000 ha großen Hacienda "López-adentro". Unter ihnen befanden sich Männer, Frauen und Kinder. Der unsinnige Vorwurf, es handle sich um eine Aktion der FARC, rührt von der Zusammensetzung der Gruppe her: Sie bestand nicht nur aus Indígenas, sondern zu etwa 20% auch aus Weißen und Mestizen; alle sind Kleinbauern, die infolge der ungerechten Landverteilung am Rande des Existenzminimums leben. Außerdem stützt sich die Behauptung darauf, daß einzelne Teilnehmer in der Region bekannte Aktivisten der zivilen Widerstandsbewegung sind, deren einzige Gemeinsamkeit mit der Guerilla im Kampf um gesellschaftliche Veränderungen besteht - wobei angesichts der derzeitigen Aktionen der FARC im Cauca und in anderen Regionen zunehmend die Frage gestellt wird, inwieweit hier überhaupt noch von einer Gemeinsamkeit gesprochen werden kann. Allzu viele FARC-Aktionen forderten in den letzten Tagen Todesopfer unter der Bevölkerung, die angeblich verteidigt werden sollte. Abgesehen davon hat sich die FARC bisher noch nie an Landbesetzungen der Indígenas beteiligt, sondern sogar diese Aktionen abgelehnt. Und es gibt kein Indiz dafür, daß sich die Einstellung der Organisation in dieser Frage geändert hat.

Sofort nach der Besetzung begann die Gruppe, den zuvor extensiv als Weideland genutzten Boden zu bearbeiten und in Ackerland zu verwandeln. Die Schärfe der Verfolgung ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß es sich bei dem besetzten Gebiet um Flachland handelt, d.h. es war abzusehen, daß es in kürzester Zeit zum gewinnträchtigen, kapitalintensiven Zuckerrohranbau verwendet werden würde. Damit wurden Interessen beeinträchtigt, denen es nicht "nur" um die Aufrechterhaltung des status quo, sondern um eine kommerzielle Ausbeutung des Landes geht.

In Popayán versammelten sich die Großgrundbesitzer und forderten ein unnachgiebiges Vorgehen und den Einsatz des Militärs. Von Cali aus wurden Militäreinheiten in Marsch gesetzt. Das Ergebnis war überraschend: die Militärführung weigerte sich, dem geforderten harten Einsatz nachzukommen. Die Besetzer wurden zwar nachdrücklich aufgefordert, das besetzte Gelände zu verlassen, aber ansonsten enthielt sich das Militär der sonst üblichen Grausamkeiten. Ein Grund dafür ist, daß die Besetzer sich sehr um ein entspanntes Verhältnis zu der "Ordnungsmacht" bemühten und den Soldaten Kaffee anboten, der dankend angenommen wurde.

Die Landbesetzer ihrerseits setzten sich mit der Regierung in Verbindung, um über die Legalisierung der Besetzung zu verhandeln. Für den 25. Januar war der Besuch einer Verhandlungsdelegation zugesagt, die aus Vertretern der Departementregierung, der staatlichen Agrarreformbehörde INCORA und der Großgrundbesitzer bestand. Die INCORA wurde ursprünglich geschaffen, um Land anzukaufen und an die Bauern zu verteilen, erhält aber unterdessen kaum noch Mittel und wird nur auf Druck seitens der Bauern aktiv.

Statt der Delegation kamen am 25. Januar um 15 Uhr 30 vier Lastwagen vollbesetzt mit Polizisten. Den 350 Besetzern standen ca. 600 Polizisten gegenüber; die Polizeiführung gab den Besetzern 15 Minuten Zeit, das Gelände zu räumen. Die Besetzer wiesen darauf hin, daß ihnen Verhandlungen zugesagt worden waren und weigerten sich, das Gelände zu verlassen. Nach Ablauf der kurzen Frist schossen die Polizisten sofort Tränengasgranaten in die Menge. Die Besetzer warfen die Granaten zurück, begleitet von einem Steinhagel, worauf sich die Polizisten zum Rückzug gezwungen sahen. Die Polizeiführung gab daraufhin Schießbefehl.

Die ersten Schüsse gingen noch in die Luft, die zweite Salve zielte auf die Beine, und die nächsten Schüsse kosteten 7 Menschen das Leben. Die Besetzer flüchteten, während die Polizeieinheiten die begonnenen Arbeiten auf dem Gelände wieder zerstörten, mitgebrachte Lebensmittel der Besetzer vernichteten. Die Toten mußten auf Befehl der Polizeiführung zurückgelassen werden.

Das war aber noch nicht das Ende der Tragödie. Die Besetzer organisierten einen Protestmarsch nach Popayán. An dem mehrere Tage dauernden Marsch beteiligten sich etwa 2 500 Indígenas, die im Verlauf der Demonstration zu den ursprünglich 250 Menschen dazugestoßen waren. Während des Marsches fuhren die den Zug begleitenden

Polizeifahrzeuge von hinten in die Menge und verletzten mehrere Menschen.

Noch während des Protestmarsches gingen Polizisten brutal gegen 25 campesinos in der Gemarkung Cajibío vor. Auch hier waren die Interessen eines Großgrundbesitzers berührt, der (zufällig?) für diesen Tag eine Räumungserlaubnis hatte und auf der sofortigen Durchführung bestand. Dieser Einsatz richtete sich gegen den CRIC (den Indianerrat des Cauca), der sich nach dem Erdbeben von Popayán im Wiederaufbau engagiert hatte, und dies in einer Region, deren Bevölkerung dem CRIC bis dahin skeptisch gegenüber gestanden hatte. Die betroffenen campesinos hielten das Gelände bereits seit 9 Monaten besetzt, der von ihnen angebaute Mais trug bereits Frucht. Die völlig überraschten Besetzer hatten bei dem Polizeiüberfall zwei Tote zu be-



Protestdemonstration der campesinos

klagen. Die Protestversammlung in Popayán und ein Treffen von Besetzern und CRIC-Vertretern mit dem Departementgouverneur, Delegierten von INCORA und des

Regierungsbüros für Angelegenheiten der indigenas sowie dem extra aus Bogotá angereisten kommandierenden Polizeigeneral führten zu folgenden Obereinkünften: Den Hinterbliebenen der Ermordeten soll Land zugeteilt werden (allerdings nicht das besetzte Land), INCORA soll im Fall des in Caloto besetzten Geländes vermitteln und es soll eine Untersuchung der Vorfälle durchgeführt werden.

Präsident Betancour und seine Administration müssen sich fragen lassen, was von den 1982 gemachten Aussagen zu halten ist, die Landbesetzungen seien legitim, was damals den Großgrundbesitzern heftige Bauchschmerzen verursacht hatte.

Auch die Rolle der Kirche in diesem Konflikt soll nicht unerwähnt bleiben: der Gemeindepriester von Caloto lieferte die in seiner Kirche zu einer Protestversammlung zusammengekommenen indigenas der Polizei aus und verhalf ihr damit zu weiteren Verhaftungen.

Protestbrief

Die Redaktion der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN bittet ihre Leser bei der kolumbianischen Botschaft in Bonn und bei der Regierung Kolumbiens gegen diese Vorfälle zu protestieren und eine Untersuchung der Geschehnisse zu fordern. Ein Protestbrief könnte etwa folgenden Wortlaut haben:

Mit Bestürzung nehme ich die die tragischen Vorgänge um die Landbesetzungen in Caloto am 25. Januar und in Cajibío am 2. Februar 1984 zur Kenntnis, bei denen durch die brutalen Polizeieinsätze neun Menschen ums Leben kamen.

Aufgrund der Veröffentlichungen komme ich zu dem Schluß, daß zum wiederholten Mal ein vom Präsidenten der Republik Kolumbien anerkannter legitimer Kampf der indigenas um ihr Land in Blut erstickt wurde. Selbst der Vorwurf, hier handle es sich um eine Aktion der Guerilla, rechtfertigt in keiner Weise die von der Polizei gezeigte Grausamkeit.

Ich protestiere gegen diese Handlungsweise einer staatlichen Institution, die von der Regierung und der Polizeiführung zu verantworten ist. Ich fordere eine vollständige Aufklärung der Vorgänge.

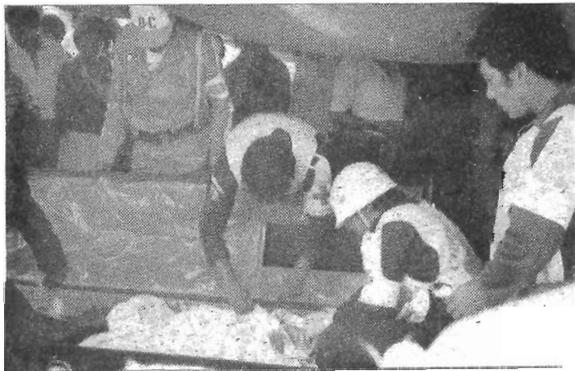
Die Briefe sind zu richten an:

Botschaft der Republik Kolumbien
Friedrich-Wilhelmstr. 15
5300 Bonn 1

Gobierno de la República de Colombia
Bogotá
Kolumbien

Gobierno del Departamento del Cauca
Popayán
Kolumbien

Der CRIC bittet darum, ihm eine Kopie der Protestschreiben zu schicken:
CRIC, AA 516, Popayán (Cauca), Kolumbien



BRD

DED unter Druck des BMZ

Nach der Sperrung von finanziellen Hilfen in Höhe von 40 Mio. DM geht das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) unter Minister Warnke nun an die Kürzung der vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED) geleisteten personellen Entwicklungshilfe für Nicaragua.

Nach den Plänen des DED sollte '84 die Zahl der in Nicaragua tätigen Entwicklungshelfer von derzeit 32 auf die ursprüngliche Zahl von 42 erhöht werden. Das BMZ, das den DED zu 100% finanziert, hat auf der letzten Sitzung des DED-Verwaltungsrats ein "Einfrieren" auf die derzeitige Zahl an Entwicklungshelfern erreicht, nachdem sich der Vertreter des BMZ mit der Forderung nach einer drastischen Reduzierung auf 20 EHs nicht durchsetzen konnte. Begründet wurde diese Forderung damit, daß Nicaragua erst dann neue Entwicklungshilfe erhalten könne, wenn es sich von seiner gegenwärtigen "Politik der Destabilisierung in Zentralamerika" nachhaltig abwende.

Dieser Schritt untermauert nur zu deutlich, daß nun auch die Entwicklungspolitik der BRD-Regierung vollends den Interessen der USA in Mittelamerika angepaßt wird. Die massiven Eingriffe in die Arbeit des DED, die sich in letzter Zeit häufen, wobei die jetzige Forderung nach Kürzung der EH-Stellen tatsächlich beispiellos ist in der 20-jährigen Geschichte des DED, sollen auch hier die "Wendepunkte" in der Öffentlichkeit markieren.

Nachdem auf Druck des BMZ hin, mit eindeutigem Verweis auf die Interessen der Bundesregierung, der Tagungsort für die Regionalkonferenz-Lateinamerika '83 von Managua/Nicaragua nach Lima/Peru endgültig von der Geschäftsleitung des DED verlegt worden war, kam der jetzige Eingriff des BMZ für die DED-Mitarbeiter bis hin zur Geschäftsleitung angeblich völlig überraschend und löste Empörung und Enttäuschung aber auch Ratlosigkeit aus. Um so unverständlicher ist es, wenn die öffentlichen Proteste wieder einmal mehr nur von aktiven und sich in der Vorbereitung befindenden Entwicklungshelfern kommen. Nur massive Öffentlichkeit, auch von Seiten der DED-Mitarbeiter, können verhindern, daß der DED vollends in das Fahrwasser der BMZ-Politik gezogen wird. Die nächste Sitzung des DED-Verwaltungsrats, der sich zur einen Hälfte aus Vertretern aus Ministerien und Parteien und zur anderen aus Vertretern privater Entwicklungshilfeorganisationen zusammensetzt, findet am 4. April '84 statt. Sie wird sicherlich Aufschluß über die Zukunft des DED-Engagements in Nicaragua bringen.

Erklärung der Entwicklungshelfer des DED in Nicaragua

Managua, den 6.2.84

Am 3.2.1984 erhielten die Entwicklungshelfer des Deutschen Entwicklungsdienstes DED in Nicaragua von der Zentrale in Berlin die Mitteilung, daß das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ in Verfolgung der Politik der Bundesregierung die Mitarbeit des DED in Nicaragua erheblich einschränken will und ab sofort keine neuen Verpflichtungen mehr eingegangen werden dürfen.

Noch auf der Regionalkonferenz des DED in Lateinamerika im September 1983 in Lima wurde betont, daß die entwicklungspolitischen Grundsätze und Kriterien des DED und die von allen Bundesparteien 1982 verabschiedeten Leitlinien der Bundesrepublik zur Entwicklungspolitik in kaum einem anderen Land so gut umsetzbar sind wie in Nicaragua.

Der Geschäftsführer des DED, Herbert Sahlmann, erklärte anlässlich seines Besuches in Nicaragua nach der Regionalkonferenz 1983, daß er sich für eine Ausweitung der Mitarbeit des DED in Nicaragua einsetzen werde und unterschrieb zusammen mit Herrn Conring (Verwaltungsratsvorsitzender des DED) beim FIR (Nicaraguanische Nationale Institution für bilaterale Hilfe und entwicklungspolitische Zusammenarbeit) eine entsprechende Erklärung. Gerade aus diesem Grund sind die nicaraguanischen Projektpartner völlig konsterniert.

Alle Bekundungen erweisen sich somit angesichts des jetzt vom BMZ vorgenommenen Schrittes gegen Nicaragua als politische Kalauer.

Niemals zuvor in der 20-jährigen Geschichte des DED hat das BMZ dermaßen massiv und direkt auf die Arbeit des DED Einfluß genommen. Es bestürzt uns besonders, daß sich die Geschäftsführung des DED nicht entschieden widersetzt. Durch diese Entscheidung ist der DED zum Annex des BMZ geworden.

Die Bundesregierung zeigt deutlich, daß sie nicht gewillt ist gegenüber Zentralamerika eine eigenständige Politik zu betreiben. Sie weicht vielmehr dem Druck der Reagan-Administration und begibt sich vollkommen in das gefährliche Fahrwasser der Zentralamerika-Politik der USA.

Wir sind der Auffassung, daß Entwicklungspolitik, die auf die Beseitigung der Armut in der Dritten Welt angelegt ist, langfristig verfolgt werden muß und nicht Spielball tagespolitischer Entscheidungen sein darf.

Die Anweisung des BMZ über die DED-Zentrale verurteilen wir auf das Schärfste und fordern alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, gegen diese Politik der Bundesregierung vorzugehen!

ASYL / EXIL - Gruppe des FDCL

Beim FDCL hat sich eine ständige Arbeitsgruppe konstituiert, die sich mit der Problematik von Asyl und Exil für Lateinamerikaner in der BRD und West-Berlin befaßt.

Angesichts der sich verändernden politischen Situation in Lateinamerika, die nicht ohne Auswirkung auf die Lage der lateinamerikanischen Exilierten in Europa bleiben wird (Stichwort: Rückkehr) und angesichts des wachsenden Drucks seitens der bundesdeutschen Politik und der Behörden gegenüber Ausländern, halten wir die Aufgaben einer solchen Arbeitsgruppe für einen unerläßlichen Teil unserer Solidaritätsarbeit.

Die Arbeitsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt:

- Informationssammelstelle für den gesamten Problembereich Exil/Asyl zu sein,
- diese Informationen sowohl in Dokumenten und Stellungnahmen zu verarbeiten,
- als auch in praktischen Beratungen an Lateinamerikaner weiterzugeben.
- Außerdem wollen wir als Ansprechpartner für andere Institutionen, Organisationen und Behörden zur Verfügung stehen.

Was wir NICHT leisten können: materielle Hilfe und unmittelbare Rechtsberatung.

Ab sofort haben wir zu diesem Zweck eine ständige Sprechstunde eingerichtet:

ORT: FDCL-Büro, Gneisenaustr. 2 (Mehringhof), Aufgang III,
5. Stock, 1 000 Berlin 61, Tel.: 693 40 29

ZEIT: jeden Mittwoch von 17 bis 18 Uhr

BRASILIEN

Interview mit Dalma Dallari

Im Rahmen des Besuchs einer Delegation brasilianischer Sozialwissenschaftler hielt sich vor kurzem der Rechtswissenschaftler und Professor der Universität Sao Paulo, Dalma Dallari, in der BRD und West-Berlin auf. Dallari war von 1970 bis 1978 Vorsitzender der 'Kommission Gerechtigkeit und Frieden' der katholischen Kirche in São Paulo. Diese Institution war bis in die Mitte der 70er Jahre hinein eines der wichtigsten Organe des Widerstandes und der Opposition gegen die Militärdiktatur. In mehreren Studien behandelte sie vor allem die sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen des brasilianischen Volkes in jenem Zeitraum. Ende der 70er Jahre wurde Dallari kurzzeitig von rechten Kommandos entführt. Heute lehrt und lebt er in São Paulo. Er wurde zum Rektor der Universität von São Paulo gewählt, doch von der Regierung des Bundesstaates nicht in das Amt eingesetzt. Die LN konnten mit ihm das folgende Interview führen, dessen ersten Teil wir hier veröffentlichen.

Frage: Wie schätzen Sie die politische Entwicklung Brasiliens im Hinblick auf die "politische Öffnung" von Seiten des Militärregimes heute ein?

Antwort: Die "politische Öffnung" hat einen positiven Effekt, weil sie für das Volk eine neue Möglichkeit zu politischer Partizipation eröffnete. Aber auf der anderen Seite hat sie einen negativen Effekt, weil sie nicht umfassend ist. Obwohl es eine gewisse Öffnung gab, wurden autoritäre Grundmuster beibehalten. Das Wahlsystem ist beispielsweise eindeutig autoritär, es schränkte die Bildung neuer Parteien stark ein, es schafft in großem Maße die Möglichkeit zur Korruption bis hin zu einer direkten Bedrohung der Wählerschaft. All dies hätte den Effekt, daß die Illusion von Partizipationsmöglichkeiten geschaffen wurde. Wir hatten die Gelegenheit, einige neue Parteien zu gründen, und das ergab ein Bild parteipolitischer Pluralität. Andererseits aber wurden diese Parteien mit derart viel Auflagen bedacht, daß sie das Volk nicht repräsentieren. Sie sind in Wahrheit organisierte Parteispitzen, deren Wählerbasis sehr schwach ist. Diese Basis manifestiert sich in der Tat nur bei Wahlen. Es gibt kein kontinuierliches Funktionieren dieser Parteien.

Frage: Meinen Sie damit alle Parteien, oder gibt es Ausnahmen?

Antwort: Dies betrifft alle Parteien. Die einzige Partei, die aus

diesem Muster einigermaßen herausfällt, ist die PT, die "Partei der Arbeiter". Diese Partei entstand an der Basis, aber sie hat große Schwierigkeiten, diese Basis zu vergrößern, was sie weniger ausdrucksstark macht. Es ist in der Tat eine Partei mit einer neuen Konzeption, einer neuen Charakteristik, weil sie eine sehr wichtige Komponente, nämlich die Verbindung zur Basis, hat; andererseits hat sie aber bisher die breite Masse nicht ansprechen können und ist weiterhin noch eine kleine Partei. Trotzdem ist sie zusätzlich noch mit äußerst schweren Problemen in Bezug auf die innerparteiliche Einheit konfrontiert. Es existieren verschiedene Strömungen innerhalb der PT und man hat den Eindruck, daß einzelne Personen und Gruppierungen die PT für ihre Zwecke ausnutzen und nicht das Konzept der PT vertreten wollen.

Frage: Glauben Sie, daß dies der Hauptgrund für das relativ schwache Abschneiden der PT bei den letzten Wahlen gewesen ist?

Antwort: Wer den gesamten Prozeß der Wahlen aus der Nähe miterlebt hat, kann sagen, daß die Wählerschaft in dieser Wahl noch eine plebiszitäre Haltung gezeigt hat. Entweder stimmte man für oder gegen die Regierung ab. Und die große Mehrheit ist immer noch gegen die Regierung; und deswegen wurde vorzugsweise die Opposition gewählt. Aber die PMDB (Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens) benutzte ein Argument, das verheerende Auswirkungen für die PT hatte. Die PMDB verfocht die These des "voto útil" (nützliche Stimmabgabe), indem sie behauptete, daß man für die Opposition stimmen müßte, aber ohne dabei Stimmen aufs Spiel zu setzen. Sie ging sogar soweit zu sagen, daß die Regierung gewinnen würde, wenn die Wähler ihre Stimmen auf verschiedene Oppositionsparteien verteilten. Dieses Argument hatte ein schweres Gewicht, und viele Leute, die an den Chancen der PT Zweifel hatten, zogen es vor, kein Risiko einzugehen, und wählten PMDB. Dies war einer der Faktoren des relativ schwachen Abschneidens der PT. Ein anderer Faktor war die sehr unglückliche Veränderung der Sprache kurz vor den Wahlen. Die PT radikalisierte sich in ihren Äußerungen und deklarierte sich ausdrücklich als Arbeiterpartei. Dies verunsicherte einen großen Teil der Mittelklasse, die eine Tendenz zur Stimmabgabe für die PT hatte. Dies wurde oftmals diskutiert, wenn Lula (Luis Inacio da Silva, Vorsitzender der PT), und andere davon sprachen, daß die Partei eine reine Arbeiterpartei sei; jene Angehörigen der Mittelklasse, die ein kleines Unternehmen oder Hausangestellte hatten, fühlten sich von der eigenen Partei ausgeschlossen. Dies hatte einen sehr negativen Effekt, den die Partei in einer selbstkritischen Stellungnahme hinterher auch zugab.

Frage: Was führte Ihrer Meinung nach dazu, daß Mitglieder der Mittelklassen für die PT stimmen wollten und nicht z.B. für die PMDB, eine Oppositionspartei, die ihre Interessen viel besser vertritt?

Antwort: Die brasilianische Mittelklasse, wie praktisch jede Mittelklasse ist konservativ; sie möchte kleine Veränderungen, sie beklagt die Inflation und die Korruption, aber sie will kein Risiko eingehen; sie möchte, daß die Situation sich bessert, aber ohne selbst etwas zu verlie-

ren oder gefahrzulaufen, etwas zu verlieren. Angesichts der sehr radikalen Sprache der PT bekam sie Furcht vor einer Reaktion des Militärs im Falle eines Wahlsieges der PT und hielt es für klüger, PMDB zu wählen, eine Partei, die von den Militärs eindeutig akzeptiert worden war. Zudem waren die Kandidaten der PMDB Vertreter der politischen Mitte und gemäßigt, sie stellten das dar, was die Regierung "vertrauenswürdige Opposition" nannte. Die PT war demgegenüber keine "vertrauenswürdige Opposition" und genau daher kam die Furcht der Mittelklasse.

Frage: ... und die Strömung von Franco Montoro (PMDB, Gouverneur des Bundesstaates Sao Paulo) unterhält gute Beziehungen zur CDU/CSU hier...

Antwort: Und Montoro führte immer eine nicht genau definierte Sprache. Es ist eine Sprache zugunsten sozialer Maßnahmen, eine Sprache, die von viel sozialer Gerechtigkeit spricht, aber gleichzeitig jedwedes revolutionäres Programm zurückweist. Es ist eine Sprache, die den Konservativen sehr gut gefällt.

Frage: Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme - glauben Sie, daß die Regierung den Kurs der "politischen Öffnung" fortsetzen wird, oder ist nicht eher eine Rückkehr zur Militärdiktatur der 60er und 70er Jahre zu erwarten?

Antwort: Nein, wir leben heute in Brasilien in einer sehr unsicheren Situation, weil wir nicht wissen, wer genau in Brasilien regiert. Es ist aber klar, daß der Anteil Figueiredos an den Entscheidungen sehr beschränkt ist; man schaue sich nur die Häufigkeit seiner Reisen an, die er ständig unternimmt. Figueiredo regiert sehr wenig und reist sehr viel, was bedeutet, daß irgendjemand anders die Entscheidungen trifft. Aber es ist den Brasilianern nicht recht klar, wer für den Präsidenten entscheidet. Auf der anderen Seite gibt es untrügliche Anzeichen dafür, daß es unter den Militärs eine große Spaltung gibt. Man kann heute in keiner Weise von einer Einheit innerhalb des Militärs reden, davon sind wir sehr weit entfernt. Darüberhinaus gibt es einen sehr großen Verschleiß des Ansehens der Militärs in der öffentlichen Meinung und selbst in den Augen der Unternehmer. Es hat sich herausgestellt, daß die Militärs unfähig sind, Politik zu betreiben, unfähig bestimmte Variablen zu begreifen, die Notwendigkeit, einer Opposition Gehör zu schenken, und auf der anderen Seite haben sie auch eine bedeutsame Inkompetenz bewiesen zu regieren. Weil sie sämtliche Macht in den Händen hielten, machten sie Gesetze, die sie wollten, und trotzdem führten sie das Land in eine gewaltige Inflation und konnten die grundlegenden Probleme der Bevölkerung nicht lösen. Und hinzu kommt noch, daß sich das Militärsystem als außerordentlich korrupt erwies. Die Anzahl der Militärs, die in große Korruptionsskandale verwickelt sind, ist äußerst hoch, und auch dies hat zur gewaltigen Schwächung des Militärregimes beigetragen.

Frage: In anderen Ländern Lateinamerikas wie z. B. Argentinien und möglicherweise in nicht allzu ferner Zukunft auch Chile hat das Militär total abgewirtschaftet. In Brasilien hingegen konnten sich die Militärs an der Macht halten und einen Prozeß der "Demokratisierung" und "politischen Öffnung" in Gang setzen. Sie haben die Spielregeln verändert.

Antwort: Was in meinen Augen diesen Unterschied erklärt, und dies wird im Augenblick in Brasilien sehr stark diskutiert, liegt vielleicht in geschichtlichen Bedingungen begründet, dem Unterschied nämlich zwischen der luso-amerikanischen und hispano-amerikanischen Mentalität. Was ich damit sagen will, in den spanischsprachigen Ländern Lateinamerikas gibt es eine stärkere Tendenz zur Radikalisierung als in Brasilien. Das brasilianische Volk hat Grundhaltungen, die manchmal sehr widersprüchlich erscheinen, sich aber gerade aus diesen Wurzeln heraus erklären lassen. Oft will das Volk eine gewalttätige Aktion, fordert die Regierung dazu auf, gewalttätig zu sein, und in dem Moment, in dem diese Gewalt praktiziert wird, wendet sich das Volk gegen den Täter. Mit anderen Worten: Das Volk will eine harte Regierung, aber in dem Moment, in dem eine Person stirbt, in dem man effektiv weiß, daß jemand durch die Folter umgekommen ist, wendet es sich gegen die Folterknechte. Dies ist in Wirklichkeit ein sehr widersprüchlicher Aspekt. Aus Unsicherheit, aus einer Reihe von Gründen schließt sich das Volk zunächst der Gewalt an, aber wendet sich angesichts der konkreten Praxis ab und entzieht seine Unterstützung. Darüberhinaus scheint mir noch ein anderer Aspekt sehr wichtig zu sein. Wirklich gewalttätige und überzeugt antikommunistische Militärs gibt es nur sehr wenige. Es hat sich herausgestellt, daß das Militär in seiner großen Mehrheit tatsächlich eine bessere wirtschaftliche und soziale Lage wollte. Es gab ständig Beschwerden darüber, daß die Soldaten sehr wenig verdienten, daß sie sozial marginalisiert waren und nach besseren Positionen strebten.

Frage: Sie beziehen sich auf die Zeit vor 1964, dem Jahr des Militärputsches...

Antwort: Ja. Nach 1964 besetzten die Militärs eine große Anzahl ziviler Ämter. Was für viele Leute schwer zu verstehen ist, wir stehen heute in Brasilien vor einer Situation, die durch eine äußerst große Anzahl öffentlicher Unternehmen gekennzeichnet ist. Vor zwei oder drei Jahren nahm ich an einem Seminar der Universität von Austin, Texas, teil, und ein Professor der Wirtschaftswissenschaften fragte mich, ob Brasilien nicht ein sozialistisches Land sei. Ich fand diese Frage sehr merkwürdig, denn in Brasilien gibt es nichts an Sozialismus. Ich wollte den Grund seiner Frage wissen, und die Antwort war folgende: Die Sowjetunion benutzt die öffentlichen Unternehmen zur Lenkung der Wirtschaft. Brasilien ist das Land auf der Welt mit den meisten öffentlichen Unternehmen, also ist es ein sozialistisches Land. Diese Einschätzung ist jedoch völlig verfehlt. Diese Unternehmen wurden gegründet, um den Militärs gute Jobs zu verschaffen. Dies macht heute ihre Rückkehr in die Kasernen so schwierig. Das Problem ist nicht, daß die Militärs Gewalt ausüben wollen, sie wollen ihre gut dotierten Positionen nicht aufgeben. ES ist in Brasilien üblich geworden, daß sich ein Militär als Militär sehr früh pensionieren läßt. Daher ist es nicht selten, daß ein Militär von weniger als 50 Jahren sich pensionieren läßt mit all seinen Bezügen und sofort zum Direktor eines multinationalen Konzerns oder eines öffentlichen Unternehmens wird, wo er ein um ein Vielfaches höheres Gehalt bezieht. Diese Militärs wollen nicht die "politische Öffnung" oder die Rückkehr in die Kasernen und zwar nicht aus ideologischen Gründen, son-

dern schlichtweg deshalb, weil sie weiterhin gut verdienen wollen. Dies ist eines der größten Hindernisse unserer "politischen Öffnung". Was kann man tun, damit ein Militär sich bereiterklärt, seinen Job aufzugeben?

Frage: Was ist Ihrer Meinung nach in solch einer Situation der reale Spielraum der politischen Parteien, die, wie Sie bereits erwähnt haben, aufgrund des Parteiengesetzes ja mit sehr großen Schwierigkeiten und Beschneidungen zu kämpfen haben?

Antwort: Wir müssen diese Frage in zweierlei Hinsicht untersuchen. Zum einen im Hinblick auf die unmittelbare Zukunft, was kann man kurzfristig tun. Zweitens auf lange Sicht, was kann man tun, damit sich Brasilien langfristig verändert.

Ich bin nicht der Ansicht, daß wir in kurzer Zeit ein neues Brasilien haben werden. Die Probleme sind tiefgreifend, es ist ein Land mit mehr als 120 Millionen Einwohnern, mit einem immensen Territorium, ungeheuer unausgeglichen, mit sehr akzentuierten regionalen Ungleichgewichten; es ist grundsätzliche Arbeit zu leisten, um eine neue Gesellschaft zu schaffen. Dies kann nur geschehen mit der Schaffung einer öffentlichen Meinung, mit der Bewußtwerdung und Organisation des Volkes. Diese Hinweise sind sehr wichtig, denn in der brasilianischen Geschichte hat es niemals grundlegende politische Entscheidungen gegeben, die vom Volke getroffen worden wären. Das Volk wurde immer instrumentalisiert. Wenn wir uns die Stellung des brasilianischen Volkes seit den Tagen der Kolonisation vergegenwärtigen, stellen wir fest, daß es zu keiner Zeit in den politischen Entscheidungen Gewicht hatte. Ein Satz eines republikanischen Führers aus der Zeit des Überganges vom Kolonialregime zur Republik ist sehr interessant. Er stammt von Aristides Lobo, der Minister der ersten republikanischen Regierung war. Am Tag der Proklamation der Republik in Rio de Janeiro sagte er folgendes: "Verblödet wohnte das Volk der Proklamation der Republik bei". Er wollte damit sagen, daß das Volk nicht die geringste Idee davon hatte, was geschah. Es gab einen militärischen Vorbeimarsch, die Generäle auf der Straße, und hinterher teilte man dem Volk mit, daß dies nun die republik wäre. So etwas geschieht weiterhin und erklärt zu einem großen Teil, auf die heutige Situation angewandt, die Stimmabgabe des Volkes für die Regierungspartei PDS im Nordosten des Landes. Natürlich gab es teilweise Zwangsmaßnahmen gegenüber der Wählerschaft, gab es Verhängstigung und Verunsicherung, aber es gab zum Teil auch ein Fehlen politischen Bewußtseins. Ich erwähne den Nordosten, aber dies ist genauso im Staat Sao Paulo geschehen. Paulo Maluf, z. B., ein extrem korrupter Mensch, beinahe ein Meister der Korruption, erhielt fast 700.000 Stimmen, und auf welche Weise? Er hat sie gekauft. Und der Wähler, der sich kaufen ließ, bewies ein absolutes Fehlen politischen Bewußtseins. Er wußte nicht, daß er gegen seine eigenen Interessen stimmte.

Frage: Die Massenmedien haben auch kräftig geholfen...

Antwort: Die Massenmedien und die Korruption. Daher sagte ich, daß die Parteien in beiden Perspektiven denken müssen. Sie müssen langfristig denken und anerkennen, daß sie, solange sie reine Organisationen von Parteispitzen bleiben, ohne Basis, keine grundlegenden Reformen in Brasilien werden durchführen können, wir werden allerhöchstens andere Personen in den Regierungspositionen haben. Aber all dies wird sich verlieren, wird sich auflösen in dem Interessengerangel der Parteispitzen. Man spricht heute in Brasilien oft davon, daß die Parteien wie Indiostämme seien. Es gibt nur Kaziken, es gibt keine Indios. In Wirklichkeit hat keine der Parteien eine Basis. Es sind Köpfe ohne Körper, ohne Beine und Füße. Die Parteien müssen dies anerkennen und darauf hinarbeiten, sich diese Basis zu verschaffen. Aber es gibt auch unmittelbare Aufgaben, doch was TUN? Die Realität ist, daß wir noch keine bewußte und organisierte öffentliche Meinung haben, aber es gibt den politischen Kampf. Man muß Ämter besetzen, un darin liegt die unmittelbare Rolle der Parteien. Mein großer Vorbehalt gegenüber dem, was die Parteien tun, geht dahin, daß sie sich nur den unmittelbaren Problemen widmen. Sie sind ausschließlich darauf aus, Ämter zu besetzen. Sie vergessen vollkommen die langfristige Arbeit, und deswegen macht der politische Prozeß keine Fortschritte.

MEXIKO

Juchitán — Ende einer Hoffnung?

März 1981. Nur einen Tag blieb ich in Juchitan. Ein heißes, staubiges Provinzkaff. 500 Meter Teerstraße, daran liegen ein paar zweigeschoßige Steinbauten. Es ist die Hauptstraße. Sonst nur Hütten, ein paar tausend. Die Frauen fallen mir auf: es sind große, stattliche Frauen. Sie tragen weite Röcke, dazu buntbestickte Blusen. Sie wirken selbstbewußt. Man sagt, hier herrsche noch das Matriarchat. Daß sie im örtlichen Leben eine große Rolle spielen, kann ich mir jedenfalls vorstellen. Auch bei den Wahlen, die gerade stattgefunden hatten. Provinzwahlen, aber sie hatten ihr Echo sogar in Mexiko-Stadt: es hatte die COCEI gewonnen, eine linke Allianz aus Bauern, Studenten und Arbeitern. Gegen die PRI, die allmächtige Staatspartei. Trotz massiver Wahlfälschung, trotz Einsatz von Polizei und Militär.

Diffamierung der COCEI

August 1983. Die Stadtverwaltung der COCEI wird abgesetzt. Vom Gouverneur des Bundesstaates Oaxaca mit Zustimmung von drei Parteien: PRI, PAN, PPS, und ein PRI-Bürgermeister wird eingesetzt. Aber die COCEI-Anhänger halten bis November, dem Termin der Kommunalwahlen das Rathaus besetzt. (vgl. hierzu den Bericht in LN 118/119, Sept./Okt. 83) Danach geht es Schlag auf Schlag: Militäreinsatz, über 100 Verhaftete, darunter fast alle wichtigen Leute der COCEI, der Rest geht in den Untergrund. Juchitan bleibt militärisch besetzt. Bis heute.

Den örtlichen Machthabern, Caziquen nennt man sie in Mexiko, ist der Wahlsieg der Linken ein Dorn im Auge. Klar. Und sie haben gute Verbindungen zu den Mächtigen im Bundesstaat und bis zur Zentralregierung. Auch klar. Aber die massive Terrorwelle gegen die COCEI und ihre systematische Vorbereitung in den Massenmedien läßt darauf schließen, daß hier größere Interessen im Spiel sind: Die strategische Lage der Stadt. Sie liegt unweit von Salina Cruz, dem neuen Ölhafen am Pazifik (für Japan, Westküste USA) mit seiner Riesenraffinerie auf dem Isthmus von Tehuantepec. Der schmalsten Stelle zwischen den beiden Meeren, dem Golf von Mexiko und dem Pazifischen Ozean, angrenzend an die Ölregionen von Tabasco und Chiapas.

Und ausgerechnet hier hatten ein paar lausige Indios eine Kommunalverwaltung durchgesetzt, die auf Seiten der Armen stand. Die sie aktivierte, ihnen eine Stimme gab, die überall gehört wurde, wo die Leute zapotekisch sprechen. Auch in den angrenzenden mixtekischen Gebieten hatte das seine Wirkung. Die Mächtigen setzten ihre geballte Macht dagegen: gekaufte Killer oder Spezialeinheiten von Polizei und Militär entführten und ermordeten "Rädelsführer". In regionalen und bundesweiten Zeitungen und Fernsehstationen wurde die COCEI beschuldigt, Trainingslager für Guerrilleros zu unterhalten, für ganz Zentralamerika! Darüber hinaus der Unterschlagung, der Veruntreuung. Kurz, die gewählte Gemeindevertretung von Juchitan wurde als Verbrecherbande diffamiert. Und es wurden ihr zeitweise die Gelder von Seiten der Staatsverwaltung gesperrt. Trotz alledem hat sie ihren Rückhalt im Volk nicht verloren. Um einen Eindruck von der Art und Härte der Kampagne zu vermitteln, gebe ich im Folgenden Auszüge aus einem Bericht im linkskatholischen Wochenmagazin Proceso vom 19.12.1983 wieder:

Heer und Polizei gegen COCEI

Aus dem Untergrund klagt der abgesetzte Bürgermeister Leopoldo de Gyves an seine Frau und sei Vater befinden sich im Gefängnis: "Jetzt zeigt sich der Faschismus in Mexiko offen. Juchitan, das ist die erste große Repressionswelle der Regierung de la Madrid; das Konzept entstammt einem militärischen Programm der Aufstandsbekämpfung, bei dem es darum geht, sich des sensibelsten Teils des Landes, des Isthmus und der Region des Südostens zu bemächtigen, wo eine neue Revolution ausbrechen könnte."

Niedergeschlagen, aber ohne den Glauben ins juchitekische Volk verloren zu haben, so wurde de Gyves interviewt; in seinem kleinen Zufluchtsort, möbliert nur mit einem Feldbett, wohin man nur über vier Kontaktstationen gelangen kann. Sie dienen auch zur Aufrechterhaltung der Informationen. Die Neueste: Ricardo Dorantes Morteo, Vertreter der PRI im örtlichen Wahlausschuß für die letzten Kommunalwahlen, hat Daniel Camarena, dem Chef der staatlichen "Präventiv-Polizei", Order erteilt, den Führer der COCEI aufzuspüren - tot oder lebendig(...)

De Gyves bestreitet entschieden, daß es im Rathaus Waffen und Sprengstoff gegeben habe; er hält dem entgegen, daß das Argument nicht neu ist, sowenig wie die Verteufelung als Kommunisten und Guerrilleros, als welche die Leute der COCEI immer wieder angeschuldigt wurden.

"Es wäre von unserer Seite ein widersinniger Akt gewesen, auf Gewalt mit Gewalt zu antworten, weil sonst unser Kampf jede politische Objektivität verloren hätte. Wir haben aufgepaßt, immer zu empfehlen, daß Waffengebrauch ausgeschlossen bleibt, weil es sicher war, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung der Vorwand bilden würde, um eine Schlächterei gegen die COCEI zu veranstalten; die Regierung hätte es leicht gehabt, ihre Aktion zu rechtfertigen. Beweis dafür ist, daß es in den letzten Konflikten nicht einen verwundeten Soldaten oder Polizisten gegeben hat."

"Auf den Dialog"- so schließt er - "antwortete der Gouverneur mit dem Gewehr. Er hat den Ausnahmezustand Verhandlungen vorgezogen. Aber wir kehren zurück und unsere Rückkehr wird der Triumph des juchitekischen Volkes sein."

Von den 16 Leuten, die die politische Kommission der COCEI bilden - es liegen Haftbefehle gegen fast alle vor - befinden sich sieben ohne Verbindung zur Außenwelt im Gefängnis von Salina Cruz: Carlos Sanchez Lopez, Enedino Jiménez, Leopoldo de Gyves Pineda, Rufino Rodríguez, Manuel López, David Mendoza und Jesús Vicente Vazquez und der Rest ist in den Untergrund gegangen(...)

Der Standpunkt der PRI ist natürlich anders, etwa der von César Augusto Carrasco Gómez, Vorsitzender der Ratsversammlung, der ohne zu fackeln erklärt: "Ich habe das Eingreifen des Heeres erbeten, weil unsere Streitkräfte nicht nur zur Zierde da sind. Und wir sind froh, weil wir nur so Frieden und Ordnung aufrecht erhalten können. Und wir werden sie so oft rufen, wie es nötig ist, wenns sein muß ständig." (...)

"Alles ist zur Normalität zurückgekehrt", sagt er.

Diese Normalität sieht - bis Redaktionsschluß Freitag, 16.12.1983 zumindest - folgendermaßen aus:

Soldaten am Rathaus postiert, ständige Patrouillen im Zentrum der Stadt; Polizeikräfte machen ihre Runden durch alle neun Stadtteile und sind bereit zu schießen oder zu verhaften, bei Gruppen von vier Leuten und mehr. Überwachung, Hausfriedensbruch beim geringsten Verdacht. Ausgedehnte Überwachung der Häuser, in denen Führer der COCEI wohnen, 150 Gefangene etwa und der Belagerungszustand.

Vom Moment der Vertreibung an werden die Bürger Tag für Tag über Megafone in Kenntnis gesetzt, daß sie ihre Häuser nicht verlassen dürfen. Nach 9 Uhr abends. "Sie haben zu Hause zu bleiben, zu Ihrer eigenen Sicherheit, um sich nicht in Schwierigkeiten zu bringen! Jeder, der sich auf die Straße wagt, wird den Autoritäten überantwortet. Weitere Störungen der öffentlichen Ordnung werden wir nicht zulassen!"

Ab 10 Uhr abends geht kein Mensch mehr durch die Innenstadt, aus Angst verhaftet zu werden. Schließlich werden sogar die Fahrzeuge registriert.

"Wir Frauen haben den Ring durchbrochen"

Alles begann in Ixtepec, 16 Kilometer von hier. Es war Montag, 12. Dezember, 4Uhr45. Die Einwohner wurden vom Schreien der Sirenen hochgeschreckt, von den Polizeipatrouillen, die gewaltsam ins Rathaus eindringen, das am vorigen Tag von den Leuten der COCEI besetzt worden war. Sie wurden verhaftet und geschlagen. Die "Blauen" nahmen 30 Männer und 6 Frauen mit, aber nicht ohne sich vorher inbrünstig daran gemacht zu haben, die Büros zu zerstören um dann zur Volksbibliothek zu ziehen, die Türen einzuschlagen und Bücher und anderes zu rauben. Seither dient die Bibliothek als Schlafstatt für Polizisten.

In Juchitan schwirrten die Gerüchte über das, was in Ixtepec geschehen war. Niemand hatte erwartet, daß einen Tag später, im Morgengrauen um 3Uhr15 160 "Blaue" unter dem Kommando von Daniel Camarena, Chef der staatlichen Polizei, ausgerüstet mit Schlagstöcken und Schilden und Tränengasgranaten heimlich das Rathaus überfallen würden. Der Widerstand einiger hundert Anhänger der COCEI, die Wache schoben, ließ nicht auf sich warten. Einer schlug die Glocke des Gebäudes an; ein anderer die der Kirche von San Vicente Ferrer; das war das Alarmsignal für die Bevölkerung.

Die Alarmschreie wurden durch Schläge zum Schweigen gebracht - viele wurden verwundet, noch blutüberströmt im Gefängnis von Salina Cruz eingeliefert - aber die Leute liefen zu ihrer Verteidigung herbei. Eine Stunde später waren es 2000 Leute, die das Rathaus verteidigten. Unfähig, das Gebäude zu räumen rief man das Heer zur Verstärkung. Drei Spezialkompanien, trainiert für solche Gelegenheiten (...) kamen mit blankem Bajonett.

Lula, eine der wichtigsten Führerinnen der COCEI, berichtet:

"Die Polizei schoß und warf Tränengas. So schafften sie, das Rathaus zu räumen und die Situation unter Kontrolle zu bringen. Es dämmerte schon, als drei Busse der Linie Transístmica mit 85 Gefangenen Richtung Salina Cruz abfahren. Gleich darauf umstellte das Heer nicht nur Rathaus, Zentralpark und das Marktgebäude sondern in einem Kreis von zwei Blocks die ganze Innenstadt. Und wir waren, wie, die Frauen, denen es gelang an fünf Stellen durchzubrechen. Auch viele Genossinnen wurden nach Salina Cruz verschleppt." (Darunter befanden sich zwei mit Babys von drei Monaten bzw. zwei Jahren. W.H.) (...)

Früher oder später erging es allen Führern der COCEI gleich: Fast alle wurden wegen begangener oder geplanter Verbrechen angeklagt. Darunter wegen Raubes, Verletzung fremden Eigentums, Diebstahls, Mißbrauch der Amtsgewalt, Aneignung von Autos und öffentlichen und privaten Gebäuden, Beschädigung von öffentlichen Einrichtungen, Bedrohung, Beleidigung, Anmaßung von Amtsgewalt, Widerstand gegen die Staatsgewalt, kriminelle Vereinigung gegen Gesellschaft und Amtspersonen, Freiheitsberaubung, Gebrauch von Feuerwaffen, Tragen verbotener Waffen und Mord.

"Aber, wie der Staatsanwalt zu verstehen gibt," sagt José María Yáñez Gatica, Rechtsanwalt der COCEI, "sind die Ankläger Händler und Großgrundbesitzer der PRI. Sie haben sich für gefälschte Anklageschriften hergegeben."

PRI: Wie gewinnen wir Wahlen?

Wahlbetrug der PRI in Juchitan, das ist nichts Neues, das hat Tradition. Überraschend ist vielmehr, daß man - vielleicht das erste Mal - Beweise für all das hat, was sich hinter dem Wahlgesehenen abspielt.

Eine Abschrift von Telefongesprächen zwischen Amtsträgern, PRI-Führern und Beauftragten verschiedener Körperschaften - die Gespräche schließen selbst den Gouverneur mit ein - fiel in die Hände von Reportern. Sie wurden zufällig im Rathaus aufgezeichnet. Auszüge daraus wurden von der Wochenzeitung HORA CERO veröffentlicht und bis heute nicht dementiert. Sie geben Einblick in die heftigen Manipulationen der Wahlen.

Die Personen, die mit Namen identifiziert sind, sind Carlos Aldeco Reyes, Unterstaatssekretär im Innenministerium; Jesús Martínez Álvarez, Staatssekretär im Innenministerium und Vorsitzender der staatlichen Wahlkommission und René Martínez Souberville, Abgeordneter der PRI in Juchitan u.a.

Hier einige der Gespräche (Aldeco mit Martínez Souberville, mittags am 20. November):

"Es sind schon 13 Soldaten im Wahllokal von Juchitan, es kommt noch Verstärkung aus Matias (dem Ort Matias Romero), sie beraten, wie man die Leute der COCEI rausschmeißt, die noch im Wahllokal sind."

(Martínez Álvarez mit Aldeco)

"Der General sagt, er will bis sechs hier sein...um diese Zeit werden die Urnen weggebracht."

(Aldeco mit dem Gouverneur)

"Keine Zwischenfälle. Aber die COCEI hat sich nicht aus den Wahllokalen zurückgezogen. Polizei und Militär wird zusammengezogen und es wird gewünscht, daß das Heer vorgeht. In zehn Lokalen gibt's das Problem. Es gibt einigen Radau hier."

(Gouverneur mit Aldeco)

"Man muß Jeremías Mendoza verständigen (Präsident des örtlichen Wahlausschusses), damit er eine Presseerklärung ausarbeitet. Gewalt und Provokation (von Seiten der COCEI). Das muß die Presseerklärung für die Pressekonferenz sein...alles in allem läuft's gut... Ergebnisse kennt man noch nicht...nehmen Sie zu Protokoll entsprechend den Vereinbarungen."

Nachts, nach 22Uhr15 (Aldeco mit dem Gouverneur)

"Nichts Neues. Carlos Zárate sagt, sie annullieren die Wahlen in Xadani, weil die PSUM die Urnen geraubt hat. Héctor Sánchez ist aufgetaucht..." (Abgeordneter der PSUM/COCEI für Juchitan, bis dahin im Untergrund. W.H.)

(Humberto del Puerto, Bürgermeister von Ixtepec an das Polizeihauptquartier in Juchitan)

"Hier haben die Raufereien begonnen. Weit und breit kein Militär nicht ein Scheißpolizist! Die Leute von der COCEI wollen das Rathaus stürmen." (Man antwortet ihm, der Kommandant persönlich käme.)

(Filiberto Martínez, Korrespondent von Notimex, mit Aldeco)

"Wo bleibt die Pressekonferenz, die Sie für neun versprochen haben? NACIONAL will achtspaltig verkünden, daß die PRI gewonnen hat. Man wartet auf die neuesten Berichte von NOTIMEX. Wir waren im Rathaus, diese Scheißleute von der COCEI haben uns drei Stunden dabehalten... hier gibst du Scheiß-Mittelamerika-ner...wir haben ihnen gesagt, daß sie sich morgen nicht über die Zeitungen beschwören können, weil die nur die Version der PRI drucken."

Montag, 21. November um 2Uhr15 ist alles gelaufen. Letzter Anruf von Aldeco an Martínez Álvarez:

"Das Endergebnis fehlt noch. Wir warten dringend auf's Ergebnis von Alvaro Obregón, wird wohl bis morgen früh auf sich warten lassen. Sagen Sie dem Gouverneur, daß er ruhig schlafen kann; wir haben die Sache im Griff." Auf diese Wahlen folgte die Vertreibung (aus dem Rathaus, W.H.) aber der Kampf der COCEI geht weiter. Mit Hoffnung in der Stimme sagt Leopoldo de Gyves: "Wir kommen wieder!"

Bericht von IGNACIO RAMIREZ und ERNESTO REYES

Verfolgung von Juchiteken auch in der Hauptstadt

Die Repression gegen Juchitan hat sich bis Mexiko-Stadt ausgeweitet. Am Morgen vom Donnerstag, dem 15., wurden drei Vertreter von Juchitan von einer Gruppe Bewaffneter in Zivil entführt, als sie einen Gesprächstermin mit dem Ministerialdirektor im Innenministerium, Fernando Elias Calles wahrnehmen wollten. (...)

Um die Antwort des hohen Regierungsbeamten zu erhalten, bildeten die Studenten aus Juchitan eine Dreier-Kommission, die nie ihr Ziel erreichte. Gegen 9Uhr30 morgens verließen sie das Haus in der Calle de Invernado 136, im Viertel Nueva Santa Maria gelegen, und zwar Jesús Vicente Vásquez, Sabino López Aquino und José Alfredo Hernández Vargas.

Zwei Block weit folgten ihnen einige Autos ohne Nummernschild. Die Juchiteken merkten das und fingen an zu laufen. Gleich darauf hörte man einige Schüsse und von diesem Zeitpunkt an weiß man nichts mehr über ihr Schicksal.

Bewohner des Studentenhauses Juchitans schwärmten aus, um ihre Genossen zu suchen, und als sie sie nicht fanden, wandten sie sich unmittelbar ans Innenministerium, um die Freilassung der Entführten zu fordern. Als Antwort darauf erhielten sie einen Termin, um mit einem anderen Ministerialdirektor, Jorge Carrillo Olea, um zehn Uhr abends am gleichen Tag, am Donnerstag den 15., zu reden. Wieder erhielten sie Versprechungen: Aufklärung des Geschehens.

Jesús Vicente Vásquez, 29Jahre, hatte als Kommandant der städtischen Polizei bei der abgesetzten Verwaltung gedient. Gegen ihn erließ die Generalstaatsanwaltschaft von Oaxaca einen Haftbefehl (Aktenzeichen 71/983) für das "Verbrechen" des Raubes, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufforderung zu Straftaten und kriminelle Vereinigung gegen Amtsinhaber.

Opfer sind laut Staatsanwaltschaft: das Siedlungsinstitut von Oaxaca, die Gesellschaft, die Präventiv-Polizei und die Bürger Alvaro Cruz Juárez und Simón Rios Martínez.

Die anderen beiden Verschwundenen sind: Sabino López Aquino, Maler am Kulturhaus von Juchitan, das sich durch Rückbesinnung und Verbreitung der Geschichte und Kultur der Zapoteken auszeichnete. José Alfredo Hernández Vargas, 18, ist Architekturstudent am nationalen Politechnik-Institut.

Dem Verschwinden der Vertreter der Juchiteken ging eine Nacht des Schreckens im Studentenhaus voraus. Nach einer Mahnwache vor dem Innenministerium umkreisten verschiedene Autos das Gebäude. Die Studenten schoben Wache, sie fürchteten die Vertreibung. Abordnungen von Studenten aus Puebla, Tabasco und Guerrero in Mexiko-Stadt blieben aus Solidarität im Haus der Juchiteken.

Die Versprechungen der Regierungsbeamten Carrillo Olea und Elias Calles wurden bis zum heutigen Abend, also Freitag der 16. nicht erfüllt.

Erzbischof Lona: "Die Regierung darf nicht von Dialog reden, solange sie verleumdet und misshandelt."

TEHUANTEPEC. - Die Regierung kann nicht von Dialog reden, von Ruhe und Gerechtigkeit, solange wir Zeugen der Verleumdung und der Behandlung, als seien sie Verbrecher, denen gegenüber sind, die es verstanden haben, dem Volk durch eine Befreiungsbewegung die Richtung zu weisen, dem Volk, das seinen Weg sucht und versucht, seine Kultur zu bewahren, sagt der Erzbischof Arturo Lona Reyes. (...)

"Wir wollen nicht, daß sich die Situation bis zu Massakern zuspitzt, wir wollen Frieden und Freiheit in Gerechtigkeit", fügt der Erzbischof hinzu, der in den letzten Jahren immer wieder Angriffen von Seiten lokaler Politiker und Händler wegen seiner Verteidigung der Indios und seiner Hilfe für die Volksbewegungen der Region ausgesetzt war. (...)

"Ich habe versprochen zu schweigen, weil ich glaubte, zuviel reden schade dem Volk, aber ich kann's nicht, wenn ich sehe, wie sie das Volk mißhandeln. Der Erzbischof ist wie der Haushund: wenn er nicht bellt, wenn Banditen kommen - wozu ist er nütze? Also muß ich schreien und die Stimme der Kirche gegen Willkür und Ungerechtigkeit."

Weil er auf der Seite derer ist, die ihre Befreiung suchen, klagen ihnen die Gruppen an der Macht an, mit dem Vorgehen der COCEI einverstanden zu sein, die genauso um die Respektierung der Menschenwürde bemüht ist. (...)

Der Erzbischof sieht sich dem Druck von Leuten der Gegend und des Staates ausgesetzt; sogar tätlichen Angriffen, wie am 4. September, als ihm der damalige PRI-Abgeordnete Teodoro "El Rojo" Altamirano in der Kirche androhte, er werde ihn umbringen, wenn er die Messe in Juchitan lese. Er hat widerstanden, auch den Schmähungen in PRI-Blättern, Morddrohungen und sogar Wandparolen, die jetzt überall in der Stadt gegen ihn auftauchen. (...)

Und erklärt:

"Alle Seelsorger hier in der Gegend haben mitgemacht, wo die ländlichen Gemeinden Produktionsgenossenschaften aufgebaut, den Landbau verbessert und Genossenschaftsläden eröffnet haben, um gegen das Elend auf dem Land und die Entbehrungen des Lebens vorzugehen. Klar, daß die, die dagegen sind, die Caziquen, die Großgrundbesitzer, die Wucherer sind, kurz, alle Inhaber der politischen und ökonomischen Macht, die hier am Isthmus gibt."

Am Ende der Messe hört sich Lona Reyes die Neuigkeiten an. Er läßt sich erzählen, was in Juchitan geschah und geschieht. Sie sagen ihm, daß es Hunderte von Gefangenen in Salina Cruz gibt, in Juchitan haben sie sogar den Pfarrer verhaftet, als er im Auto fuhr, daß niemand in die Innenstadt gehen könne, der sich beeilt, seinen Bus nach Mexiko-Stadt zu kriegen.

Verzweifelt, seinen Koffer unterm Arm und nach Umarmungen mit Leuten seiner Diözese und aus dem Volk, unterzeichnet Arturo Lona ein Kommuniqué des Erzbischofs und seiner Seelsorger. (...)

Im Text drücken sie aus, daß die ökonomische Krise, die Zusammenstöße, die politischen Streitigkeiten "uns mit Sorge erfüllen und daß sie unseren Mut und unsere Hoffnung auszulöschen drohen. Als Hirten des Gottesvolkes ist es unsere Pflicht, aufmerksam das Geschick des Volkes zu verfolgen und Stimme derer zu sein, die keine Stimme haben." (...)

Und es hebt die Besorgnis der Stunde hervor:

"Hier können wir uns der Adventszeit nicht freuen, Christus weint in dem geschlagenen Indio und erwartet, daß wir den Egoismus beseitigen und die Reihen gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit schließen. Hoffentlich bringt uns Weihnachten bessere Neuigkeiten und Hoffnungen für das Volk", so schließt es.

Die salvadorenische Theatergruppe Vrecha

"VRECHA" (Bresche, Wegbereiter) ist ein Volkstheater aus El Salvador. Die Gruppe hat sich 1979 zusammengefunden und macht sich daran, die Geschichte des salvadorenischen Volkes in ihrem Theater deutlich zu machen. Ihre eigenen Erfahrungen in der harten salvadorenischen Realität beeinflussen dabei stark ihr Stück.

Die Gruppe sucht eine neue theatralische Ausdrucksform: eine universale, verständliche Sprache, bestehend aus Mimik, Gestik, Musik, Körperausdruck, Bewegung, Masken, Schminke und allgemeinverständlichen Symbolen.

Mit ihrem neuen Stück "basta" wird dem Zuschauer dadurch eine Möglichkeit eröffnet, die Geschichte El Salvadors in einer neuen Dimension zu erfahren. Nicht so sehr durch Sprache vermittelte Fakten und Zahlen, sondern durch Bewegung, Ton und Gesten. Es ist ein feuriges, lebendiges und ansteckendes Stück Theater.

Die 3 Vrechas, Milton und die beiden Oscars, sind professionelle Schauspieler und Musiker. Seit 1980 leben sie in Exil. Sie befinden sich momentan auf ihrer zweiten Europareise, eingeladen von den Solidaritätskomitees.

Termine in Berlin:

7.- 9. März Café Schalotte, Behaimstr. 22, 1/19

10. März Spektrum, Gneisenaustr. 2, 1/61

13.-18. März Etage, Hasenheide 54, 1/61

Voraussichtlich in Mai Tournee durch die BRD.



Die Geschichte EL Salvadors - in Mimik, Musik, Gestik

Die andere Strafe

Wenn die Rede auf uns, die lateinamerikanischen Exilanten, kam, dann dachte sowohl das satte als auch das geängstigte Europa in erster Linie an unsere offen sichtbaren Schmerzen: Verfolgung, Gefängnis, Folter, Tod und Ausweisung aus unserem unvollendeten Kontinent.

Mit der Zeit machten sich jedoch neue Schmerzen bemerkbar: Heimweh nach dem fernen Land, nach seinen geografischen und historisch-kulturellen Eigenheiten, Heimweh nach seiner Vergangenheit und seiner Gegenwart, aus der wir herausgerissen worden sind; der Kulturschock in einer völlig anderen Welt, die im Grunde unfähig ist, uns zu verstehen.

Von daher ging der mit Abscheu erfüllte Protest gegen 'unsere' technokratisierten Kleintyrannen à la Chikago, in denen man das Ebenbild eines nicht so fernen Faschismus sah, dazu über, unsere Probleme durch die Brecht'sche Brille des Exils zu untersuchen.

Auf diese Weise begann man, die Sehnsucht nach einem Land zu nähren, das sich für viele in das gelobte Land verwandelte, in dem alles möglich sein würde - als ob das Land, in dem wir geboren wurden, zu dem Zeitpunkt eingefroren worden wäre, als wir es verließen, und nur darauf wartete, wie im Märchen, daß wir zurückkehren, damit es weiterexistieren kann!

Aber über diesen Punkt ist viel geschrieben worden.

Diese Sehnsucht ergriff nicht nur von denen Besitz, die das Exil tatsächlich so lebten, daß sie versuchten, eine ihnen fremde und oft auch feindliche Welt zu bewältigen. Sie nährte auch viele, die - wie der Mersault bei Camus - sich in ihrem Herkunftsland so fremd fühlten wie wir selbst (wir haben diesen Schmerz auch in unserem Land kennengelernt!) und die durch dieses fremde Heimweh eine Verbindung zu Traumvorstellungen suchten, die ihnen ihr alltägliches Leben vorenthielt.

Aber es kommt ein Tag, an dem das Räderwerk der 'normalen' Welt es schafft, sich auch in unserem Denken zu drehen, mit dieser fremden, gewaltsam eingefügten, jedoch nie assimilierten Komponente, die wir selbst sind.

So kommt auch der Tag, an dem der Schrecken des sozialen Sturmes nachläßt und selbst die blutigsten Tyrannen alltägliche Tyrannen werden.

Es öffnen sich sogar einige Sicherheitsventile, und manche kehren gar zurück: einige, um heimtückisch massakriert zu sterben, andere, weil sie nie wirkliche Gründe hatten wegzugehen - außer der Angst, der so menschlichen Angst, die in der kleinen individuellen Welt genauso schwer wiegt wie im hochtrabenden "revolutionären" Curriculum; viele, weil sie im dunkelsten Augenblick nur daran dachten, dem Verfolgten zu folgen, mit dem sie verbunden waren.

Und die Nachrichten aus dem fernen Land werden greifbar!

Die verstummten Freunde beginnen zu schreiben. Einige wohnen noch immer in demselben Haus, das wir kennen, andere haben geheiratet oder sich scheiden lassen, haben weitere Kinder bekommen, ihre Arbeit gewechselt oder haben überhaupt keine, haben mit ihrer Partei oder mit ihrer Vergangenheit gebrochen, haben neue Verpflichtungen übernommen oder halten sich noch in den alten Schützengräben...

Und die Rückkehr fängt eines Tages an, sich als etwas Mögliches darzubieten, obwohl Listen und Dekrete das Gegenteil sagen.

Und das Scheitern der Kleintyrannen à la Chikago gibt zu größeren Hoffnungen Anlaß!

Dann beginnt etwas mit stärkerer Wucht in Erscheinung zu treten, das vielleicht nur wenige vermuten konnten - in dem Maße, wie sie Erfahrungen im Exil sammelten und dieses sich noch nicht in etwas Alltägliches verwandelt hatte: Plötzlich wird uns bewußt, daß über das Heimweh, dieses Leid, das die Erinnerung an Verlorenes verursacht, über die Strafen hinaus, zu denen wir vielleicht verurteilt worden sind, wir eine endlose Strafe anzutreten haben, die wir zusätzlich erhielten... und erst jetzt wird uns bewußt, daß wir auch zur Melancholie verurteilt worden sind.

Melancholie, wenn wir an eine hoffnungsvolle Idee denken, die nicht stirbt, eines Tages zur Gewißheit wurde und in einer Niederlage endete.

Melancholie, wenn wir an die Welt denken, die während unserer Abwesenheit existierte, die wir nicht erleben konnten und nicht mehr erleben werden.

Melancholie im Moment der Rückkehr, wenn wir an diese Welt denken, die wir kennenlernen mußten über ihre kulturelle Präsenz unter uns hinaus, in ihrer Alltäglichkeit, in ihren Tugenden und Fehlern; diese Welt, die mit der Zeit zu unserer Vergangenheit werden muß.

Es ist möglich, daß wir im Lauf unserer Tage entscheidende Fortschritte darin erzielen, unseren teuersten Träumen näherzukommen. Das wird uns ohne Zweifel Anlaß zu großer Freude geben; aber nichts - auch nicht die einstimmige Entscheidung des mächtigen Zentralkomitees - wird aus uns die Melancholie verbannen können

Ich sitze im Moment zwischen zwei Stühlen

Eine der Hauptforderungen der gesamten chilenischen Opposition gegenüber der Diktatur ist die bedingungslose Rückkehrmöglichkeit für alle Exilierten, deren offizielle Zahl zwischen 10 000 bis 30 000 liegt, während die chilenische Menschenrechtskommission von bis zu 200 000 Menschen spricht.

Auf zunehmenden Druck hin hat die Pinochet-Diktatur seit 1982 in unregelmäßigen Abständen Namenlisten veröffentlicht mit den Personen, die angeblich zurückkehren dürfen. Jedoch haben die psychischen Anspannungen und Probleme für die Exilierten dadurch nicht nachgelassen.

Zum einen Mal wurden bisher nur ca. 3500 Namen veröffentlicht, darunter Leute, die bereits nach Chile zurückkehrt sind, niemals des Landes verwiesen waren oder bereits gestorben sind. Außerdem bedeutet auf einer Liste zu erscheinen nicht automatisch, wirklich ins Land hineingelassen zu werden. In zahlreichen Fällen wurden Rückkehrer auf dem internationalen Flughafen in Pudahuel (Santiago de Chile) abgewiesen und mit der nächsten Maschine irgendwohin verschickt, weil die Grenzbehörden angeblich nicht unterrichtet waren. Oder es sind langwierige bürokratische Gänge notwendig, bis man in den Besitz ordnungsgemäßer Papiere gelangt.

In der Zwischenzeit hat das Regime das Listenverfahren abgeschafft. In Zukunft müssen alle Rückkehrwilligen individuell einen Antrag stellen bei der jeweiligen chilenischen Botschaft oder Konsulat ihres Aufenthaltslandes, der dann in Santiago im Innenministerium genehmigt oder abgelehnt wird. Damit soll offensichtlich das ganze Verfahren aus der Öffentlichkeit ins Private verlegt werden. Denn die Listen wurden bisher stets in den Zeitungen und im Radio des Landes bekanntgegeben und sorgten jedes Mal für viel Aufregung und Gesprächsthema unter den Chilenen im In- und Ausland.

A., eine Chilenin, die seit über 9 Jahren in West-Berlin im Exil lebt, gehört zu den Betroffenen. 1974 war sie nach eineinhalb Jahren Haft freigelassen und des Landes verwiesen worden. Im Sommer 1983 als sie bereits die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr nach Chile verloren hatte, erschien sie völlig überraschend auf einer der Listen. Sie nutzte die Gelegenheit für einen ersten kurzen Besuch in der wiedergewonnenen Heimat. Wie es ihr dabei ergangen ist und was sie dabei für Eindrücke gesammelt hat, darüber hat sich die FDCL-Frauengruppe mit ihr nach ihrer Rückkehr nach Berlin unterhalten.

F: Wie ist es zu deiner Rückkehr gekommen?

A: Da ich im Sommer 1983 sowieso eine Reise nach Peru geplant hatte, stellte ich von hier aus einen Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung in Chile, der aber abgelehnt wurde. 2 Tage vor meinem Abflug nach Lima bekam ich telefonisch von meinen Eltern Nachricht, daß ich auf einer der Rückkehrerlisten erschienen sei. Das kam für mich sehr überraschend. In meine Freude mischte sich aber auch Wut darüber, daß es erneut die Militärs waren, die über mein Leben, das Wann und Wie meiner Rückkehr nach Chile entschieden hatten. Ich empfand das als Gewalt. Bis zu meiner Einreise hatte ich noch eine Menge bürokratischer Schwierigkeiten. Ich bin in Lima zur chilenischen Botschaft gegangen und habe einen chilenischen Paß verlangt. Stattdessen bekam ich nach 2-3 Wochen eine Sondergenehmigung für 15 Tage Aufenthalt in Chile! (salvoconducto) In Pudahuel wurde mir diese abgenommen. Einige Tage lebte ich völlig ohne Papiere, bis ich endlich meinen Personalausweis und Paß erhielt. Ich hätte durch irgendwelche Umstände verhaftet werden und verschwinden können, ohne daß ich oder meine Verwandten meine Identität hätten nachweisen können.

F: Was war das für ein Gefühl für dich, nach so langer Zeit wieder nach Hause zurückzukommen?

A: Am 4. September 1983 bin ich nach Chile geflogen. Das Flugzeug war voll mit Exilierten und es herrschte eine komische Stimmung: Freude, Aufregung, Einsamkeit, ja sogar Angst und Ungewißheit. Man wußte ja nie, was passieren, wie man selbst reagieren würde. Ich hatte versucht, mich innerlich auf diesen Moment vorzubereiten. Mir war klar, daß ich nicht weinen wollte. Vielleicht ist das komisch, aber ich wollte mich nicht so schwach vor den Militärs zeigen. Es war für mich sehr merkwürdig, wieder in Chile zu sein. Ich hatte das Land als Gefangene verlassen und kam jetzt "frei" zurück.

F: Was waren deine ersten Eindrücke? Was hat sich für dich in Chile verändert?

A: Viel natürlich. In Chile hat sich viel verändert und ich habe mich auch verändert. Am Anfang war alles wie neu, unbekannt für mich. Das Haus zum Beispiel, wo ich als Kind und junges Mädchen lebte, ist abgerissen und dafür eine Straße gebaut worden. Auch an der Uni, wo ich studiert habe, ist alles anders. Ins Pädagogische Institut kann man jetzt ohne Studentenausweis nicht einfach mehr so rein und gucken was läuft oder in die Cafeteria gehen. Es wird alles kontrolliert. ...Wichtige Bezugspunkte meines früheren Lebens sind nicht mehr da. Zum Beispiel Freunde, die nicht mehr auffindbar sind, oder von denen ich jetzt mit Sicherheit weiß, daß sie tot sind. ... Dagegen habe ich mich mit Leuten meiner früheren Gewerkschaft wiedertreffen, die seit 10 Jahren verstreut waren und meinetwegen erneut zusammenkamen. Sie haben sich eigentlich kaum verändert, sind nur ein bißchen älter geworden. Von anderen Leuten jedoch, ehemaligen Schulkameraden oder Komilitoninnen fühle ich mich sehr entfernt. Es ist, als ob wir eine andere Sprache redeten.

...Auch die wirtschaftliche Krise macht sich immer mehr bemerkbar. In Chile wird auch die breite Mittelschicht zunehmend davon betroffen. Ich merke das zum Beispiel an meiner Familie. Früher war es üblich, sich zu Geburtstagen oder anderen Familienanlässen zu treffen und zu feiern. Jetzt ist das kaum mehr möglich, weil solche Familientreffen einfach zu teuer geworden sind. Die Hälfte meiner Verwandten sind arbeitslos oder schlagen sich mit Gelegenheitsjobs durch. Die Arbeitssituation hat sich enorm verschlechtert. Eine Freundin von mir arbeitet zur Zeit zum Beispiel als Sekretärin, von morgens 8 Uhr bis abends um 6 Uhr. Sie bekommt aber nur 8 Stunden bezahlt. Und wenn der Chef nach 6 Uhr noch etwas erledigt haben will, muß sie noch länger bleiben. Wenn sie sich wehrt, wird sie gleich entlassen. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen über 30%. Die Straßen und Busse sind voll von fliegenden Händlern, und das sind nicht nur die ganz Armen sondern ehemalige Arbeiter und Angestellte.

F: Hat das, was du in Chile erlebt hast ungefähr den Erwartungen entsprochen, die du dir von hieraus gemacht hast?

A: Ja und Nein. Ich bin immer ein politischer Mensch gewesen. Ich war in der Gewerkschaft gewesen und hatte auch von hieraus immer Kontakte zu Chile gehabt. Ich kann also sagen, daß ich über die politische Situation dort informiert war. Ich hatte auch das Gefühl, daß ich mich, wenn ich jetzt drüben geblieben wäre, ohne größere Probleme wieder in die politische Arbeit hätte integrieren können. Das ist vielleicht ein Vorteil, den ich gegenüber anderen Leuten habe. Denn ich habe mit vielen Leuten, Exilierten, die nach Chile zurück sind, gesprochen. Sie meinten, einige hätten unheimliche Schwierigkeiten, sich politisch wieder einzugliedern. Sie werden einfach nicht so akzeptiert. Für uns Leute, die wir immer politisch aktiv waren, ist das Exil ziemlich schwierig. In Chile haben wir uns als ein wichtiger Teil der Bewegung gefühlt, haben wir eine Rolle im politischen Entscheidungsprozeß gespielt. Und plötzlich befanden wir uns im Ausland, dazu verurteilt, nur Unterstützungsarbeit zu machen.

... Neu für mich waren einige Aspekte der sozialen Bewegung, die heute gegen die Diktatur protestiert. Früher waren es die linken Parteien, die den politischen Kampf anführten. Heute ist die Massenbewegung zwar immer noch stark ideologisch von diesen Parteien beeinflusst, ist organisatorisch jedoch sehr viel unabhängiger.

ger geworden, hat Formen entwickelt, die die alten Parteistrukturen in Frage stellen und die die Zukunft sicher bestätigen wird - wie die Frauenbewegung zum Beispiel.

F: Was kannst du uns über die Frauengruppen, die neue chilenische Frauenbewegung erzählen?

A: In den 30er Jahren gab es eine Bewegung zur Emanzipation der chilenischen Frau (MEMCH), es gab sogar eine feministische Partei. Aber mit der Zeit hat sich das alles aufgelöst. Die Frauen sind in die verschiedenen linken Parteien eingetreten, haben es für wichtiger gehalten, den Kampf innerhalb der Parteien zu führen, haben den Arbeiterkampf über die Frauenfrage gestellt.

Während der Zeit der Unidad Popular gab es Möglichkeiten, sich mehr mit den Forderungen nach Gleichberechtigung der Frauen etc. zu beschäftigen, aber von einer feministischen Bewegung konnte in dieser Zeit nicht gesprochen werden.

Erstaunlicherweise hat sich die Frauenbewegung erst in den letzten Jahren unter der Diktatur gegründet. Es waren zuerst die intellektuellen Frauen, die inspiriert von der nordamerikanischen und europäischen Frauenbewegung mit Frauenforschungsprojekten in Chile angingen, besonders nach 1975, als die Dekade der Frau von der UNO ins Leben gerufen wurde. Vor 5 Jahren gründete sich zum Beispiel unter dem Schutz der "Academia de humanismo cristiano" (eine Organisation der katholischen Kirche, die in Chile ziemlich fortschrittlich ist) der "Circulo de la Mujer (Frauenstudienkreis), ein Kreis intellektueller Feministinnen. Nach einiger Zeit fingen sie an, für andere Frauen aus verschiedenen Schichten Veranstaltungen und Seminare über für Frauen wichtige Themen zu machen: es geht um die Frauenrolle, die Stellung der Frau in der Gesellschaft, ihre Benachteiligung etc. So verbreitet sich allmählich die Diskussion über Frauenfragen.

Frauen aus einem anderen Frauenzentrum haben mit Frauen aus Elendsvierteln eine Diarerie über Sexualität gemacht. Die Frauen bilden dazu mit den Bewohnerinnen dieser Viertel feste Gruppen, die kontinuierlich über eine bestimmte Zeit arbeiten. Dieses Beispiel hat gezeigt, daß Frauen aus verschiedenen Schichten durchaus voneinander lernen können.

Das Spektrum von Frauenaktivitäten in Chile ist heute breit. Auch die Frauen aus den Elendsvierteln sind aktiv und spielen eine wichtige Rolle. Das kommt daher, daß Männer, die eine Arbeit haben, sich nicht so öffentlich an den Protestaktionen beteiligen, aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Es sind dann die Frauen, die etwas machen. Ich habe gesehen, wie eine ganze Gruppe von Frauen Barrikaden auf der Straße bauten.

Man muß auch hinzufügen, daß im allgemeinen die chilenischen Frauen nach dem Putsch eine wichtige politische Rolle gespielt haben. Die Repression hat eher die Männer getroffen als die Frauen, weil im Vergleich weniger Frauen politisch aktiv waren als Männer. Und jetzt sind es die Frauen und Mütter von Männern, die ermordet oder verschleppt worden sind oder im Konzentrationslager sitzen, die sich organisiert haben, um sich zu wehren. Es haben sich verschiedene Komitees gegründet, in denen vorwiegend Frauen mitarbeiten: comité de los asesinados por la junta, comité de las mujeres de los desaparecidos etc. Diese Komitees spielen und spielen in der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Sie haben immer gegen die Diktatur protestiert, haben Aktionen gemacht, sind ins Ausland gefahren, um die Verbrechen des Regimes zur Anklage zu bringen.

Natürlich sind nicht alle diese Gruppen in der neuen feministischen Bewegung. Es gibt auch Frauen, die in den verschiedenen Organisationen und Parteien engagiert sind und vom Feminismus nichts wissen wollen. Das führt natürlich zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen.

1983 wurde jedoch die Bewegung MEMCH 83 ins Leben gerufen, eine Art Koordination Widerstandsorganisation, in der fast alle Frauengruppen vertreten sind, unabhängig davon, ob sie Feministinnen sind oder nicht. Sie vereinbaren Aktionen, zum Beispiel zu den Protesttagen, Flugblätteraktionen oder "sit ins" vor öffentlichen Gebäuden oder auf der Straße.

Die Frauenbewegung in Chile ist noch jung aber es ist offensichtlich, daß viele Frauen Interesse haben, neugierig sind, zu erfahren, was es mit dem Feminismus auf sich hat.

F: Wie hat dich selbst die Begegnung mit der Frauenbewegung in Europa beeinflusst?

A: Ich bin von der Frauenbewegung hier geprägt und komme mit anderen Augen nach Chile zurück. Ich spüre, daß es schwierig für mich werden kann. Das reaktionäre System der Diktatur greift weit in die persönlichen und sozialen Verhältnisse der Leute ein ...

Die Familienstrukturen haben sich gefestigt. Zu meiner Zeit war es ziemlich üblich, daß unverheiratete Paare zusammenlebten, heute ist das verpönt. Chile lebte die vergangenen 9 Jahre im Ausnahmezustand, da mußte man abends zu Hause sein. Außerdem führt die wirtschaftliche Krise dazu, daß immer mehr junge Leute bei ihren Eltern wohnen müssen, weil sie keine Miete bezahlen können. Auf der anderen Seite bietet die Familie auch einen gewissen Schutz ...

Viele meiner Freundinnen und Freunde sind unzufrieden mit ihren Beziehungen, viele leben alleine, ohne Partner. Gerade zwischen Leuten, die politisch aktiv geblieben sind, herrscht Mißtrauen, Angst, gibt es keinen Raum, offenere Beziehungen zu leben. Es herrscht das Mythos des Kämpfers: "Ich arbeite seit 10 Jahren im Untergrund und kann mir keine Beziehung leisten".

Ich habe einen Freund wiedergetroffen, der bis heute noch im Untergrund arbeitet. Er hat mich in einer sterilen Atmosphäre empfangen, hat mir weder ein Bier, Wein oder Kaffee angeboten und wir haben 5 Stunden lang nur über Politik geredet. Kein Wort darüber, wie er persönlich die 10 Jahre Diktatur überstanden hat, wie ihn das geprägt hat. Kein Wort auch darüber, wie es mir in den langen Jahren des Exils ergangen ist. Der Untergrund und die Politik sind eine Art Religion geworden. Ich habe das wie eine Entfremdung empfunden.

Es gibt aber auch Männer, die die Rolle des Widerstandskämpfers weidlich ausnützen. Die haben nicht nur eine Frau, sondern mehrere, die sie bei Belieben abrufen können. Und viele Frauen spielen dabei mit. Die finden es ganz toll, wenn sie mit so einem Helden auftreten können. Das verschafft ihnen - zumindest vorübergehend - ein besseres Ansehen in diesen Kreisen.

F: Glaubst du, daß das, was du in Chile erlebt hast, dich deine Situation hier in Berlin anders sehen läßt?

A: Ich weiß es noch nicht. Klar ist, daß ich so bald wie möglich nach Chile zurückkehren will, obwohl für mich darin auch ein Risiko liegt. Vorher habe ich gedacht, daß ich auf mein Leben hier in Berlin verzichten könnte. Aber als ich dann in Chile war, habe ich das hier vermißt und zwar nicht nur meine Familie. Ich befinde mich im Moment zwischen zwei Stühlen. Hier in Berlin habe ich einen Platz gefunden. In Chile muß ich praktisch von vorne anfangen.

Dabei immer konsequent zu bleiben, wird schwierig sein, weil der Außendruck so stark ist. Es kann sein, daß du deine Haltung unbewußt veränderst. Zum Beispiel mit der Kleidung. Du mußt dich anständig anziehen, wenn du einen Job willst: Stöckelschuhe, Rock sowieso. Und plötzlich bist du auch beim Friseur oder du schminkst dich wieder. Das geht ganz schnell.

F: Hat das, was du in Chile erlebt hast auch deine politische Arbeit hier beeinflusst?

A: Nein, ich werde weiter politisch arbeiten, obwohl ich denke, daß manche Diskussionen, die hier im Exil geführt werden, nicht wichtig für die Situation in Chile heute sind. Exil bedeutet Entfremdung. Die Entfernung von dem Ort, wo die Sachen passieren ist zu groß. Wir haben kein politisches Betätigungsfeld hier, alles ist künstlich und konstruiert. Die Entscheidungen fallen in Chile und wenn ich dabei sein will, muß ich zurück.

... Es ist klar, daß die Frauen, die zurückkehren, auf die Solidarität hier angewiesen sind. Es ist zur Zeit unmöglich, in Chile eine Arbeit zu finden. Daher ist es wichtig, daß die Frauen zumindest für die Anfangszeit von hier aus eine Unterstützung bekommen. Es ist jedoch schwierig, in Chile Frauenarbeit zu machen, weil die Konkurrenz zwischen den feministischen Forschungsgruppen, der Kampf um Finanzierung und Stipendien groß ist. Ich bin auch nicht damit einverstanden, daß der größte Teil der Auslandsunterstützung nur an die intellektuellen Frauen

und ihre Projekte geht, während die Selbsthilfe- und Basisgruppen von Frauen der unteren Schichten zu kurz kommen. Außerdem frage ich mich, was es für die Mehrheit der chilenischen Bevölkerung bringt, wenn ich mit einem Forschungsprojekt, mit einer Schreibtischarbeit zurückkehre. Das sind Fragen, die wir innerhalb der Frauen-solidaritätsbewegung diskutieren müssen. Ich verstehe meine Aufgabe mehr darin, zu einer echten Zusammenarbeit mit den Frauen dort zu kommen, gemeinsam zu lernen und zusammenzuwachsen. Wie das konkret aussehen kann, weiß ich allerdings auch noch nicht.

mujeres
por la vida



"Demokratie jetzt und nicht erst morgen"

Unter diesem Motto fand am 29. Dezember 1983 im Theater Caupolicán in Santiago eine der außergewöhnlichsten Veranstaltungen der chilenischen Opposition in den vergangenen 10 Jahren statt.

Frauen der verschiedensten Gruppen und Organisationen hatten dazu aufgerufen und 10 000 Frauen kamen und füllten das Theater bis auf den letzten Platz. Es herrschte eine außerordentlich solidarische Stimmung und der gemeinsame Wille vor, die Diktatur zum Sturz zu bringen.

Die Veranstalterinnen hatten auf lange Reden und große Persönlichkeiten verzichtet. Es gab keine politischen Diskussionen und keine Parteibanner. Stattdessen Lieder, Tänze, Sketche, sprachen Frauen aus verschiedenen Schichten über ihre persönliche Lebenssituation unter der Diktatur. Eine Arbeiterin beschloß ihre Ansprache mit einem Aufruf zum Generalsstreik, "damit Pinochet 1984 endlich geht".

Zum Schluß verabschiedeten alle Frauen folgende Erklärung:

"Wir erklären hiermit unsere permanente Mobilisierungsbereitschaft, ohne Waffenstillstand und Atempause. Nur in der gemeinsamen Aktion können wir die lähmende Angst überwinden. Nur in der gemeinsamen Aktion können wir das Sektierertum besiegen. In jedem Stadtteil, in jedem Arbeiterviertel, in jedem Dorf, in jeder Stadt und in jeder Organisation müssen wir für die gemeinsame Sache kämpfen. Unsere entschlossene Stimme, unsere verantwortungsvolle Aktion muß unseren Willen einen, damit wir der schwarzen Nacht der Diktatur ein Ende bereiten. Wenn wir heute hier sind, so müssen wir morgen zu Millionen auf den Straßen sein. Denn wir werden immer mehr. Das ist die Aufgabe, die wir heute übernehmen: eine umfassende und echte Demokratie aufzubauen, die die Menschenrechte respektiert. FÜR DAS LEBEN!"

CHILE

Chronologie der Ereignisse 1983

JANUAR

13. Zusammenbruch von drei Finanzierungsgesellschaften; fünf weitere werden unter Staatsaufsicht gestellt.
31. Eintausenddreihundert Gewerkschaftsfunktionäre fordern ein Plebiszit zur Frage des Fortbestandes oder der Beendigung des Militär-Regimes.

FEBRUAR

14. Kabinettsumbildung. Carlos Cáceres ersetzt Rolf Lüders (inzwischen verhaftet!) als Finanzminister.
22. Rodolfo Seguel wird neuer Vorsitzender der Konföderation der Kupferarbeiter.

MÄRZ

12. Oppositionspolitiker der verschiedensten Tendenzen unterzeichnen das "Demokratische Manifest".

APRIL

21. Führer der Kupferarbeiter verkünden für Mai einen Generalstreik, der später in einen "Nationalen Protesttag" umgewandelt wird.

MAI

4. Msgr. Juan Francisco Fresno, der bisherige Bischof von La Serena, wird zum neuen Erzbischof von Santiago designiert - als Nachfolger von Raul Kardinal Silva Henríquez
11. Erster "Nationaler Protesttag" (Kochtöpfeschlagen, Hupkonzerte etc.), dem sich überraschend viele Chilenen - auch in den bürgerlichen Stadtvierteln von Santiago - anschließen.
14. Operation "Durchkämmen" ('peineta') in den Elendsvierteln am südlichen Stadtrand von Santiago
18. Rafael Retamal wird zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes ernannt.
20. Das 'Nationale Kommando der Arbeiter' wird gegründet.

JUNI

14. Zweiter Protesttag
15. Rodolfo Seguel wird verhaftet.
17. Pinochet kündigt die Beendigung der Zensur von Büchern an!
21. Die Rückkehr bekannter chilenischer Exilierter wird gestattet und öffentlich bekannt gegeben.

JULI

9. Gabriel Valdés und Jorge Lavandero, designierter Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten der eine und prominenter Vertreter des linken Flügels der DC der andere, werden verhaftet.
12. Dritter Protesttag. Ausgangssperre von 20 bis 24.00 Uhr

AUGUST

6. Die DEMOKRATISCHE ALLIANZ wird gegründet, ein Bündnis aus Christdemokraten, Radikalen, Sozialdemokraten, republikanischen Rechten und Teilen der Sozialisten. Zum ersten Mal wird öffentlich der Rücktritt Pinochets gefordert.
10. Sergio Onofre Jarpa ersetzt Enrique Montero Marx als Innenminister.
11. Vierter Protesttag. Ausgangssperre ab 18.00 Uhr. Pinochet zieht in Santiago 18.000 Soldaten zusammen. Es gibt 29 Tote, eine Zahl, die sich in den nächsten Tagen auf mindestens 37 erhöhen sollte.
25. Erstes Treffen Jarpa-Demokratische Allianz. Der Minister weist die Forderung nach dem Rücktritt Pinochets zurück.
26. Der seit fast zehn Jahren andauernde Ausnahmezustand wird aufgehoben.
30. General Carol Urzoa, Intendent (Bürgermeister) von Santiago, wird von einem bewaffneten Kommando erschossen.

SEPTEMBER

5. Zweites Treffen Jarpa-Demokratische Allianz
6. Gründung des "SOZIALISTISCHEN BLOCKS", Oppositionsbündnis aus der Christlichen Linken (IC), MAPU, MAPU-OC und einer anderen Fraktion der Sozialisten
- 8./9./10./11. Fünfter Nationaler Protest.
11. Zehnter Jahrestag des Militärputsches
20. Gründung der "DEMOKRATISCHEN VOLKSBEWEGUNG", Bündnis aus Kommunisten, einer weiteren Fraktion der Sozialisten und mit der indirekten Unterstützung des MIR
22. Landbesetzung und Gründung der beiden campamentos "Msgr. Fresno" und "Cardenal Silva" in La Granja, einem südlichen Vorort von Santiago
25. Die Unternehmer schließen sich in der "Unabhängigen Demokratischen Union" zusammen.
29. Drittes Treffen Jarpa-Demokratische Allianz

OKTOBER

5. Protestdemonstration oppositioneller Jugendlicher.
- 11./12./13. Sechster Protest, dem sich die Demokratische Allianz nicht anschließt.
20. Die Demokratische Allianz erklärt den Dialog mit Jarpa für beendet und ruft zu Bürgerversammlungen auf.
27. Siebenter Protest.

NOVEMBER

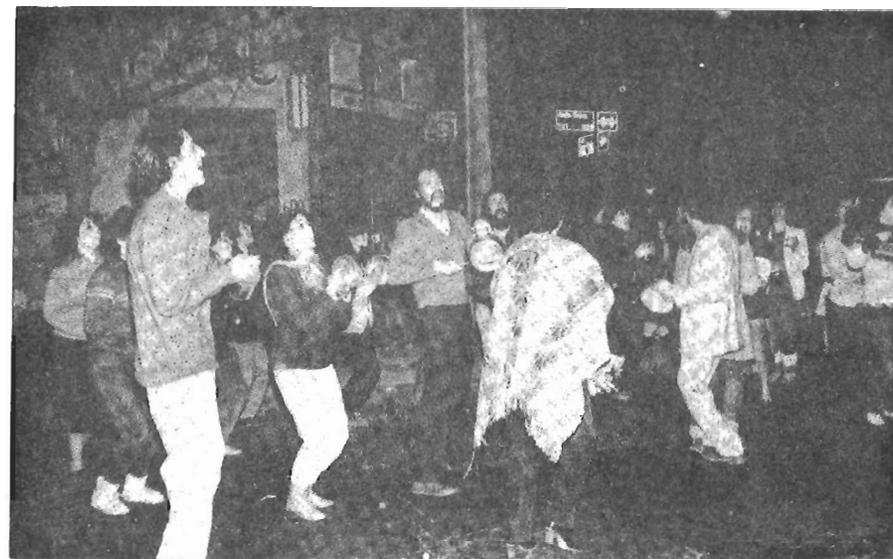
11. Sebastian Acevedo wird Opfer einer Selbstverbrennung in Concepción, durch die er die Freilassung seiner Kinder fordert, die vom CNI festgenommen und an einem geheimgehaltenen Ort gefangen gehalten wurden.
18. Protestdemonstration im O'Higgins-Park von Santiago mit weit über 500.000 Teilnehmern
27. Die Bewegung der Nationalen Union der Rechten wird gegründet.

DEZEMBER

2. Kath. Universität von Valparaiso: zum ersten Mal gewinnt die Opposition die Mehrheit in der Studentenvertretung (seit die Universitäten unter die Kontrolle der Militärbehörden - die meisten Rektoren sind Generäle - gestellt worden sind).

7. Beendigung des staatlichen Mindestbeschäftigungsprogramms PEM in der Hauptstadt und Einschränkung des zweiten entsprechenden Programms POJH
9. Zum zehnten Mal in ununterbrochener Reihenfolge nimmt die UNO-Vollversammlung eine Resolution an, in der gegen die Verletzung der Menschenrechte in Chile protestiert wird.
13. Das neue Bergbaugesetz - mit erheblicher Auswirkung auf die künftige Kupferpolitik in Chile - tritt in Kraft.
15. Kabinettskrise: Rücktritt des Außenministers Miguel A. Schweitzer und Ernennung von Jaime Del Valle für den Posten. Del Valle wird seinerseits von Hugo Rosende als Justizminister (dessen Vorgängerin war Monica Madariaga) ersetzt.

Quelle: APSI Nr. 133



Zur Mittelamerika-Solidarität

Positionspapier des El Salvador-Komitees Berlin

Zu einem Zeitpunkt, wo sich Nicaragua von der direkten militärischen Invasion bedroht sah, kam die Aufforderung an die europäische Solidaritätsbewegung, Arbeitsbrigaden nach Nicaragua zu entsenden. Daraufhin wurden von verschiedenen Gruppen Kampagnen gestartet und im Dezember 1983 Gesundheits- und Erntebri-gaden nach Nicaragua geschickt. Ende Januar werden weitere Gesundheitsbrigaden und im Februar Aufbaubrigaden nach Nicaragua fahren. Gleichzeitig sind in der BRD und Westberlin verschiedene Aktionen zur politischen Unterstützung und finanziellen Absicherung der Kampagne angelaufen.

In der Vorbereitungsphase der Kampagne „Arbeitsbrigaden für Nicaragua“ sind eine Reihe von Konfliktpunkten über die politische Stoßrichtung unter den beteiligten Gruppen aufgebrochen. Die Differenzen haben zu drei verschiedenen Aufrufen (‘Waffen für El Salvador-Brigaden für Nicaragua’, ‘Frieden für Nicaragua’, ‘Keine US-Intervention in Mittelamerika-Arbeitsbrigaden für Nicaragua’) geführt. Trotzdem gelang es, eine gemeinsame Koordination herzustellen, in der die inhaltlichen Differenzen aber immer wieder aufbrachen und ihren Ausdruck oftmals in Organisations-hick-hack und Streitereien um Formalitäten fanden und zuletzt zu einem 4. Aufruf (siehe Rundbrief der zentralen Infostelle Wuppertal) führten. Dieser Aufruf soll nun künftiger Minimalkonsens werden und den politischen Hintergrund für die Arbeitsbrigaden darstellen.

Um die unproduktive Auseinandersetzung zu beenden, wollen wir im folgenden zur inhaltlichen Auseinandersetzung zurückkehren und nochmals begründen, warum wir eine gekoppelte Kampagne „Waffen für El Salvador - Brigaden für Nicaragua“ für notwendig halten.

Der mittelamerikanische ‘Konflikt’ ist ein regionaler und die einzelnen Länder können nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Die ungehinderte Durchsetzung von US-Interessen in Mittelamerika wurde durch die erfolgreiche Revolution in Nicaragua grundsätzlich in Frage gestellt. Durch wirtschaftliche und politische Einflußnahme und den verstärkten Ausbau einer militärischen Infrastruktur in dieser Region versuchen die USA mit allen Mitteln das Kräfteverhältnis wieder zu ihren Gunsten zu wenden. Alle Anstrengungen auf dieser Ebene sind aber bisher am Widerstand der Befreiungsbewegungen gescheitert, wodurch die kriegsrische Lösung zum

Hauptdruckmittel geworden ist. Zur Erreichung der politisch-militärischen Ziele (d.h. die Zerschlagung der Befreiungsbewegungen) müssen die USA feinfühliges politisches Geschick an den Tag legen, um ihren Willen den mittelamerikanischen Ländern weiter aufzwingen zu können. Gleichzeitig werden die militärischen Eskalationsschritte vorbereitet, die die Widerstands-bewegungen in die Knie zwingen sollen. Ein altbewährtes Mittel solche Absichten unter den Augen der Weltöffentlichkeit durchzusetzen ist, eine Situation zu schaffen, die schwer durchschaubar und widersprüchlich erscheint. Diesem Ziel dienen u.a. die Vielzahl von Aktivitäten und diplomatischen Initiativen wie die verschiedenen Mittelamerika-Kommissionen, ständige Beantragungen und Realisierungen von Militär- und Wirtschaftshilfe, widersprüchliche politische Stellungnahmen etc., die einerseits den Druck auf die FMLN und die Sandinisten erhöhen und andererseits die militärischen Schritte verschleiern sollen.

Innerhalb von kürzester Zeit wurde Honduras zur US-Militärbasis ausgebaut. Vor den Küsten Mittelamerikas kreuzen Kriegsschiffe mit 15.000 Marineinfanteristen und Besatzungsmitgliedern. Die Truppen stehen bereit zur Invasion.

Durch die offene militärische Aggression von Honduras aus, ist Nicaragua gezwungen einen Krieg in seinen Grenzregionen zu führen, die Gesellschaft zu militarisieren, Kräfte zur Verteidigung einzusetzen, die beim Aufbau des Landes fehlen. Aus dieser Sicht halten wir die Brigaden für einen notwendigen und richtigen Schritt, der dazu beitragen soll, Lücken in der Produktion und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung schließen zu helfen, um damit die Verteidigung zu erleichtern und die internationale Öffentlichkeit zu erhöhen.

Die konkrete Unterstützung zur Verteidigung der nicaraguanischen Revolution darf aber nicht über die Kriegsziele der USA in der gesamten Region hinwegtäuschen. Das Beispiel Grenada hat schlagartig deutlich gemacht, daß die USA skrupellos jeden politischen Fehler der Linken zur militärischen Aggression nutzen.

Neben der sandinistischen Regierung ist die FMLN in El Salvador Hauptangriffsziel der USA. Noch vor vier Jahren lieferten die USA „nur Polizeiausrüstung“ (kugelsichere Westen, Tränengas, Gasmasken, Schutzkleidung, Fotoausrüstung, militärische Ausbildung) im Wert

von ca. 1 Mio. Dollar an die Regierung El Salvadors, ohne damit wirksam das Anwachsen der revolutionären Bewegung verhindern zu können. Heute wird die Gesamtunterstützung für das salvadorensische Regime in Form von unmittelbarer Wirtschafts- und Militärhilfe, Ausbildung von Elitetruppen und Unterhaltung von Militärberatern etc. auf 1 Mio. Dollar pro Tag geschätzt.

Vor diesem Hintergrund steht die Notwendigkeit auch der politisch-materiellen Solidarität mit der FMLN. Das Anwachsen der politischen und militärischen Stärke der FMLN und ihre Entwicklung hin zur schlagkräftigen Volksbefreiungsarmee hat ihren materiellen Bedarf erweitert. Dies gilt sowohl für den militärischen Aspekt als auch für die Ausweitung und Stabilisierung der Infrastruktur in den befreiten Gebieten (Poder Popular), in die immer größere Teile der Bevölkerung einbezogen werden und deren Versorgung sichergestellt werden muß. Die politisch-diplomatischen Initiativen der FMLN und ihre Dialogbereitschaft sind nur auf der Grundlage ihrer militärischen Stärke möglich.

Die FMLN braucht Geld. Das verbale Bekenntnis zur Solidarität reicht nicht aus. Der Fluß an Spendengeldern ist im letzten Jahr um mehr als 50% zurückgegangen. Die Ursachen hierfür liegen einmal in der Länge des Krieges, nachdem sich die Hoffnungen auf einen kurzfristigen, siegreichen Volksaufstand nicht erfüllt hatten und auch in den internen ‘Linienkämpfen’ innerhalb der FMLN, die ihrem Ansehen geschadet und zur Verunsicherung geführt haben. Zum anderen liegen sie in der politischen Wirklichkeit hier, wo die konjunkturelle Mittelamerikabegeisterung nicht in langfristigem Engagement stabilisiert werden konnte und die Kriege in der sog. 3. Welt aus der Friedensdiskussion weitgehend ausgeblendet wurden. Mit unserem Aufruf „Waffen für El Salvador - Brigaden für Nicaragua“ wollen wir dieser Entwicklung entgegenwirken. „Waffen für El Salvador“ heißt, die militärische und politische Stellung der FMLN durch materielle Unterstützung konsolidieren und ausbauen helfen; das heißt, direkte Unterstützung des gesamten revolutionären Prozesses.

Die Notwendigkeit der Solidarität mit El Salvador und die regionale Dimension der Solidaritätsarbeit wird durch die jüngsten US-Initiativen erneut deutlich: Die von der Kissinger-Kommission ausgearbeitete langfristige Strategie schlägt eine Vervierfachung der Hilfe an das Regime in El Salvador vor, die die endgültige Vernichtung der FMLN gewährleisten soll. Darüberhinaus sind Milliardenhilfen an die reaktionären Regierungen Mittelamerikas und an die Contra geplant. Dieses Hilfsprogramm sieht

erstmalig auch eine Einbindung der NATO-Länder und des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor, wodurch nicht nur der US-Haushalt weniger belastet, sondern vor allem auch die politische Verantwortung für die Interventionspolitik Reagens von diesen Ländern - auch von der BRD - mitgetragen werden soll.

Neben ihren eigenen ökonomischen Interessen in Mittelamerika (deutsche Handelsunternehmen, Banken, Konzerne) stellt die BRD durch die bereits beschlossene Entsendung eines Botschafters nach El Salvador und die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe ihre Verlässlichkeit als Bündnispartner der USA unter Beweis. Gleichzeitig werden seit Jahren bewilligte Kredite an Nicaragua in Höhe von 40 Mio. DM nicht zur Auszahlung freigegeben.

Inhalt unserer Solidaritätsarbeit muß immer auch politische Aufklärungsarbeit über die Ursachen und Bedingungen der Befreiungskämpfe in der ‘Dritten Welt’ sein, es gilt Bewußtsein zu schaffen für die ökonomischen und politischen Interessen der BRD in Mittelamerika, um darüber letztendlich auch einen Beitrag zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen hier zu leisten. Eine Solidaritätsbewegung, die die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Veränderung hier wie dort nicht sieht und nicht zum Inhalt ihrer Arbeit macht, verkommt zu einer reinen Patenschaftsbewegung.

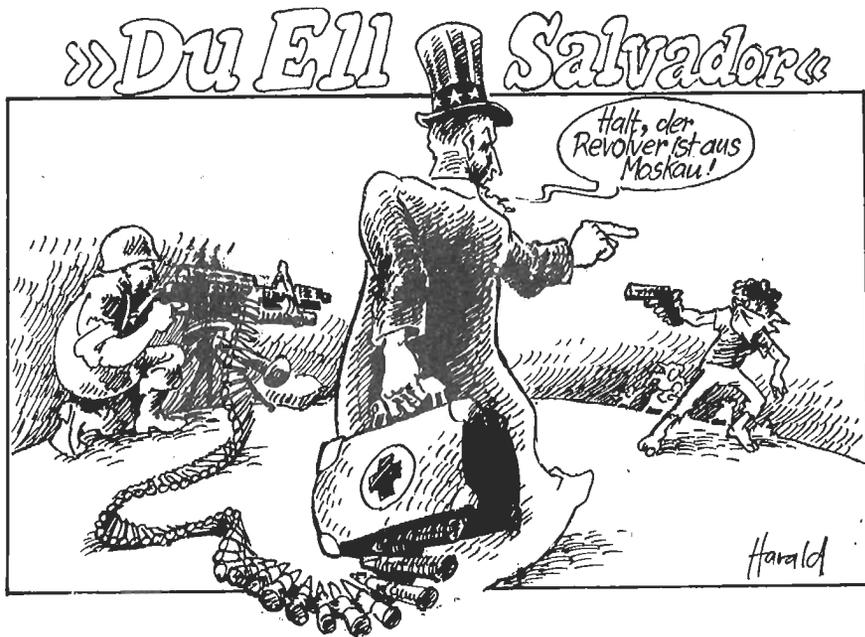
Eine sich politisch verstehende Solidaritätsarbeit erfordert eine eindeutige Stellungnahme zu allen Widerstands- und Kampfformen der Befreiungsbewegungen. Die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes kann nicht ernsthaft in Frage gestellt werden. Diese Erkenntnis hat sich im Zuge der Kampagne „Waffen für El Salvador“ vor drei Jahren nicht nur in der gesamten Solidaritätsbewegung, sondern bis weit in liberale Kreise hinein durchgesetzt und den Erfolg der Kampagne begründet. Diese Erkenntnis scheint inzwischen jedoch weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. Die Entwicklung der politischen Auseinandersetzung in der BRD ist von der Gewaltfreiheitsdiskussion der Friedensbewegung stark beeinflußt. Die verabsolutierende Tabuisierung der Gewalt, losgelöst von ihrem sozialen und historischen Zusammenhang, verunmöglicht eine profunde politische Analyse und damit eine effektive Solidaritätsarbeit. Die Solidaritätsbewegung läuft Gefahr, hinter ihrem schon einmal erreichten Erkenntnisstand zurückzufallen. Unser Aufruf „Waffen für El Salvador - Brigaden für Nicaragua“, der in der gegenwärtigen politischen Kultur sicher provokativ wirken muß, hat nicht zuletzt zum Ziel, eben diese verdrängte Diskussion wiederzubeleben und Tabuisierungen aufzubrechen. Wer

meint, diese Diskussion als Ausdruck von Waffenfetischismus abtun zu können, versucht durch Schaffung eines vordergründigen Feindbildes nur sein Tabu zu retten.

Auch die Argumentation, daß eine einheitliche Kampagne „Waffen - Brigaden“ eine breite Mobilisierung verhindern und potentielle Bündnispartner abschrecken würde, setzt sich dem Verdacht aus, dieser notwendigen Diskussion aus dem Wege gehen zu wollen. Abgesehen davon, ist diese Behauptung durch nichts belegt. Ebensovienig, wie wir unsere Politik den Waffen unterordnen dürfen (wie die Lateinamerika-Nachrichten sehr richtig bemerken), dürfen wir ein kurzfristig taktisches Kalkül über die politischen Notwendigkeiten stellen.

Doch nicht nur opportunistische Überlegungen scheinen der Grund dafür zu sein, daß es z.Zt. für nicht angebracht gehalten wird die FMLN El Salvadors in die Solidaritätskampagne miteinzubeziehen, ebensowenig wie die Guerilla in Guatemala, sondern die Gruppen, die die Solidaritätskampagne auf Nicaragua eingrenzen wollen,

schließen die anderen mittelamerikanischen Länder, die sich im Befreiungskampf befinden, aus der praktischen Unterstützung aus. Die Parole „Frieden für Nicaragua“, die auf die Friedensbewegung zielt, soll zentrale Bedeutung erhalten, auch wenn dieser „Frieden“ nur unter Aufgabe der revolutionären Errungenschaften zustande käme. Diese Einschätzung beruht auf den Erfahrungen mit Teilen der Friedensbewegung, die ihre politischen Ziele nicht an den gesellschaftlichen Widersprüchen orientieren, sondern an einem abgehobenen Friedensbegriff, der in moralischen Appellen schwimmt. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß Nicaragua als „Insel des Friedens“ existieren könnte, wenn ringsum Unterdrückung und Krieg herrschen und reaktionäre Regime im Sinne der US-Politik funktionieren. „Waffen für El Salvador“ bedeutet auch direkte Unterstützung für Nicaragua. Denn Nicaragua wird erst dann endgültig Frieden finden, wenn die Revolution in ganz Mittelamerika gesiegt hat. Der nächste Schritt hierzu ist der Sieg der FMLN in El Salvador.



Leserbrief

Liebe Leute,

Ich komme leider erst heute dazu, Eure Fragen bzw. einige Eurer Fragen zu beantworten. Managua ist eine Gerüchteküche. Zu viele Interessen sind im Spiel, und ich weiß oft nicht mehr wem und was ich glauben soll. Bei der Beantwortung Eurer Fragen habe ich manchmal etwas weiter ausgeholt, denn es geht uns ja nicht darum, irgendwelche Neugierde zu befriedigen oder um die Problematik FPL ansich, sondern um eine grundsätzliche Diskussion innerhalb der Linken, die über die FPL, FMLN oder El Salvador hinausgehen sollte.

1. Die Frage, ob Marcial den Mord an Ana Maria befohlen hat, ist eine Glaubensfrage. Stichhaltige Beweise hat keiner, weder dafür noch dagegen. Marcelo, der die Killer von Ana Maria befohlen hat, soll der Kronzeuge sein für Marcials Schuld. Selbst vor einem bürgerlichen Gericht nicht sehr überzeugend. Marcial selbst erklärte sich in seinen "verschwindenen" Abschiedsbriefen für unschuldig; 40 Jahre revolutionäre Aufrichtigkeit müßten als Beweis ausreichen, meinte er.

2. Zur Spaltung der FPL: Es gibt erstens eine sogenannte "Fraktion". Sie erkennt die jetzige Führung der FPL nicht an, hat aber selbst keinen Namen. Dann ist zweitens die "Revolutionäre" Arbeiterbewegung - MOR - Salvador Cayetano Carpio" aufgetaucht. Sie versteht sich als Massenorganisation (so was wie vormals der BPR vielleicht?) Das Verhältnis zwischen MOR und der "Fraktion" ist mir nicht ganz klar. Ihre politischen Ziele scheinen dieselben zu sein, und die "Fraktion" steckt wahrscheinlich hinter der MOR. Über die Stärke der "Fraktion"/MOR gibt es keine zuverlässigen Angaben. Wir müssen noch weiter abwarten. Tut mir leid.

3. Wenn über die Differenzen innerhalb der FMLN - (FDR) gesprochen wird, fallen immer wieder Begriffe wie Einheit, Verhandlungen, langfristiger Volkskrieg bzw. Aufstandsstrategie usw. Aber dahinter steht immer die Diskussion, was für einen Charakter soll und kann diese Revolution haben, welche Klasse, welches Bündnis soll und kann sie zu einem Sieg führen. Diese Frage war im Falle Nicaraguas leichter zu beantworten, denn es ging praktisch darum, den von allen gehaßten Diktator zu stürzen. Aber in El Salvador herrscht ein Bürgerkrieg, und die Revolutionäre bekennen sich (oder bekannten sich) zum Marxismus-Leninismus, was immer das konkret für sie heißt oder hieß. Niemand aber hat bisher behauptet, daß nach dem Sieg - wie auch immer der zustande kommt - der Sozialismus eingerichtet werden soll, einige sprechen von einer Übergangsregierung, die zum Sozialismus führt.

Mittlerweile haben sich alle innerhalb der FMLN (jetzt auch FPL) und FDR über den Charakter der Revolution geeinigt: sie wird fürs erste antiimperialistisch und antioligarchisch sein. Dabei habe ich den Eindruck, daß für viele in El Salvador antiimperialistisch eher für "nationalistisch" steht (und nicht antikapitalistisch, nach der leninistischen Imperialismusdefinition, als höchstes Stadium des Kapitalismus); und antioligarchisch für eine Einbeziehung der "nationalen" Bourgeoisie steht (wobei andere behaupten, daß es diese in Lateinamerika und erst recht in El Salvador nicht gibt.) Also welchen Charakter wird die Revolution dann letztendlich haben? Sozialistisch? Bürgerlich demokratisch?

Ich weiß, über Klassen zu reden, ist in der BRD schwierig geworden, da es bei uns längst nicht mehr um die Klassenfrage geht, sondern um die Gattungsfrage (konkret Atomkrieg, Umweltzerstörung). Aber glaubt mir, in El Salvador gibt es sie noch.

Die Frage ist, wie sieht die Klassenanalyse in El Salvador aus. Nicht wie einige sie sich wünschen oder andere sie für ihre Ziele "hinbiegen", sondern wie sie tatsächlich aussieht. Eine Klassenanalyse hier in 5 Sätzen aufzutischen, hieße der Sache nicht zu entsprechen. Deshalb möchte ich Euch die erste zu El Salvador erschienene Broschüre von Harald Jung ("Soziale Kämpfe ...", bei der ILA in Bonn

herausgegeben) wärmstens empfehlen. Darin findet ihr eine gute Klassenanalyse der salvadoreanischen Gesellschaft. Auch die Programmatische Plattform der FDR/FMLN von 1980 "Revolutionäre demokratische Regierung", die ihr vergleichen solltet mit der in diesen Tagen wahrscheinlich erscheinenden neuen Plattform.

Zu der nationalen Klassenanalyse muß die internationale hinzugezogen werden, die besonders im Hinblick auf die Durchführbarkeit einer Revolution eine wichtige Rolle spielt. Hier gibt es sowohl innerhalb des Feindes verschiedene Interessen, Vorgehensweisen, wie auch bei den Freunden. Das Verhältnis zwischen den inneren und den äußeren Bedingungen, die den Charakter und die soziale Vorhut der Revolution bestimmen, ist deshalb nicht leicht festzumachen. Und wenn noch dazukommt, daß in Mittelamerika durch eine Regionalisierung des Konflikts (was ja schon stattfindet) andere Revolutionen aufs Spiel gesetzt werden, stellt sich noch zusätzlich die Frage: wo hören die Interessen einer Revolution auf, und wo fangen die einer anderen an. Gibt es so etwas überhaupt wie die Weltrevolution? Was heißt proletarischer Internationalismus.

Ich stelle mir selber diese Frage, nicht weil ich herausfinden will, ob und in wieweit ich die Revolution in El Salvador unterstützen kann, sondern weil es wichtig ist, jeden Schritt nachvollziehen zu können (soweit wie möglich), erstens für meine eigene politische Bildung und Arbeit und zweitens, um nicht übermorgen vielleicht enttäuscht sagen zu müssen: also, daß es so kommen könnte, habe ich nie gedacht! (Beispiele fehlen wohl keinem). Die Nicas gehen vielen dieser Fragen geschickt aus dem Weg, indem sie mit "Sandinismo" antworten. Farabundismo in El Salvador? Das mit dem Charakter und der Durchführbarkeit ist so 'ne Sache. Die FPL und später der Revolutionäre Volksblock - BPR - wurden von Anfang an als Linksradikale, Abenteurer, Sektierer usw. beschimpft. Die KP hat ihnen immer wieder vorgeworfen, daß sie durch Anwendung von Gewalt die politische Arbeit für alle nur erschweren würden. (Ja, die Gewaltfrage wurde auch in El Salvador lange diskutiert). Merkwürdigerweise gelang es diesen "Sektierern", zur weitaus größten Massenorganisation zu werden. Am stärksten waren dort die Bauern vertreten (zum ersten Mal wurde die Bauernfrage gelöst, was alle seit 1932 für unmöglich hielten - hier spielten die fortschrittlichen Priester eine wichtige Rolle), aber auch die Industriearbeiter, die einzig nennenswerte Lehrerverorganisation, Studenten, Schüler (die zu den Kämpferischsten in den Städten gehören), Marktfrauen u.a. waren dabei. Und auch bekannte Intellektuelle und Unternehmer. Ein breites Bündnis unter der Vorherrschaft der Bauern und Arbeiter. Die FPL und der BPR wurden zu den stärksten Organisationen El Salvadors. Also so falsch können sie ja nicht gelegen haben. Sie waren es, die 1981 - nach der gescheiterten "Endoffensive" - alle aufgefordert haben, weiterzukämpfen, als einige in der FMLN/FDR bereit waren, das Handtuch zu schmeißen. War es nicht letztendlich der langandauernde Volkskrieg, der sich historisch durchsetzte? Ist nicht die FMLN heute stärker den je? Oft in den letzten 14 Jahren wurde gesagt, es ginge nicht mehr weiter, man müsse nachgeben, und genauso oft wurde bewiesen, daß es möglich war weiterzugehen, ohne nachzugeben (nicht immer nur ein Verdienst der FPL oder des BPR). Verhandeln muß ja nicht gleich nachgeben heißen. Mit Nachgeben meine ich, daß der Weg zum "Farabundismo" nicht gefährdet wird. Vielleicht sind sie heute wirklich an die Grenzen gestoßen. Ich weiß es auch nicht, aber ich meine, wir sollten nicht voreilig bei unseren Beurteilungen sein. Mir scheint es im Moment, daß sowohl in Nicaragua wie in El Salvador die äußeren Bedingungen (an erster Stelle die aggressive US-Politik) die Analyse bestimmen. Was eine US-Invasion anrichten kann, haben wir ja in Vietnam gesehen (war der Preis, den sie für den Sieg bezahlt haben, nicht zu hoch? Können wir überhaupt so fragen?) Es ist also verständlich, daß viele Entscheidungen durch diese aggressive, unberechenbare US-Politik beeinflußt werden. Die Frage ist, wieweit können sie mit ihren Zugeständnissen gehen, ohne die Revolution aufs Spiel zu setzen. Eine Million Menschen (hauptsächlich Bauern) haben ihr Leben für die mexikanische Revolution geopfert. Wie es heute dem Volk in Mexiko geht, brauche ich wohl niemandem zu erzählen.

Die Wirkung darf auch nicht mit der Ursache verwechselt werden. Die Revolutionäre in El Salvador sind zum bewaffneten Kampf übergegangen, um gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Elend zu kämpfen, und sie haben bewußt den Krieg gewählt, denn sie wußten, daß sie nur mit der Waffe in der Hand dem Frieden näher kommen konnten. Wenn von "Lösung" in El Salvador gesprochen wird, dann kann es nicht um die Lösung des Krieges, sondern um die Lösung der Probleme gehen, die zum Krieg geführt haben.

4. Zu der Diskussion der politischen Inhalte innerhalb der FPL, die zur Spaltung geführt haben: Die jetzige Führung der FPL ist u.a. für die Bildung einer Einheitspartei aus der jetzigen FMLN, sie sieht Möglichkeiten, um das Bündnis weiter nach rechts zu erweitern, ist für eine Regierung breiter Beteiligung (inwiefern sie dem Gegner was vortäuschen wollen, wissen die wenigsten, zumindest ich nicht).

Dazu die "Fraktion":

- a) Frage der FMLN-Partei: Sie meint, daß die Bedingungen, damit aus der FMLN eine Partei wird, noch nicht gegeben sind. Zu einer notwendigen engeren politischen und militärischen Zusammenarbeit aller innerhalb der FMLN könne ich noch keine Aussagen der "Fraktion".
- b) Erweiterung des Bündnisses: Sie meint, daß Zugeständnisse an einen sogenannten "nicht-oligarchischen" Sektor innerhalb der Bourgeoisie Zugeständnisse an die Oligarchie sind, weil beide nicht zu trennen sind. Insofern sind sie gegen eine Erweiterung.
- c) Verhandlungen: Sie meint, daß eine Regierung der breiten Beteiligung und ein Zusammenlegen der Streitkräfte zu gefährlich ist. Die Machtfrage wäre damit nämlich noch nicht gelöst, sondern nur verschoben - siehe oben. Konkrete Vorschläge in dieser Frage kenne ich von der "Fraktion" nicht.

Die "Fraktion" wirft der jetzigen FPL-Führung vor, daß sie einen Rechtsschwenk vollzogen hat, daß sie die Interessen der Arbeiter vernachlässigt (deshalb auch der Name Revolutionäre Arbeiterbewegung - MOR - Salvador Cayetano Carpio, Marcial's Name als Gewerkschafter).

Übrigens würde ich nicht die Vorstellungen der "Fraktion" mit denen von Marcial gleichsetzen. Ich hoffe, daß durch diese Auseinandersetzung seine wichtigen Beiträge für die Revolutionstheorie nicht mit ihm begraben werden. Durch diese ganze Auseinandersetzung hatte ich die Möglichkeit, mehrere früher noch nicht veröffentlichte Dokumente von Marcial zu lesen, und er ist bestimmt nicht der eingebildete Schwachkopf usw., der jetzt - siehe FPL-Kommunique vom Dezember - für alles herhalten soll, was schief ging. Ich hoffe, diese Schriften werden irgendwann 'mal veröffentlicht.

5. Aber diese tragischen Ereignisse letzten Jahres haben nicht nur mit den politischen Inhalten zu tun, sondern damit, wie über diese diskutiert und wie Entscheidungen getroffen wurden. Nicht der demokratische Zentralismus (leider heute bei uns zur Schublade geworden; die wenigsten wissen, was damit gemeint ist) war schuld, sondern der fehlende demokratische Zentralismus (z.B. gehört zum demokratischen Zentralismus das Informationsrecht aller Mitglieder über Meinungsverschiedenheiten in der Leitung). Durch die Arbeit in den schnell anwachsenden Massenorganisationen (in diesem Fall BPR) haben die FPL den Aufbau der Partei und des Volksheeres vernachlässigt. Durch den unerwarteten Sieg der FSLN in Nicaragua beschleunigte sich der Prozeß in El Salvador. Ein Aufstand erschien möglich, aber es gab keine ausreichende Bewaffnung. Öffentliche Massenrekrutierungen für den bewaffneten Kampf begannen. Dieses zusammen mit der wachsenden Repression schwächte die Massenorganisationen erheblich und damit die bis dahin funktionierende Demokratie. Da die Partei noch zu klein war, mußte das Oberkommando befehlen. Das Verhältnis zwischen Führung und Basis wurde gestört. Zusätzlich waren einige aus der Führung gefallen. Es gab Kommunikationsschwierigkeiten zwischen verschiedenen Kriegsfronten der FPL untereinander und zwischen dem In- und Ausland, wo sich seit 1981-82 Marcial und Ana-Maria aus gesundheitlichen Gründen aufhalten mußten. Für Marcelo war die Politik Ana-Marias verräterisch (siehe Positionen der jetzigen FPL), und da sie die Mehrheit in der Führung hinter sich hatte, beschloß er, sie hinzurichten und erhoffte sich damit auch Marcial's Positionen wieder durchsetzen zu können. Unter den vorher genannten Umständen erschien diese durchaus möglich. Um dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken, wurde der Aufbau der Partei ab 81-82 forciert. Neue Formeln wurden ge-

sucht, um die Bevölkerung in den Städten und auf dem Land an dem Kampf zu beteiligen. In den von den FPL kontrollierten Zonen entstanden damals die ersten PPL (Poder Populares Locales = Selbstverwaltung).

Ein gewisser Militarismus, Vertikalismus, eine Schwächung der inneren Demokratie ist u.a. zwangsläufig in jedem Krieg, wie auch im Untergrund. Wie weit das gehen muß und wie es in Grenzen gehalten werden kann, ist eine zweite und wichtigere Frage. Wie wir gesehen haben, ist diese Entwicklung in den FPL und nicht nur bei ihnen eine nicht gewollte gewesen, sondern sie ist auf Grund von Fehlentwicklungen von denen einige schon vor 1980 liegen, zustande gekommen. Diese Fehlentwicklungen werden aber meistens erst sichtbar, wenn sich der Druck erhöht. Hierbei sollte auch die Klassenzusammensetzung der Führung nicht unterschätzt werden. D.h. in allen revolutionären Führungen sitzen und haben schon immer mehr Intellektuelle meistens kleinbürgerlichen Ursprungs, als Arbeiter und Bauern gesessen.

Hiermit will ich aber nicht die Leistungen und die Beiträge der FPL, nicht nur für die salvadorianische Revolution, und ihre jetzige Stärke verschweigen oder schmälern.

Nur Solche, die von irgendwelchen Wunschvorstellungen ausgehen, werden immer wieder enttäuscht werden. Daß die Revolution in El Salvador auf der Tagesordnung steht, hat das salvadorianische Volk, trotz aller Fehler ihrer Führung mehr als bewiesen.

Also: Desto weniger wir sie unterstützen, desto größer der Druck auf sie, desto größer die Gefahr, daß Fehlentscheidungen getroffen, Kompromisse, die die Revolution aufs Spiel setzen gemacht werden. Ein Teufelskreis aus dem wir herausbrechen müssen.

D.h. nicht, daß wir ihnen nicht unsere Meinung sagen können. Wir sind doch hoffentlich politische Freunde und nicht der linke Caritas. Daß es hier weiterhin Kommunikationsschwierigkeiten geben wird, ist so gut wie sicher, das liegt bei den Genossen hier genauso wie bei uns in der BRD.

Andreas Buro und Karl Grobe fassen es in der Einleitung ihres Buches "Vietnam! Vietnam?" gut zusammen.

"Was im Namen der Arbeiter und Bauern, der Armen und Unterdrückten begonnen wurde, wird keineswegs notwendig auch in ihrem Interesse fortgeführt. Die Gefahren der Bürokratisierung und der daraus folgenden Hindernisse für Entwicklung und Frieden und angemessenen Problemlösungen dürfen nicht verschwiegen werden. Internationale Solidarität heißt deshalb jetzt kritische Auseinandersetzung und gegenseitige Unterstützung. In diesem Sinne besteht keine Veranlassung, uns von Vietnam (El Salvador, Nicaragua, ich) abzuwenden, weil vieles, was dort geschieht, aus politischen oder humanen Gründen nicht unsere Zustimmung findet. Wegen der immensen Schwierigkeiten und Widersprüchen in den Entwicklungswegen der sozialrevolutionären Gesellschaften, haben wir vielmehr allen Grund, uns ihnen ebenso wie unseren eigenen Gesellschaften kritisch und unter der Perspektive gemeinsamer Ziele zuzuwenden."

"Ihnen können wir nicht zu unserer Entlastung die Weltveränderung aufbürden."

Solidarische und kämpferische Grüße, Jürgen

REZENSION

Unterrichtseinheit Nicaragua

GEW Unterrichtseinheit für die Sek I

Nicaragua - ein unterentwickelt gehaltenes Land und der dornige Weg zu seiner Befreiung

Hrsg.: GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 2 HH 13
Sept. 1983

Konzeption: Waltraut Jäger, Redaktion und Gestaltung: Mittelamerika-
gruppe der GEW Hamburg

Man merkt dieser UE an, daß Lehrer mit Schulerfahrung am Werke waren. Erfreulicherweise wurde hier nämlich endlich einmal berücksichtigt, daß das bundesdeutsche Schulsystem nicht nur aus Grundschule und Gymnasium besteht. Unterrichtsmaterialien - da wird mir jeder geplagte Hauptschullehrer zustimmen - sind in den übrigen Schulzweigen nur einsetzbar, wenn sie die sprachliche Kompetenz der Schüler berücksichtigen und wenn sie didaktisch so aufbereitet sind, daß die Jugendlichen nicht gleich das Handtuch vor so viel "Wissenschaftlichkeit" werfen.

Diese UE verdient tatsächlich den Namen "Unterrichtseinheit". Es wird nicht nur eine gut lesbare, übersichtlich gegliederte und sehr informative Sachanalyse für den Lehrer geboten, (auf den aktuellen Stand gebracht durch je einen Beitrag von M. Rediske und E. Süßdorf), sondern sämtliche 16 Stundenentwürfe und Schülermaterialien sind didaktisch ausgearbeitet und als Kopiervorlagen sofort für den Unterricht verwendbar.

Das Buch ist in 3 Abschnitte gegliedert, die optisch gekennzeichnet und so schnell auffindbar sind:

1. Didaktische Strukturierung (Unterrichtsentwürfe)
2. Lehrerinformation
3. Schülermaterialien

Dazu gehört ein Medienpaket bestehend aus 2 Diaserien und einem für diese Unterrichtszwecke aus Dokumentarmaterial erstellten Film. Alles ist zu beziehen entweder über den CON-Vertrieb in Bremen oder die GEW-Geschäftsstellen in HH oder Berlin (Leihverkehr).

Die Unterrichtsentwürfe sind in 8 Abschnitte unterteilt:

0. Was ist ein Entwicklungsland
1. Das Leben der Menschen in einem Entwicklungsland am Beispiel Nicaragua
2. Die Geschichte der Unterentwicklung in Lateinamerika
3. Die wirtschaftliche Abhängigkeitsstruktur
4. Die politische Unterdrückung in Nicaragua durch die Somoza-Diktatur und der erfolgreiche Aufstand des Volkes
5. Möglichkeiten und Grenzen der Revolution: Der Neuaufbau Nicaraguas nach vierzig Jahren Ausbeutung und Diktatur
6. Die wirtschaftliche Destabilisierung und militärische Bedrohung Nicaraguas
7. Aktualisierung und Solidarität.

Im Anhang finden sich Hinweise auf weitere Literatur, wichtige Solidaritätsadressen und Ausleihhinweise.

Abschnitt 0, 1 und 2 zeichnen sich durch besondere Anschaulichkeit und geschickte didaktische Einfälle aus, so daß es - jedenfalls meinen Schülern - Spaß machte, sich mit dem Stoff zu beschäftigen.

Abschnitt 3 verlangt schon vom Thema her eine größere Abstraktionsfähigkeit. Der Versuch, durch Rollenspiel und Gruppenarbeit das Verständnis für komplexe binnen- und außenwirtschaftliche Zusammenhänge und Abhängigkeiten eingängiger zu gestalten, muß als Versuch verstanden werden. Hier sollte der Lehrer wohl selbst noch detaillierter in die Planung einsteigen. Im Lehrerinformationsteil befinden sich zudem noch ausreichend - ebenfalls gut aufbereitete - Materialien, die hinzugezogen werden können. Gleichfalls sinnvoll: die Herstellung des Bezuges zur BRD und der Erfahrungswelt der Schüler, wo immer irgend möglich.

Durch das Filmmaterial und Originalzeugenaussagen, veröffentlicht von der nicaraguensischen Menschenrechtskommission, wird die Situation vor dem Volksaufstand eindrucksvoll nahegebracht. (Abschnitt 4)

Geschickt werden sodann - in Gegenüberstellung zu Abschnitt 1 - im 5. Abschnitt die Veränderungen im Alltag der Menschen dargestellt, die seit der sandinistischen Revolution entwickelt wurden. Allerdings: Konfliktbereiche werden leider ausgespart, es entsteht das Bild des armen, mutigen, von außen bedrohten Landes, in dem es keine inneren Widersprüche gibt. Und dies stimmt bekanntlich nicht mit der Realität überein.

Problematisch ist aus einer anderen Sicht der 6. Abschnitt. Als Schülermaterial dienen hier zumeist Zeitungsausschnitte. Da der Stoff "Entwicklungsländer" im Rahmenplan von Berlin für die 8. Jahrgangsstufe vorgesehen ist, fehlt den Schülern jede Kenntnis über Stellung und Politik der USA gegenüber den Entwicklungsländern, namentlich gegenüber Mittelamerika. Will sich der Lehrer nicht in die Gefahr begeben, hier zum Manipulator zu werden, muß er sich bei diesem Abschnitt selbst was einfallen lassen.

Lobenswert: Die UE verharret nicht in der Beschreibung und Analyse der Situation Nicaraguas. Im 7. Abschnitt stellen die Kollegen die Notwendigkeit und Möglichkeit praktischer Solidarität vor.

Für die meisten "Nichtgymnasiasten" dürfte es Schwierigkeiten bereiten, die gesamte Einheit in einem Zuge zu unterrichten. Es gibt aber durchaus inhaltliche Möglichkeiten für Zäsuren.

Das Erscheinen dieser UE gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Bedrohung des Landes sowie des Anwachsens internationaler Solidarität halte ich für ausgesprochen glücklich. Ich selbst habe an einer Hauptschule mit dem Material gearbeitet und kann es den Kollegen wärmstens empfehlen.

Zeitschriftenschau

blätter des iz3w Nr. 115/Februar 1984

Kronenstr. 16, 7800 Freiburg

Nachrichten und Berichte zu Tunesien, PL0, Peru, Venezuela / **ASYLANTEN**: Ausgewiesen, ausgeliefert, abgelehnt; In deutscher Abschiebehaft verbrannt / **USA/MITTELAMERIKA**: Militarisierung - das Hauptmerkmal der US-Politik in der 3. Welt / **NICARAGUA**: Frieden für Nicaragua; Freundeskreis Ionio Pflaum; Städtepartnerschaft Freiburg/Br. - Wiwilli/Nicaragua / **ÄTHIOPIEN/ERITREA**: Eritrea war ein wichtiger Grund, warum sich Mengistu den Osten zuwandte / **MINDERHEITEN**: Indische Ureinwohner - eine Minderheit von 50 Millionen Menschen; Waffentests auf dem Gebiet der Innu / **NESTLÉ**: Unterschriftenkampagne zum Nestlé-Boycott / **DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK**

ila-info Nr. 72, Januar 1984

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: "Heuer Mensch" oder "Realer Sozialismus"? - 25 Jahre kubanische Revolution. Berichte und Hintergründe: Die Niederlage einer Revolution, Interview mit ehemaligem Regierungsmitglied aus Grenada / Nicaragua braucht Frieden, Leiter der Franziskaner Missionszentrale in Bonn besuchte Nicaragua / Miskito-Region: Achillesferse der sandinistischen Revolution, Bericht zur Affaire um den katholischen Bischof Salvador Schläfer / Peru drei Jahre nach Rückkehr zur Demokratie. Die peruanische Linke zwischen Velasquismus und Senderismus. / "Dem Präsidenten geht es gut...", Kolumbiens Präsident Betancur hat außenpolitisch großes Ansehen gewonnen, die innenpolitischen Probleme sind geliebt. Ländernachrichten: Brasilien / Guatemala / Jamaica. Solidaritätsbewegung: Die Maloche hier ist kein Kinderspiel, Berichte von den Arbeitsbrigaden für Nicaragua / Nicaragua-Initiativen in der Bundesrepublik / Quo Vadis FPL?

ila-info Nr. 73, Februar 1984

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Brasilien: Man exportiert uns das Brot vom Tisch weg; Menschenopfer auf den Altar des "Fortschritts" / Dann standen zwei Destillatoren still / Verzweifelter Überlebenskampf der Pataxó Ha Ha Hae-Indios. Berichte und Hintergründe: Die Angst ist verfliegen (Uruguay) / Bolivien Demokratie unter Schuldenlast und IMF-Diktat / El Salvador: Das Land der Todesschwadronen / "Wo mächtige Interessen im Spiel sind..." / Ländernachrichten: El Salvador / Grenada. Solidaritätsbewegung: Aktion Sobradinho: "Es wäre ein Verbrechen weitere Kredite für Großprojekte zu gewähren" / Zwei Fragen ... an drei brasilianische Bischöfe / Stiftung zur Erinnerung an die Opfer des 19. Oktober / 2. Bundesweite Grenada-Solidaritätskonferenz / Arbeitsbrigaden nach Nicaragua / Unirog für Nicaragua / "Ein Tageslohn für Nicaragua" / Skandal in Peru.

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 12/83

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: SOWETO: Wohnen in Soweto / "Geordnete Abschiebung" / "Staatlich verordnete Selbstverwaltung" / Schwarzer Kapitalismus / Gesundheitsversorgung in Soweto / Die Geschichte der Frau S. / Lehrerfortbildungsprojekt in Soweto / "Die Armee schützt das Volk" / Verfassung und Widerstand - die Entstehungsgeschichte der UDF / ZIRHABWE: Arbeitsmarktstudie: Zimbabwe / Aktionen: "Unsere Befreiung erkämpft den Frieden".

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 1/84

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: **INKATHA**: Letzte Hoffnung Buthelezi?: Geschichte und Kultur von Inkatha / Trittbrettfahrer Buthelezi / Gewalt - frei nach Inkatha / Berg(straßen)predigt - Offensive Junger Christen: Promotion für Inkatha / Warum ich verweigere - Erklärung Brett Myrdals an das Kriegsgericht / Rechtsalltag in Südafrika / Repression in Namibia 1983 / Operation Askari - Südafrikas jüngster Überfall auf Angola / Botha besucht Bonn / In Namen des Volkes - der Fall Magdy Gohary / Soykwa-theater

FORUM Nr. 75, Januar 1984

Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Erfahrungsbericht (Filmeinsatz) / "Der gekaufte Sonnen" / Reisen in die Dritte Welt / Fernsehworkshop / BMZ-Filmpolitik / Tourismus-Prostitution-Entwicklung / BUKO-Konzept / Pharma-Brief / Folgen des Pestizidexportes in die Dritte Welt / Tourismusbörse Berlin / Tiergarten aktiv für Nicaragua / Einige Gedanken und Richtigstellungen / BUKO-KA-Protokoll 2.-4.12.83 / 1 Jahr Forum.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ 5/83 Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

Zusammenhang zwischen Friedens- und Dritte Welt Bewegung / Die erzwungene Aufrüstung in Nicaragua / Arbeitsbrigaden in Nicaragua: Interview mit Henning Scherf / Kriege im 'Frieden' / Nukleare Aufrüstung in der Dritten Welt / Die schnelle Eingreiftruppe der USA / Atomtests im Pazifik / Apartheid im Stillen Ozean / Erfahrungen mit der Bewegung atomwaffenfreier und unabhängiger Pazifik / Französische Atombombenkolonie in Pazifik.

ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETTIN Nr. 2/1984 Liebigstr. 46
3550 Marburg

Schwerpunkt: **Mittelamerika**

Nicaragua: Hat der Frieden noch eine Chance? / Lehren der Grenada-Invasion für Mittelamerika / Bericht von den Arbeitsbrigaden in Nicaragua / Interview: Interventionsbasis Honduras / Interview mit Fidel Castro.

Angola: Der unablässige Aggressionsdruck / Namibia: Interview mit D. Tjongarero (SWAPO) / Iran: Rückkehr zur 'freien Wirtschaft' unter islamischen Gewand / Palästina: PLO-Aussöhnung mit Ägypten? / Zypern: Die Separatrepublik und die Ursachen des Zypernkonflikts / Tunesien: die Hungerrevolte / Brunei: Das Ölsultanat wird unabhängig / Die Dritte Welt in Strudel des Rüstungswettlaufs / Neue Informationsordnung unverzichtbar / Rückblick: Sandinos Vermächtnis.

epd-Entwicklungspolitik Nr. 2/84 Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt

Information: Richtlinien für Rüstungsexport / Protektionismus / Exportkredite / Quito-Konferenz / Rohstoff-Fonds / Siebte IDA-Finanzierung / Kontroverse um die 'Wende' / Rheinland: Kirchensteuernmittel / Südafrika-Kodex / USA-Zimbabwe / FNS-Südafrika / SPD-West Sahara / Lohse zur Kritik an Aktion "Hunger durch Überfluß?" // **Analyse:** A. Niemeyer: Die Fragesteller sind zu befragen / B. Moltmann: Kriege in der Dritten Welt / H. Wulf: Durch Rüstungsexporte Unterentwicklung / M. Brzoska: Die Expansion der Bundesdeutschen Rüstungsexporte / P. Ripken: Südafrikas Rüstungsautarkie - ein Mythos **Dokumentation:** Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zum Hearing "Rüstung und Entwicklung" / Liste der Fragen des Hearings / Liste der befragten Sachverständigen.

MONIMBO Nr. 7, Januar 1984 Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach
- für das neue Nicaragua -

Hintergründe der Versorgungsprobleme / ENABAS: Durch staatliche Verteilung die Spekulation eindämmen / Der Krieg an den Grenzen rückt näher / Verteidigung der Produktion / Betriebsversammlung bei CECALSA / Gewerkschaften in Nicaragua / Gespräch mit der CST in Masaya.

PERIPHERIE Nr. 14, Herbst 1983 Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Schwerpunktthema: **Die Dritte Welt und Marx:** R. Köbler: Asiatische Volksbewegungen, russische Populisten und 'Das Kapital'. Über Marxsche Zugänge zu nichtkapitalistischen Gesellschaften. / T. Schiel: Marx und die Analyse der Transformation von Gesellschaften. Ein theoretischer Ansatz für die politische Praxis. / G. Balzer: Produktionsweisen, Artikulation und periphere Gesellschaftsformationen. / L. Klemp: Geschlechterrollen und Grundrisse: Das kolonialspanische Patio-Haus als Lebensraum von Frauen.

ISTMO Studien zu Zentralamerika ssz, Coerdestr. 42
Heft 5, März 1984 4400 Münster

G. Gottwald: Wahlen in El Salvador März 1984 - Hat die westdeutsche Sozialdemokratie schon gewählt? / Der Krieg geht weiter in Mittelamerika: Keine Verhandlungslösung in Sicht / H. Dieterich: Terror für den freien Westen - Das Counterrevolutionary Hemispheric Terror Network der USA in Lateinamerika

KÄMPFT DIE KIRCHE FÜR DIE MENSCHENRECHTE IN LATEINAMERIKA?

Podiumsdiskussion zum 4. Jahrestag der Ermordung von
Erzbischof Oscar A. Romero

23. 3. 1984 19.00 Uhr, Oldenburgallee 14, 1000 Berlin 19

Veranstalter: Kath. Bildungswerk Berlin & Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika

IKA Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität
Nr. 23, DM 5,00

Kulturzerstörung und Widerstand

Martinique: Zur Aktualität von Frantz Fanon.
Jamaica: Frauentheater.
Mexiko: Zurück zu unseren indoamerikanischen Wurzeln.
Palästina: Israels "Kulturelle" Mission im Libanon.



Literatur in Afrika
Kultur wo Things

IKA Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität
Nr. 23, DM 5,00

Die US-Führungs-ideologie
Flüchtlinge in Honduras
US-Medien-Politik
Roque Dalton über Otto René Castillo
Theater aus Südafrika



Theater in Bolivien
14 IKA-Plak

Unsere Themen:
engagierte Literatur, Filme, Grafiken, Musik und Fotoreportagen aus und über die „Dritte Welt“, die Kultur(en) der Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik. Einzelpreis DM 5,-, Abo für 4 Hefte DM 20,- (incl. Porto)

Hiermit wird bestellt:
_____ Heft (je DM 5,-)
_____ ein Abo ab Nr. _____
_____ ein Probeheft (DM 3,- in Briefmarken liegen bei)
_____ Infos über den Herausgeberverein und Möglichkeiten der Mitarbeit

abtrennen und einsenden an
IKA, Lerchenstr. 84, 7 Stuttgart

das freie Nicaragua

MONIMBO



„Lieber rationiert essen als gar nichts zu beissen!“

Betriebe
Versorgung
Gewerkschaften

Die Zeitung Monimbo ist für DM 2,50 erhältlich beim:
VEREIN MONIMBO
Darmstädter Str. 23
6057 Dietzenbach

Plakate, Aufkleber u. Postkarten

Keine Intervention in Nicaragua!

no pasaran - kommen nicht durch!

* A 1-Plakat, rot-schwarz
Sonderpreis zum Kleben
ab 20 Stk. -5,00 DM

* Aufkleber, rot-schwarz
15 x 11 cm, Preis: 1,- DM
ab 20 Stk. 30% Rabatt

* Postkarte, Preis: 1,- DM
ab 20 Stk. 30% Rabatt

Bestellungen an:
Die Werkstatt, Distler Eichenweg 5, 34 Göttingen
Tel. 0551/42014

Elisabeth Burgos

Rigoberta Menchú

Leben in Guatemala



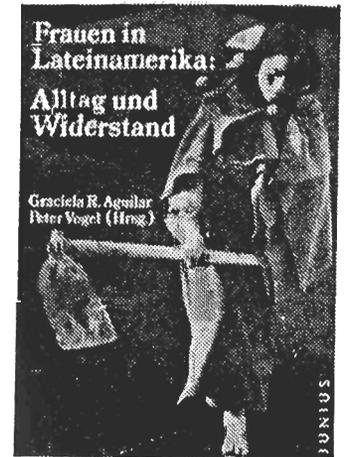
Lamuv Taschenbuch 33

ca. 256 Seiten · DM 16,80

Rigoberta Menchú, eine 26jährige India aus Guatemala, erzählt ihr Leben: von überlieferten Sitten, ihrem Leben auf dem Land, als Hausangestellte in der Stadt, von der Ermordung ihrer Familie durch die Militärs und ihrem Engagement für die Freiheit ihres Volkes.

Ab März in Ihrer Buchhandlung!

Junius Verlag



Graciela R. Aguilar /
Peter Vogel (Hrsg.)
**Frauen in Lateinamerika:
Alltag und Widerstand**
244 S. mit 21 Abb., DM 24,-

In diesem Buch kommen in erster Linie Frauen aus Lateinamerika selbst zu Wort, des weiteren westeuropäische und nordamerikanische Autorinnen. In einer Kombination von Erfahrungsberichten und Analysen wird versucht, ein umfassendes Bild ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu geben.

Für ein Dutzend lateinamerikanischer Länder werden folgende Themenbereiche behandelt:

- Die Stellung der Frau im Bezugssystem von Familie, Haus und Verwandtschaft
- Kultur, Religion und Ideologie (Machismo)
- Die Frau auf dem Arbeitsmarkt
- Das Elend der Prostitution
- Geburtenkontrolle und Abtreibung
- Indianerinnen
- Widerstand von Frauen gegen geschlechtsspezifische, soziale und politische Unterdrückung
- Frauen in der Revolution: Beispiele aus Kuba, Nicaragua, El Salvador

Junius Verlag, Von-Hutten-Straße 18, 2000 Hamburg 50